ANTI-MILITARISTISCHE

SOLDATENARBEIT

★ Thesen ★ Analysen ★ Strategien ★

Verlag 2000

7,– DM

ANTIMILITARISTISCHE
SOLDATENARBEIT
* Thesen * Analysen * Strategien *

Redaktion
+
Bearbeitung: Soldatengruppe –Arbeitsfeld Antimilitarismus
im Sozialistischen Büro
Günter Pabst, Offenbach

Herausgeber: Sozialistisches Büro Offenbach

Verleger: Verlag 2000 GmbH Offenbach

Erste Auflage: April 1979, 2ooo Exemplare

Alle Rechte bei Verlag 2000 GmbH Offenbach

Vertrieb: Verlag 2000 GmbH, 6o5 Offenbach 4,
Postfach 591, Hohe Str. 28
Postscheck Frankfurt Nr. 61o41-6o4

Preis: Einzelexemplar DM 7,--
Bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren
2o % Rabatt;
Weiterverkäufer (Buchhandel,Buchläden)
4o% Rabatt
jeweils zuzüglich Versandkosten

Druck: hbo-druck Einhausen

Fotos,Karikaturen und Gedichte:
Seite 16 Bertolt Brecht, Die Kriegsfibel; Seite 2o Gedichte aus der Bundeswehr (Hrsg. H.Böger),Jugenddienstverlag; Seite 28 Foto Rose; Seite 42 George Grosz, Die Welt ist ein Lunapark; Seite 6o Foto Rose; Seite 64 Gedichte aus der Bundeswehr ....; Seite 7o Die Kriegsfibel; Seite 1o3 Gedichte gegen den Krieg, Versand zweitausendundeins

ANTIMILITARISTISCHE SOLDATENARBEIT

* Thesen * Analysen * Strategien *

**Soldatengruppe –
Arbeitsfeld Antimilitarismus
im Sozialistischen Büro**

INHALT

Vorbemerkung zu dieser Ausgabe 4

Thesen zum Antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr 5

I. Politische und ökonomische Funktion der Bundeswehr 17

II. Innenpolitische Funktion der Bundeswehr 35

1. Die innerstaatliche Kriegserklärung - Überlegungen zu einer Vorverlegung des Bundeswehreinsatzes im Innern 35

2. Zum Verhältnis von Polizeitruppen und Militär im inneren Einsatz 48

III. Sozialisation in der Bundeswehr 61

1. Aufgaben und Ziele militärischer Erziehung 61

2. Bedingungen und Methoden militärischer Sozialisation 62

3. Innere Führung 67

IV. Der antimilitaristische Kampf in der deutschen Arbeiterbewegung - Zur Entwicklung programmatischer Positionen 71

1. Von 1848 bis zum I. Weltkrieg 71

2. Weimarer Republik und Faschismus 80

3. Bundesrepublik Deutschland 86

4. Abschließende Bemerkung 92

V. Gewerkschaftliche Soldatenarbeit in der Bundeswehr 95

VORBEMERKUNG

● Die vorliegende Broschüre ist das Ergebnis eines längeren Arbeitsprozesses der Soldatengruppe im Arbeitsfeld Antimilitarismus des Sozialistischen Büros. Die Gruppe besteht aus (ehemaligen) Soldaten, Gewerkschaftern und Wissenschaftlern. Von der Veröffentlichung dieser Broschüre verspricht sie sich nicht nur die Verbreitung ihrer Analysen und politischen Position, sondern auch Anregung zu Mitarbeit und Kooperation. Zuschriften an: Arbeitsfeld Antimilitarismus, c/o Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6o5 Offenbach 4.

● Die eingangs vorgestellten Thesen umreißen das grundlegende gesellschaftliche Verhältnis des Militärs im Kapitalismus, die konkrete historische Rolle der Bundeswehr und die Möglichkeiten antimilitaristischen Kampfes. In den nachfolgenden Abschnitten ist vertiefendes und differenzierendes Material zu den Hauptthesen zusammengetragen: ökonomische, außen- und innenpolitische Funktion der Bundeswehr, ihre Rolle als "Schule der Nation", Antimilitarismus und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, gewerkschaftliche Arbeit im Militär.

● Einzelne Teile des Materials sind nicht Produkt des kollektiven Arbeitsprozesses, sie stammen von einzelnen Autoren und weichen daher auch gelegentlich in ihren Aussagen voneinander ab.
Die Abschnitte "Ökonomische und politische Funktion der Bundeswehr" und "Innenpolitische Funktion der Bundeswehr" sind bereits erschienenen Publikationen entnommen: Rotbuch "Rührt euch", Berlin(W) 1976 und antimilitarismus-Information, Frankfurt, Nr. 11/1978. Sie werden hier noch einmal gebracht, weil sie entweder bald vergriffen sind oder in dieser Broschüre einen wichtigen Stellenwert haben.

Soldatengruppe
Arbeitsfeld Antimilitarismus

Offenbach
April 1979

THESEN ZUM ANTIMILITARISTISCHEN KAMPF IN DER BUNDESWEHR

Die Bundeswehr ist kein Zufallsprodukt, sondern erwachsen aus den politischen und ökonomischen Verhältnissen, die charakteristisch für das Gesellschaftssystem der BRD insgesamt sind. So wie Militarismus als notwendige Gewaltform der Kapitalherrschaft untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden ist, - es gibt keinen Kapitalismus ohne Militarismus -, so ist auch die Bundeswehr charakteristischer Bestandteil des Herrschaftssystems der BRD.

Die Gesellschaft der BRD beruht auf dem kapitalistischen Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital. Sie kennt die verschiedensten Mittel, alltägliche und offene Gewalt, um einen offenen Ausbruch dieses Widerspruchs zu verhindern; auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Prozesses werden solche Mittel eingesetzt, um die Verhältnisse zu stabilisieren. Ob diese Mittel seitens des Staates mehr integrativen Charakter haben (wie z.B. die Politik der Chancengleichheit Ende der 60er Jahre) oder ob sie repressiv und einschüchternd wirken (wie die Berufsverbote der 70er): Alle diese Maßnahmen lösen den gesellschaftlichen Grundwiderspruch nicht, sondern sind lediglich Mittel des Staates, die Widersprüche zu verwalten.

Der Staat ist letztlich "das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist" (Engels). Dabei gibt er sich den Anschein einer über den Klassen stehenden neutralen Instanz. Aber "da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse" (Engels).

Bürgerliche Klassenherrschaft drückt sich in vielschichtigen Formen aus, in den Institutionen Familie, Schule, Betrieb, Kirche ebenso wie in den Trägern direkter öffentlicher Gewalt wie Polizei und Militär. Das Militär, d.h. für uns: die Bundeswehr, ist notwendiges, ja letztes und somit wichtigstes Instrument des Kapitals, seine Herrschaft zu sichern. Daß dieses letzte Mittel auch zum Einsatz kommt, dafür finden wir in Vergangenheit und Gegenwart genügend Beispiele. Wir wollen nicht vergessen: Es ist der bürgerliche Militarismus, der unter anderem zwei Weltkriege entfacht hat, mit dem wir es heute zu tun haben.

DIE BUNDESWEHR – EINE IMPERIALISTISCHE ARMEE

Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und die Gründung der Bundeswehr stehen in engem Zusammenhang mit den politisch-ökonomischen Interessen des US-Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg. Das noch im Morgenthauplan und z.T. im Potsdamer Abkommen vertretene Konzept der Ausschaltung des kapitalistischen Konkurrenten Deutschland wurde von den USA im Rahmen des Versuchs einer Politik der weltweiten Eindämmung des sowjetischen Einflusses ersetzt durch die forcierte Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland.
Auf Kosten der Einheit der Nation wurde die BRD zur Bastion gegen den Kommunismus in Mitteleuropa aufgebaut. Gegen den erklärten Willen der westdeutschen Bevölkerung trieb die CDU/CSU-Regierung mit Zustimmung aller drei westlichen Besatzungsmächte die Remilitarisierung zielstrebig voran. Trotz Volksbefragungen, Massenmanifestationen und Streiks konnte die Wiederaufrüstung und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht verhindert werden.

Seit der Remilitarisierung der Bundesrepublik wurde die Strategie der Bundeswehr und der NATO mehrmals geändert (Rollback, Vorwärtsverteidigung, flexible response). Diese Änderungen waren weniger Resultat militärpolitischer Überlegungen, vielmehr eines aus der Verschiebung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses zwischen kapitalistischen Staaten und Ländern des Ostblocks. Mit der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Staaten des Warschauer Paktes entstand zwischen westlichem und östliche Lager eine - vorläufig stabile - Pattsituation. Die NATO wurde dadurch veranlaßt, von ihrer Roll-back-Strategie in Europa Abstand zu nehmen. Um so mehr trat für sie die Verteidigung ihrer Position in der Dritten Welt in den Vordergrund, in dem Maße, wie dort nationale Befreiungsbewegungen stärker wurden.
Während die meisten kapitalistischen Staaten von Bedeutung durch Kolonialkriege gebunden oder sogar militärisch, wirtschaftlich und politisch geschwächt wurden, konnte sich die Bundesrepublik davon frei entwickeln. Sie wurde zur stärksten Militärmacht in Westeuropa und zum zweitgrößten Verbündeten der NATO.

Ein Krieg um Absatzmärkte und Rohstoffquellen zwischen imperialistischen Staaten ist inzwischen unwahrscheinlich geworden, weil diese Staaten, bedingt durch den Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, heute enger zusammen gerückt sind. Allerdings sind Kriege unterentwickelter Länder vorstellbar, in denen stellvertretend die Interessen imperialistischer Staaten durchgesetzt werden sollen. Dennoch ist die Bundeswehr für die Aufgaben einer offensiven Streitmacht gerüstet. Nach wie vor ist die NATO mit ihrem Musterknaben BRD eindeutig gegen die Staaten des Ostblocks gerichtet. Ihre Armeen stellen ein nicht zu unterschätzendes Drohmittel dar. Das militärische Machtpotential ermöglicht ein Umschlagen des kalten Kriegs in einen heißen Krieg, auch wenn aktuell keine Angriffsabsichten gegen die Länder des Warschauer Paktes bestehen und der Versuch des Kapitalismus, die riesigen und ökonomisch wichtigen Gebiete des Ostens wieder in seine Einflußsphäre zurückzuführen, sich zur Zeit auf die ökonomische Ebene beschränkt.

Die Bundeswehr war - soweit bekannt - bisher nicht direkt an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt. Trotzdem verhielt sich die BRD

alles andere als neutral: Sie unterstützte durch Rüstungsexport und Militärhilfe den portugiesischen Kolonialkrieg ebenso wie die USA (in Vietnam), Südafrika und Israel. Insgesamt hat sich die Bundesrepublik durch Waffenlieferungen in über 30 Staaten engagiert. In etlichen Staaten werden Soldaten durch Ausbilder der Bundeswehr geschult, oder Angehörige dieser Armeen nehmen an militärischen Lehrgängen in der Bundesrepublik teil.
Wo gestern die BRD nur indirekt in militärische Auseinandersetzungen eingriff, kann sie morgen nach außen offen aggressiv auftreten, sofern die wirtschaftliche Lage es erfordert und das weltpolitische Kräfteverhältnis es erlaubt. Das ideologische Terrain dazu wurde z.B. während der sog. Ölkrise vorbereitet, als von einer "ökonomischen Aggression" der ölexportierenden Länder die Rede war, die einen militärischen Einsatz nötig machen könnte.

Wenn es um die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung geht, ist ein Eingreifen der Bundeswehr auch in verbündete Staaten denkbar. Sind in solch einem Staate Regierungsapparat und Militär nicht mehr in der Lage, die bürgerliche Herrschaft aufrechtzuerhalten, droht gar eine soziale Umwälzung in Richtung Sozialismus, so wird sich für die westdeutsche bzw. internationale Bourgeoisie auch die Frage eines militärischen Einsatzes stellen. Die Möglichkeit eines direkten militärischen Eingreifens wurde 1975 in den NATO-Führungsstäben für den "Fall Portugal" ebenso diskutiert wie regelmäßig die Frage einer angemessenen Reaktion aufgeworfen wird, falls in Westeuropa Volksfrontparteien die Regierungsmehrheit erlangen.

DIE BUNDESWEHR – INSTRUMENT ZUR AUFRECHTERHALTUNG BÜRGERLICHER HERRSCHAFT

Ihr volles Gewicht gewinnt die Bundeswehr jedoch erst, wenn neben ihrer nach außen gerichteten imperialistischen Funktion ihre Funktion nach innen, als Instrument zur Aufrechterhaltung bürgerlicher Herrschaft ins Auge gefaßt wird.

Der alltägliche, ruhende Militarismus übt einen prägenden Einfluß auf Psyche, Bewußtsein und Verhalten der Menschen aus. Es gibt ihn nicht nur in der Bundeswehr, aber dort tritt er unverhüllt zutage:
Jährlich werden Tausende von Arbeiterjugendlichen, Schülern und Studenten in die Bundeswehr gezwungen. Grundrechte, die bisher für den Bürger zumindest formal galten, werden rigoros beschnitten.
Jedem Vorgesetzten hat der Soldat schweigend und ohne Widerrede Tag und Nacht zu gehorchen. Das Grundrecht der Freizügigkeit wird eingeschränkt. War für den Lohnabhängigen bisher die Bewegungsfreiheit außerhalb der Arbeitszeit gewährleistet, so wird bei der Bundeswehr alles kontrolliert und reglementiert: Essen, Schlafen, Reinigen, Ausgehen.
War im Zivilleben zumindest formal die Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung garantiert, so wird auch dieses fundamentale Grundrecht in der bürgerlichen Armee ausgeschaltet: mit schweren Strafen muß derjenige rechnen, der sich im Sinne einer politischen Richtung betätigt, die nicht die kapitalistische Grundordnung und ihre Armee verteidigt.
Konnten Lohnabhängige bisher über gewerkschaftliche Organisationen um die Verbesserung ihrer materiellen Lage kämpfen, so muß sich der

" DER SCHOSS IST FRUCHTBAR NOCH, AUS DEM DIES KROCH
– Antimilitaristische Woche zum 4o. Jahrestag des Kriegsbeginns 193

Am 1. September 1979 jährt sich zum 40. Mal der Beginn des II. Weltkrieges. Der Überfall auf Polen ist der Anfang eines imperialistischen Weltkrieges, dessen Schrecken alles bisher Bekannte in den Schatten stellte. Das Ausmaß von Leiden und Vernichtung bleibt unvorstellbar, auch angesichts von Zahlen über Millionen Kriegsopfer oder Bildern zerstörter Städte. Geblieben ist bei den Generationen, die den Krieg miterlebten, Angst und Abneigung vor dem Krieg, das uns allen bekannte "Es darf nie wieder passieren" als guter Vorsatz, der allein an der Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzung wenig zu ändern vermag. Heute ist man seit langem zur "Normalität" übergegangen. Ist Krieg unvorstellbar geworden? !

Ebensowenig, wie nach 1945 eine mehr als oberflächliche Bewältigung des Faschismus stattgefunden hat und vor diesem Hintergrund die neuerliche Forderung nach Verjährung von Naziverbrechen nur konsequent ist, fand eine Auseinandersetzung mit den ökonomischen und politischen Ursachen des II. Weltkrieges statt, den der Faschismus in Deutschland in seinem Gefolge hatte.
Nach wie vor gilt Krieg im Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung der BRD als unsteuerbarer Schicksalsschlag. Gerade heute, wo die äußerlich wahrnehmbaren Folgen des II. Weltkrieges weitgehend beseitigt sind, wird die Auseinandersetzung mit dem vergangenen Krieg auf Kriegsgräberverbände abgeschoben, wird die Erinnerung institutionalisiert und in Form z.B. von Kriegsdenkmälern zur Banalität, werden offizielle Gedenkfeiern zum inhaltsleeren gesellschaftlichen Ritus.
Reaktionäre und militaristische Kreise erleben eine Renaissance, die Bundeswehr würdigt ihre in der Tradition der Wehrmacht des III. Reiches verwurzelte Tradition und die "besonderen soldatischen Leistungen" des II. Weltkrieges (!). Seit langem melden die Vertreter des industriellen militärischen Komplexes in der BRD ihre Forderung an, legalen Zugang zum internationalen Rüstungsgeschäft zu bekommen. Nach wie vor bestehen unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise die gleichen Bedingungen, sowohl ökonomisch wie ideologisch und massenpsychologisch, die Krieg erst möglich machen.
Unter Arbeits- und Lebensbedingungen, die eine Verwirklichung des Menschen unmöglich machen, erscheint Krieg als Gegenteil zum Alltag, als mögliches Abenteuer, als reizvolle existenzielle Grenzsituation, wird Krieg zur Möglichkeit, Aggressionen und Frustrationen abzuleiten. Unterstützt werden diese Mechanismen durch entsprechend verharmlosende bzw. zum Abenteuer stilisierte Kriegsdarstellungen in Filmen, Büchern und 'Heften', in seiner perversesten Form als Kriegsspielzeug für Kinder.
Wir sehen eine wichtige Aufgabe darin, zu den oben angesprochenen Problemen als Sozialisten Stellung zu beziehen. Wir wollen über unseren Haß und die Wut gegen Krieg als "ultima ratio" kapitalistischer Gesellschaften hinaus Ursachen und Folgen von Krieg ansprechen und dieses Thema weder verwaschenen "fortschrittlichen Positionen" überlassen, noch dem Terrain der "Ewig Gestrigen" oder in versachlichter Form der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, d.h. als von Interessen und Subjekten losgelöste Betrachtung von Schlachten etc. Ebenso sehen wir eine wichtige Aufgabe darin, das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Krieg zu thematisieren sowie die Auswirkungen des II. Weltkrieges auf die internationale Arbeiterbewegung.
Wir machen daher den Vorschlag, den 40. Jahrestag des Kriegsbeginns zum Anlaß zu nehmen, 1979 eine "Antikriegswoche" durchzuführen. Gedacht ist an Aktivitäten, die geeignet sind, an Erfahrungen innerhalb der Bevölkerung anzuknüpfen, Verdrängungsmechanismen aufzubrechen und somit den Versuch zu machen, gesellschaftliche Zusammenhänge von Krieg deutlich werden zu lassen, ebenso wie Möglichkeiten des Widerstandes.
Zum Abschluß dezentral durchgeführter Veranstaltungen, Ausstellungen, Aktionen etc. wäre es sinnvoll, einen "Internationalen Antikriegskongreß" durchzuführen.
Interessenten, die an der Vorbereitung mitarbeiten wollen, bitten wir, sich an folgende Kontaktadresse zu wenden:
Christian Engell, Güntzelstr. 63, 1000 Berlin 31, Tel. 030/8545410.

Soldat mit ein paar Mark pro Tag begnügen, ohne die Möglichkeit zu haben, wirtschaftliche Kampfmaßnahmen einleiten zu können. War bisher die Arbeitszeit, die dem Unternehmer zu leisten war, tariflich begrenzt, so muß in der Armee gearbeitet werden, wann, wieviel und was der Vorgesetzte möchte.
Die Unterdrückung durch den Apparat Bundeswehr, das Hineinpressen in eine militärische Hierarchie, deren oberste Gebote sinnlose Disziplin und Kriechertum sind, hat die Funktion, den Willen der Arbeiter, Schüler und Studenten in Uniform zu brechen, sie zu gefügigen Instrumenten der bürgerlichen Armee zu machen, ihnen nach Familie, Schule und Betrieb den letzten Schliff zu geben, damit sie sich kritiklos in diese Gesellschaft einordnen und zu automatisch handelnden Individuen werden, die jeden Befehl,wie immer er auch lautet, ausführen.

Die militärische Sozialisation in der Bundeswehr steht in der Tradition des spezifisch deutschen Militarismus und trifft auch in der zivilen Gesellschaft auf Sympathie und Unterstützung. Auch heute noch ist die Ansicht weit verbreitet, daß die Erziehung der Jungen erst mit dem Soldatsein ihren eigentlichen Abschluß findet.

In Zeiten relativer Stabilität des kapitalistischen Gesellschaftssystems tritt die Armee nicht offen als Ordnungsmacht des Kapitals in Erscheinung. Aber bereits am Ende des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der BRD wurde durch die Notstandsgesetze 1968 auch die rechtliche Möglichkeit geschaffen, die Bundeswehr im Falle eines "Inneren Notstandes" einzusetzen:
"Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung (...) Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. (...)" (Art. 87a Abs. 4 GG). Dies unter der Voraussetzung, daß "das Land, in dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit (!) oder in der Lage (ist)" (Art. 91 Abs. 2 GG , Ausrufezeichen von uns).
Was die hierzulande herrschende Klasse unter "innerem Notstand" versteht, verdeutlicht eine Äußerung von Ernst Benda,heute Prädident des Bundesverfassungsgerichtes, der die Frage aufwarf, ob ein Metallarbeiterstreik von vier Monaten Dauer nicht einen Zustand der inneren Krise und somit des inneren Notstandes hervorrufe.
Um sich zu verdeutlichen, was unter "Objektschutz" zu verstehen ist, bedarf es nicht einmal eines Blicks nach Frankreich, wo bewaffnete Einheiten gewaltsam die von Arbeitern besetzte Lip-Uhrenfabrik räumten, sondern nur der Betrachtung der Notstandsübungen, die bereits heute von der Bundeswehr durchgeführt werden. Es ist, nicht erst seit Chile, eine blutige Illusion zu glauben, die Armee in einem bürgerlichen Staat verhalte sich "loyal" oder "politisch neutral", wenn die Arbeiterbewegung einen Stand erreicht, der die Herrschaft des Kapitals gefährdet. Bereits heute zu Zeiten einer relativ schwach entwickelten Arbeiterbewegung probt die Bundeswehr auf Übungen offen Einsätze gegen fiktive Arbeiterstreiks.

RÜSTUNG UND ÖKONOMIE

Neben und im Zusammenhang mit der politischen Systemsicherungsrolle des bürgerlichen Militärs steht das enge Verhältnis von Waffen und Profit. Um die im Kapitalismus immer wiederkehrenden Überproduktionskrisen zu mildern, erhöht der Staat durch zusätzliche Staatsausgaben die gesamtgesellschaftliche Nachfrage. Einen großen Anteil daran bilden die Ausgaben für Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei, die Jahr für Jahr steigen.
Für die Rüstungsindustrie bedeuten die staatlichen Rüstungsausgaben den gesicherten Absatz ihrer Produkte, hohe Profitspannen und die teilweise Finanzierung ihrer Forschungsaufwendungen durch den Staat. Für einige Wirtschaftsbranchen (z.B. Elektronik, Flugzeuge) sind die Rüstungsaufträge sogar lebenswichtig. Durch Offiziere der Bundeswehr und ehemalige hohe Beamte, die in ihren Diensten stehen, verfügt die Rüstungsindustrie über eine Lobby, die auf die Vergabe von Rüstungsaufträgen Einfluß nehmen kann.

Die staatlich finanzierte Rüstungsproduktion beseitigt aber nicht die Krise des Kapitalismus, sondern hilft lediglich, sie aufzuschieben, unter gleichzeitiger Verstärkung einzelner Krisenmomente. Denn die Finanzierung der Rüstungsausgaben ist nur möglich durch Erhöhung der Staatsverschuldung und der Steuern. Im Verlaufe der Rüstungsproduktion entstehen über die Staatsverschuldung zusätzliche Einkommen, ohne daß entsprechend die auf dem Markt käuflichen Produkte vermehrt werden. Dies verstärkt die Aufblähung der Geldmenge und fördert somit inflationäre Entwicklungen.
Aber die Rüstungsgüter fehlen nicht nur als Waren auf dem Markt, während sie den Geldschleier vermehren,sie leisten auch stofflich keinen Beitrag zur Reproduktion der Arbeitskräfte oder des Kapitals. Die Ausgaben hierfür sind unter diesem Gesichtspunkt Verschwendung. Ihr gesellschaftlicher Gegenwert liegt dafür in der politischen Sicherung des Herrschaftssystems und im einzelkapitalistischen Profit.

FÜR EINE ANTIMILITARISTISCHE POLITIK IN DER BUNDESWEHR

Die existentielle Bedeutung des Militarismus für die Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, die Erfahrung von Druck und Gewalt in ihm und durch ihn - die bereits zur mehrfachen Ausrottung der Menschheit ausreicht - all das führt uns die dringende Notwendigkeit eines antimilitaristischen Kampfes vor Augen.
Antworten auf die Fragen, wie dem Ziel, den Militarismus auf Weltebene zu beseitigen, d.h. alle militärischen Strukturen, Praktiken und Denkweisen abzubauen, nähergekommen werden kann, fallen vielfältig aus: Neben der Praktizierung von Kriegsdienstverweigerung oder Totalverweigerung, politischer Arbeit im Zivildienst und Friedensarbeit im pädagogischen Bereich oder innerhalb einer pazifistischen Organisation ist anitmilitaristische Soldatenpolitik eine Strömung der antimilitaristischen Bewegung der BRD.

Wir propagieren eine politische Arbeit in der Bundeswehr. Wir glauben, daß dadurch am ehesten verhindert werden kann, daß die Bundeswehr jemals gegen die eigene Bevölkerung oder ein fremdes Volk eingesetzt wird.

Auf die demokratische Gesinnung liberaler Offiziere wollen wir uns nicht verlassen. Wir sind der Ansicht, daß auch bei einem spektakulären Ansteigen der Kriegsdienstverweigerungen die Einsatzfähigkeit und -bereitschaft der Bundeswehr nicht entscheidend geschwächt wird. Vielmehr führt es dazu, daß kritische Jugendliche aus der Bundeswehr herausgefiltert werden, während die restlichen Soldaten noch intensiver von der Offizierskaste indoktriniert werden können.
Diese Einschätzung hindert uns jedoch nicht daran, gegenüber dem bürgerlichen Staat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung bedingungslos zu verteidigen bzw. dessen Verwirklichung zu fordern sowie mit anderen Strömungen der antimilitaristischen Bewegung in der BRD eine solidarische Diskussion und Zusammenarbeit zu suchen.

ANSATZPUNKTE ANTIMILITARISTISCHER SOLDATENARBEIT VON SOZIALISTE

Für eine antimilitaristische Soldatenarbeit halten wir folgende Anhaltspunkte für wichtig:

- für demokratische Rechte in der Bw eintreten;
- Befehlsinhalte (z.B. Übungen) an die Öffentlichkeit bringen;
- gegen die Isolierung der Soldaten von der Gesellschaft (der Arbeiter in Uniform von den Arbeitern in Zivil) angehen;
- antimilitaristischen Kampf als Teil des antikapitalistischen Kampfes verstehen. Der Militarismus als integraler Bestandteil der bürgerlichen Ordnung kann nur mit deren Aufhebung beseitigt werden.

Eine Bestandsaufnahme des antimilitaristischen Bewußtseins in der Bundeswehr zeigt, daß es bisher keinerlei Anzeichen dafür gibt, daß die Bundeswehr in der nächsten Zukunft größeren inneren Erschütterungen ausgesetzt sein könnte. Vielmehr dürfte zur Zeit die Bundeswehr im "Ernstfall" ihrem Auftrag als Bürgerkriegsarmee voll gerecht werden. Dieser relative Frieden in der Bundeswehr ist Ausdruck des gesamtgesellschaftlichen Sozialfriedens in der BRD.
Dennoch bestehen innerhalb der Bundeswehr Widersprüche: Für den Wehrpflichtigen ist die Einberufung zur Bundeswehr verbunden mit einem erheblichen Einkommensrückgang, zwangsweiser Ausgliederung aus seiner bisherigen sozialen Umwelt und dem Aufdrücken stupider Verhaltensweisen. Tagtäglich manifestiert sich der Klassencharakter der Bundeswehr in unzähligen Disziplinierungsmaßnahmen, die objektiv notwendig sind, um die Funktionsfähigkeit der Armee im Sinne der Herrschenden aufrechtzuerhalten.
Obwohl die Mehrheit der Wehrpflichtigen durch diese militärische Repression bedrückt ist, erkennt sie noch nicht, daß zwischen den Interessen des Militärapparates und ihren Interessen eine Klassenfront verläuft, so wie auch im Bewußtsein vieler Arbeiter die Klassenfronten verwischt sind.
Aktiver Widerstand ist selten. Wehrunlust drückt sich eher in individuellen Reaktionen aus: Unerlaubtes Fernbleiben von der Truppe, übermäßiger Alkohol- und Drogenkonsum, Verzweiflungstaten, die von tätlichen Angriffen auf Vorgesetzte bis zum Selbstmord führen können. Diese individuellen Reaktionen ziehen meist die volle Repression des Militärapparates nach sich.

Die täglichen Konflikte zwischen Wehrpflichtigen und Vorgesetzen sind - neben beständiger politischer Aufklärung und Agitation - ein zentra-

ler Ansatzpunkt antimilitaristischer Strategie. Diese Konflikte entzünden sich an unsinnigen Befehlen ebenso wie am schlechten Essen oder zusätzlichen Wochenenddiensten. Jede Aktion, die initiiert wird, hat neben dem Ziel einer konkreten Verbesserung die Aufgabe, die Erfahrung zu vermitteln, daß Widerstand möglich, die Macht der Vorgesetzten nicht absolut und kollektiver Widerstand erfolgversprechender ist als individueller.
Aktionsformen und -ansätze sind abhängig vom politischen Klima und dem Grad der Repression in der Einheit, der Art des Dienstes und der möglichen Mobilisierungsbreite. Sie können vom kollektiven Verweigern einer schnelleren Marschgeschwindigkeit über das gemeinsame Bezahlen einer Geldstrafe, die einem einzelnen stellvertretend auferlegt wurde, bis zur Durchführung eines Kantinenboykotts wegen überhöhter Preise reichen.

FÜR DIE GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISIERUNG DER WEHRPFLICHTIGEN UND DEN AUFBAU ANTIMILITARISTISCHER SOLDATENKOMITEES

Ein wesentliches Ziel des antimilitaristischen Kampfes ist es, wehrpflichtigen Mannschaften eine Interessenvertretung gegenüber dem bürgerlichen Staat zu geben. Unser Ziel ist der Aufbau fester nationaler gewerkschaftlicher Strukturen in der Armee. Der erste Schritt dazu ist die Bildung gewerkschaftlicher Arbeitskreise an den Standorten, in denen alle Soldaten, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, zusammenarbeiten können.

Die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisierung von Wehrpflichtigen ergibt sich aus verschiedenen Gesichtspunkten: zum einen muß die Verbindung der wehrpflichtigen Mannschaften mit der Arbeiterklasse auch ihren organisatorischen Ausdruck finden. Zum anderen müssen die Gewerkschaften die Interessen der Lohnabhängigen auch dann vertreten, wenn diese in eine Uniform gesteckt wurden. Schließlich verdeutlicht die Geschichte der Arbeiterbewegung, welche Gefahren allgemein für die Gewerkschaften von einer bürgerlichen Armee ausgehen können, wenn die Spaltung zwischen Arbeitern in Uniform und ihren Kollegen im Zivilleben nicht überwunden wird. Auch heute schon muß die Gewerkschaft ein konkretes Interesse daran haben, Einfluß auf die Armee zu nehmen, um z.B. den Einsatz von Soldaten als Streikbrecher zu verhindern. Widerstand gegen eine gewerkschaftliche Organisierung von Wehrpflichtigen ist nicht nur von Seiten der Generalität zu erwarten, die eine Aufweichung der militärischen Disziplin befürchtet, sondern auch von der Gewerkschaftsführung, die es bisher Wehrpflichtigen unmöglich macht, in die für den Bereich der Bundeswehr zuständige ÖTV einzutreten. Die Gewerkschaftsführungen können zu einer offensiven Wahrnehmung der Interessen der Wehrpflichtigen nur gebracht werden, wenn der Druck durch die Mitgliedsbasis in den Einzelgewerkschaften größer wird. Gegenwärtig gibt es nur ein schwaches antimilitaristisches Bewußtsein in den Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Soldatenarbeitskreise machen jedoch lokale politische Soldatenkomitees nicht unnötig, deren Mitglieder als sozialistische Fraktion auch in den gewerkschaftlichen Arbeitskreisen mitarbeiten. Während die gewerkschaftlichen Soldatenarbeitskreise vorrangig konkrete materielle Forderungen aufstellen und offen arbeiten, konzentrieren sich die antimilitaristischen Soldatenkomitees darauf, über die politische Funktion einer bürger-

lichen Armee aufzuklären und den beschränkten Charakter allein gewerkschaftlicher Forderungen im Kampf gegen den Militarismus aufzuzeigen. So wird es eine wichtige Aufgabe der politischen Komitees sein, einer möglichen Verkümmerung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu soldatenständischer Vertretungspolitik entgegenzuwirken.

WAS TUN ?

1. Die Arbeit von gewerkschaftlichen Soldaten-Arbeitskreisen und Soldatenkomitees innerhalb der Kaserne sollte sich heute auf folgende Gebiete konzentrieren:
   - Ausnutzung bestehender Rechte: Kandidatur fürs Amt des Vertrauensmanns; Ausnutzung des Beschwerderechts; Intervention in der "aktuellen Information" u.a.
   - Politische Aufklärung über die Funktion einer bürgerlichen Armee; Gegeninformationen, z.B. zu den offiziellen Rüstungsstatistiken (Ost-West-Vergleich); Informationen über Bürgerkriegsübungen der Bundeswehr; Rechtsradikalismus in der Bundeswehr u.a.
   - Gezielte Aktionen am Standort u.U. in Verbindung mit zivilen politischen Gruppen: z.B. Kantinenboykott mit der Organisation von Selbstversorgung; Aufdeckung der politischen Vergangenheit einzelner Offiziere in der Nazi-Zeit u.a.

   Mittel zur Propagierung, Organisierung und Kooperation solcher Aktionen können Publikationen in Form von Flugblättern und Soldatenzeitungen sein. Gerade Soldatenzeitungen dürften beim Aufbau und für den Zusammenhalt von Soldatengruppen von zentraler Bedeutung sein.
   - Um nicht einem "Kasernensyndikalismus" zu verfallen, bedarf es der Weiterentwicklung regionaler und nationaler Strukturen arbeitender Soldatengruppen. Dies, um zur Vereinheitlichung zumindest einer beschränkten Anzahl aufzustellender Forderungen gegenüber Bundeswehrführung und bürgerlichem Staat zu kommen (z.B. bezüglich des Wehrsolds, Wach- und Urlaubsregelung, Selbstverwaltung der Kantinen, gewerkschaftlicher Betätigung innerhalb der Kaserne), und zum anderen, um zu gemeinsamen Aktionen von Soldatengruppen, z.B. am 1. Mai oder am Anti-Kriegstag zu gelangen. Es müssen Strukturen geschaffen werden, in denen die verschiedenen Tendenzen innerhalb der antimilitaristischen Bewegung gemäß ihres realen Einflusses repräsentiert und demokratisch legitimiert sind.

2. Die Arbeit von Gruppen außerhalb der Kaserne, die aus ehemaligen und zukünftigen Soldaten, Kriegsdienstverweigerern und anderen Antimilitaristen bestehen, sollten sich auf folgende Punkte zur Unterstützung bestehender Kasernengruppen konzentrieren:
   - Materielle (durch Spenden), technische (durch Anbieten von Räumen und Druckmöglichkeiten) und personelle (z.B. durch Flugblattverteilen) Unterstützung von Soldatengruppen, die im Umkreis bestehen. In Einzelfällen kann eventuell auch durch Agitation "von außen" zum Entstehen einer Soldatengruppe beigetragen werden. Weiter können am Standort in Zusammenarbeit mit bestehenden Soldatengruppen Veranstaltungen verschiedenster Art durchgeführt werden:

- Podiumsdiskussionen zwischen Jung-Offizieren, ehemaligen Soldaten (möglichst vom Standort) und Kriegsdienstverweigerern.
- Veranstaltungen zu spezifisch politischen Themen (z.B. über Abrüstung) oder "Tribunale" über besonders reaktionäre Vorgesetzte.
- Kulturelle Veranstaltungen (antimilitaristische Lieder und Filme, Soldatentheater z.B. anläßlich des 1. Mai oder des Anti-Kriegs-Tages), Belebung antimilitaristischer Traditionen.
- Stammtische.

Adressaten für solche Veranstaltungen sind außer Soldaten vor allem Jugendliche und gewerkschaftliche Gliederungen.

- Vorbereitungskurse für zukünftige Soldaten, d.h. Informationen darüber, was einen Wehrpflichtigen gerade während der Grundausbildung psychisch und physisch erwartet sowie über "Rechte und Pflichten" des Soldaten (Wie schreibt man Beschwerden? Was steht im Soldatengesetz, in der Wehrbeschwerdeordnung, dem Wehrstrafgesetz, im Erlaß Erzieherische Maßnahmen? Wie baut man eine Soldatengruppe auf, wie nimmt man mit einer bestehenden Gruppe Kontakt auf? usw.).

ARBEITSFELD ANTIMILITARISMUS IM SOZIALISTISCHEN BÜRO

Wir verstehen uns als sozialistische Antimilitaristen, die auf Bundesebene an der praktischen antimilitaristischen Arbeit in der Bundeswehr teilhaben und sich auf sie beziehen. Unsere nächstliegenden Aufgaben sehen wir darin,

- dieses Selbstverständnispapier sowie weitere Beiträge zu verbreiten und zur Diskussion zu stellen;
- antimilitaristische Kampagnen in der Öffentlichkeit durchzuführen in breiter Zusammenarbeit mit Gruppen und Individuen, die gegen den Krieg sind und etwas dafür tun wollen.

Wir organisieren uns im Rahmen des Sozialistischen Büros. Im Arbeitsfeld Antimilitarismus versuchen wir, die Notwendigkeit einer antimilitaristischen Arbeit in der Bundeswehr zur Geltung zu bringen und zu realisieren. Im übrigen wollen wir die Chance nutzen, mit verschiedenen Ansätzen antimilitaristischer Aktivitäten zusammenzuarbeiten.
Als Mitarbeiter im Arbeitsfeld Antimilitarismus wollen wir antimilitaristisches Problembewußtsein und Engagement innerhalb der sozialistischen Bewegung fördern sowie sozialistische Perspektiven für den antimilitaristischen Kampf entwickeln.
Vom SB erwarten wir einen politischen Diskussionszusammenhang und materielle Unterstützung.

Das sind die Städte, wo wir unser Heil!
Den Weltzerstörern einst entgegenstählten.
Und unsre Städte sind auch nur ein Teil
Von all den Städten, welche wir zerstörten.

I. POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE FUNKTION DER BUNDESWEHR

Wir haben Erfahrungsberichte über den militärischen Alltag und den antimilitaristischen Kampf. Sie machen deutlich, daß es Widerstand gibt. Dieser geht meist vom unmittelbaren Erlebnis der Unterdrückung und Willkür des Militärapparates, von Schikanen und Übergriffen durch Vorgesetzte usw. aus. Die Beispiele weisen aber klar darauf hin, daß Widerstandsaktionen, die dabei stehen bleiben, sehr kurzlebig sind - selbst oder gerade wenn sie Erfolg haben. Da sie sich an offenkundigen Mißständen entzünden, kann ihnen der Boden mit dem Abbau solcher Mißstände, der in Grenzen durchaus möglich ist, entzogen werden. Damit wäre aber die "Normalität" der alltäglichen militärischen Unterdrückung lediglich wieder hergestellt. Sicher ist bereits jeder noch so kurzfristige Zusammenschluß der Kameraden für eine antimilitaristische Aktion ein Erfolg. Er reißt sie aus ihrer Vereinzelung und stärkt ihr Selbstbewußtsein. Aber wenn in ihm nicht auch Ansatzpunkte der Einsicht in das Wesen des Militarismus und der Festigung des Widerstandes gelegt werden, ändert sich erstens am grundlegenden Unterdrückungsverhältnis überhaupt nichts und zweitens sehen sich die Kameraden dann bei jedem neuen Übergriff stets wieder der Schwierigkeit und dem Risiko ausgesetzt, einen Zusammenschluß zustande zu bringen. Jede antimilitaristische Aktion und Aufklärung sollte versuchen, den systematischen Charakter der Unterdrückung im Militär aufzuzeigen. Sie liegt nicht am einzelnen Vorgesetzten, ja nicht einmal im Militärapparat allein. Der Militarismus wurzelt vielmehr in der kapitalistischen Klassengesellschaft selbst und kann auch nur durch deren Sturz überwunden werden.

KLASSEN UND STAAT

Wir leben in einer kapitalistischen Klassengesellschaft. Jede Klassengesellschaft beruht - in historisch unterschiedlicher Form - auf Ausbeutung und Unterdrückung. Um die Ausbeutungsverhältnisse aufrechterhalten zu können, braucht die herrschende Klasse Gewalt. Denn wo Ausbeutung ist, gibt es - mehr oder weniger offen - auch Auflehnung gegen die Ausbeuter bzw. gegen das Ausbeutersystem.
In der kapitalistischen Klassengesellschaft sind Ausbeutung und Unterdrückung - anders als zum Beispiel in der Sklavenhaltergesellschaft oder im mittelalterlichen Feudalismus - meistens in vielfältiger Weise verschleiert. Es ist zwar klar, daß jeder Arbeiter seine Arbeitskraft verkaufen muß, wenn er leben will. Aber niemand schreibt ihm vor, an welchen Kapitalisten er seine Arbeitskraft verkaufen soll, er kann sich - wenn der Arbeitsmarkt günstig ist - den Betrieb aussuchen, vielleicht sogar bei der Einstellung mit dem Personalchef noch über einen günstigen Lohn verhandeln. Und auf höherer Ebene das gleiche Spiel: Unternehmerverbände und Gewerkschaften handeln einen

Lohn aus, der - wenn nötig durch Vermittlung der Regierung - am "Gesamtwohl" orientiert ist. Der Staat erscheint dabei als neutrale Instanz, die niemanden benachteiligen möchte.

In Wirklichkeit sieht das natürlich ganz anders aus, und sehr viele Arbeiter und Angestellte haben das in der Krise 1967 und 1974/75/76 am eigenen Leibe erfahren. Da war es plötzlich aus mit der Sozialpartnerschaft und mit der scheinbaren Neutralität des Staates. Da zeigte sich das wahre Gesicht des kapitalistischen Ausbeutungssystems, in dem die Arbeitskraft nichts weiter ist als eine Ware, die von den Kapitalisten einzig und allein gekauft wird, wenn aus ihr möglichst hoher Profit herausgeschlagen werden kann. Und es zeigt sich, daß der Staat sich offen auf die Seite der Unternehmer stellte, um möglichst niedrige Tarifabschlüsse durchzusetzen.
Das kapitalistische System beruht auf Ausbeutung, beruht darauf, daß die Kapitalisten Profite machen. Und der Staat hat in diesem System die Aufgabe, dem Kapital kurz- und langfristig eine möglichst hohe Verwertung zu garantieren. Die Klassen"neutralität" des Staates reduziert sich auf die einfache Logik des Systems, daß es der arbeitenden Bevölkerung nur dann "gut" gehen kann, wenn es dem Kapital noch viel besser geht.

Der bürgerliche Staat mit seinen verschiedenen Funktionen und Organen ist also Ausdrucksform des Klassengegensatzes zwischen Lohnarbeit und Kapital, politischer Garant für Existenz und Funktionieren der kapitalistischen Ausbeutung. Dies gilt nach innen wie nach außen: gegenüber dem Ausland, wo der Staat die Interessen der Kapitalistenklasse gegenüber den sozialistischen Staaten, den Staaten der (rohstoffliefernden) Dritten Welt und innerhalb der internationalen kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt zur Geltung zu bringen hat. Wie das geschieht und welche Rolle dabei das Militär spielt, werden wir später sehen.
Nach innen hin sorgt der Staat dafür, daß alle "Bürger" (was dem "Bürger" Kapitalist in der Regel nicht schwerfallen dürfte) die Regeln des Warentauschs und das Eigentum, insbesondere das an Produktionsmitteln, achten. Über diese seine grundlegende Aufgabe hinaus greift der Staat heute in fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens regulierend ein (z.B. Gesundheitswesen, Staatsaufträge, Steuerpolitik). Daß dies oft unter einem sozialen Deckmäntelchen passiert, mag zwar manchmal von reformerischen Kräften ehrlich gemeint sein, ändert aber nichts am Kern der Sache.

MILITÄRISCHE GEWALT NACH INNEN UND AUSSEN

Genau wie der bürgerliche Staat als Ganzes nicht klassenneutral ist, sind es auch seine einzelnen Teile nicht - und schon gar nicht sein Gewaltapparat. Zwar wird uns immer wieder erzählt, der "Dienst" in der Bundeswehr sei ein Dienst an der Allgemeinheit und solle die Gesellschaft vor Gewalt schützen. Aber wir haben schon gesehen, daß es "die Gesellschaft" gar nicht gibt, sondern daß an der Aufrechterhaltung dieser konkreten, kapitalistischen Gesellschaft nur die Kapitalistenklasse ein Interesse haben kann. Und dieses Interesse sichert der Staat - notfalls mit Gewalt. Seine Instrumente - Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei, Justiz, Geheimdienste usw. - sind damit

Waffen in der Hand der Kapitalistenklasse, die eingesetzt werden, wenn durch die normalen, "friedlichen" Mittel die Existenz des kapitalistischen Systems nicht mehr ausreichend gesichert scheint. Die Herrschaft über die Arbeiterklasse nimmt nicht immer die Form von Terror und Gewalt an, obwohl es gegenwärtig und in der Geschichte genügend Beispiele dafür gibt, daß die kapitalistische Ausbeuterordnung nur noch durch die Errichtung von Militärdiktaturen oder faschistischen Regimes gerettet werden konnte. Es gibt verschiedene Formen der bürgerlichen Herrschaft, die immer auch nebeneinander und gleichzeitig existieren, und von denen je nach dem Stand der Tendenz der kapitalistischen Krisenentwicklung und des nationalen und internationalen Klassenkampfs die eine oder andere stärker wird.

Die letzten 20 Jahre in der Bundesrepublik und auch in vielen anderen Ländern waren gekennzeichnet durch eine mehr oder weniger "liberale" Herrschaftsform. Die günstige Verwertungssituation erlaubte es dem Kapital, bei weitgehender Aufhebung der Arbeitslosigkeit jahrelang Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu machen, so daß sich der Lebensstandard der Masse der Bevölkerung real steigerte. Der Zwang für die Arbeiter und anderen lohnabhängigen Gruppen der Bevölkerung, sich ausbeuten zu lassen, ist damit keineswegs aufgehoben. Aber lange Zeit schien es so,als wenn dabei beide Seiten, Kapital und Arbeit, gleichermaßen in diesem System für ihren Vorteil arbeiten könnten. Die Bourgeoisie brauchte keine oder wenig direkte Gewaltanwendung, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten. Der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" reichte zum weitgehenden Stillegen der Klassenkonflikte aus.
Heute ist das schon nicht mehr so klar wie noch vor wenigen Jahren. Denn inzwischen hat sich gezeigt, daß der Kapitalismus keineswegs dauerhaft krisenfrei funktioniert. Im Gegenteil: Es zeigt sich, daß das Kapital immer stärker in seine selbstproduzierte Krise gerät, daß sein Verwertungsprozeß ins Stocken gekommen ist. Die Folgen sollen auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werden: Durch permanente Preissteigerungen und Abbau der Reallöhne, durch Wiederherstellung einer industriellen Reservearmee von Millionen von Arbeitslosen soll eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und eine Verschärfung der Ausbeutung durchgesetzt werden, um die Profite zu erhöhen. Der Staat hat mit seinen politischen und letztlich militärischen Mitteln dafür zu sorgen, daß dieses Manöver gelingt, daß die sich verschärfenden Klassenkonflikte zugunsten des Kapitals gelöst werden, wenn nötig mit Gewalt. Zu diesem Zweck stellt er die bewaffnete Gewalt bereit - und er tut dies, wie sich auch in der Bundesrepublik beweisen läßt, schon beizeiten - ,längst bevor die kommende ökonomische und gesellschaftliche Krise allgemein sichtbar, längst bevor der tatsächliche Einsatz bewaffneter Gewalt zum Rettungsanker des Systems geworden ist.

Diese innere Funktion der bewaffneten Gewalt des bürgerlichen Staats wird propagandistisch oft von der "äußeren" Aufgabe überlagert. Es ist offensichtlich und wird auch in der Bundeswehr mehr oder weniger offen propagiert, daß die Staaten des Warschauer Paktes nach wie vor als Hauptgegner zu betrachten sind. Daran hat auch die neue Ostpolitik der SPD/FDP-Regierungen, die hauptsächlich die "Erschließung" der osteuropäischen Märkte für das westdeutsche Kapital zum Ziel hat, nicht viel geändert. Denn der Gegensatz zwischen den verschiedenen

Klaus-Peter Wolf:
ICH BIN PROLETARIER

Die Großindustriellen
brauchen mich.
Ich soll ihre Fabriken
vor der Enteignung schützen.
Den Schutz gibt ihnen die Bundeswehr.
Doch ich seh nicht ein,
warum ich meine Feinde
schützen soll.
Etwa gegen mich selber?

Klaus-Peter Wolf:
GESANG DER HERRSCHENDEN

Die Bosse sprachen
vom unverletzlichen Eigentumsrecht.

Die Generäle
vom Frieden durch Abschreckung.

Die Priester predigten
Zucht und Ordnung.

Als ich Zwischenrufe machte,
sagte man mir,
DU STÖRST HIER!
Das war genau meine Absicht.

Gesellschaftssystemen bleibt bestehen und damit auch die Möglichkeit, daß die alten aggressiven Zielsetzungen gegen die Ostblockstaaten wieder aufgegriffen werden. Ob sich eine aggressiv-kriegerische Politik wieder durchsetzt, hängt von den internationalen Kräfteverhältnissen, von der Krisenentwicklung des Kapitals im nationalen Rahmen wie im Weltmaßstab ab und von den in diesem Prozeß sich ständig verändernden konkreten Interessen der westdeutschen Bourgeoisie.
Wegen der Internationalisierung des Kapitals besteht ein grundlegendes gemeinsames Interesse aller nationalen Bourgeoisien an der internationalen Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung einschließlich der sie sichernden mehr oder weniger gewaltsamen politischen Herrschaftsformen. Die imperialistische Ausbeutung der Dritten Welt ist nicht immer dadurch zu sichern, daß einheimische Herrschercliquen an der Ausbeutung des betreffenden Landes beteiligt werden. Häufig ist auch ein direktes militärisches Eingreifen der imperialistischen Staaten notwendig, wie etwa Vietnam, Ägypten 1956, Dominikanische Republik 1965, Angola 1975 und bei anderen militärischen Überfällen der USA in Lateinamerika und Asien.

Der militärische Gewaltapparat wird nicht nur als Drohung gegen sozialistische Staaten, nicht nur als Unterwerfungsmittel zur Sicherung der Ausbeutung in der Dritten Welt gebraucht, sondern auch als gewaltsames Mittel der zwischenimperialistischen Konkurrenz. Denn die verschiedenen nationalen bzw. heute kontinentalen Kapitalistenklassen tragen ihre Konkurrenz auf einem Weltmarkt aus, der gegenüber der produzierten Warenmasse immer enger und damit krisenhafter wird. Zwischenimperialistische Konkurrenz wurde schon zweimal durch Weltkriege ausgetragen. Und auch heute gilt: Je nach konkreter historischer Situation, je nach dem Grad der Verschärfung der internationalen imperialistischen Konkurrenz, je nach Intensität der kapitalistischen Krise im Weltmaßstab wird es sich entscheiden, ob die konkurrierenden Kräfte im internationalen Klassenkampf mehr oder weniger gemeinsam auftreten, ob dieses gemeinsame Interesse durch die zwischenimperialistische Konkurrenz aufgerieben wird - eine Konkurrenz, die sich tendenziell zum Vernichtungskampf steigern kann. Die Gewaltinstrumente des bürgerlichen Staates haben also nicht nur eine innere oder nur eine äußere Funktion. In der Form der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital ist die Notwendigkeit allseitiger Herrschaftssicherung, allseitiger Gewaltausübung eingeschlossen. Dementsprechend unterliegen die Gewaltinstrumente des bürgerlichen Staates je nach dem Grad der nationalen und internationalen Klassenkämpfe, je nach den Entwicklungstendenzen in der zwischenimperialistischen Konkurrenz und je nach der konkreten historischen Situation einem Formwandel. Der bürgerliche Staat schmiedet seine Waffen so, wie er sie jeweils braucht.
So war die "Innere Führung" z.B. Ausdruck einer Phase der "bequemen" Herrschaft der Bourgeoisie, in der die Bürgerkriegsfunktion der Bundeswehr zugunsten einer aggressiven ideologischen und materiellen Ausrichtung gegen die Ostblockstaaten zurücktreten konnte, weil die Propaganda von der Verteidigung des freien Westens, der Überlegenheit des kapitalistischen Systems usw. bei den meisten Menschen Erfolg hatte.

Mit den Befreiungskämpfen der Völker in den unterentwickelt gehaltenen Ländern und den in der Phase des niedergehenden Imperialismus

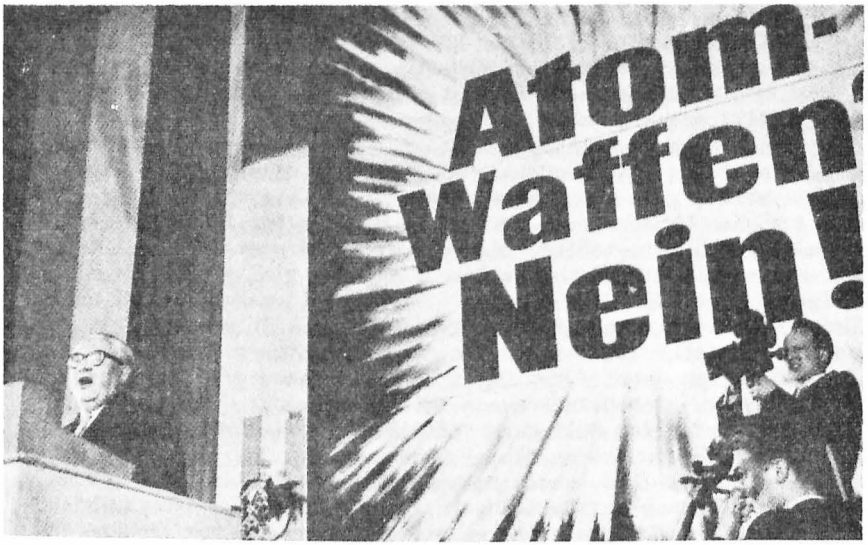
wachsenden Klassenkämpfen in den kapitalistischen Zentren setzt die Bourgeoisie die militärische Macht vorrangig zur Niederschlagung von Rebellionen gegen die Ausbeuterherrschaft in der "Dritten Welt" und im Inland. Der Militarismus tritt heute in den bürgerlichen Ländern wieder offener und drohender ans Licht. In den USA wurde seit Mitte der 60er Jahre die Nationalgarde massiv gegen Rebellionen der Schwarzen und der Studenten eingesetzt; die Armee überfiel die Dominikanische Republik und Vietnam, um eine weitere Ausbreitung des Sozialismus zu verhindern, nachdem das im Falle Kubas mißlungen war. Neuerdings stoßen die US-Politiker militärische Interventionsdrohungen gegen die Ölstaaten aus. Als Begründung wird unverhüllt angegeben, die USA würden eine Beeinträchtigung ihrer Interessen durch die ölproduzierenden Länder nicht zulassen. In Brasilien und 1973 in Chile hat das Militär die Macht übernommen und alle Mittel eingesetzt, um die Arbeiterbewegung blutig zu zerschlagen. In Frankreich war es die Armee, die ein Umschlagen des "Pariser Mai" in eine weitergehende revolutionäre Bewegung verhinderte. In Griechenland haben die Militärs sieben Jahre lang die verrottete Bourgeoisherrschaft getragen. In Italien existieren NATO-geförderte Putschpläne für den Fall X (einer Volksfrontregierung), Teile des höheren Offizierskorps sympathisieren offen mit den Faschisten. Und auch in der BRD entwickelte sich die Bundeswehr mehr und mehr zu einer innenpolitischen Klassenkampfarmee, was durch die Notstandsgesetzgebung formal abgesichert ist und seither in Übungen zum Soldateneinsatz bei Streiks und "Aufruhr" seinen Ausdruck findet. (Davon weiter unten mehr). Daß das Militär, wie in Portugal, zu erheblichen Teilen eine progressive, ja sozialistische Haltung einnehmen kann, muß als eine Ausnahme angesehen werden, die mit den besonderen Verhältnissen einer untergehenden "kolonialisierten Kolonialmacht" zusammenhängt.

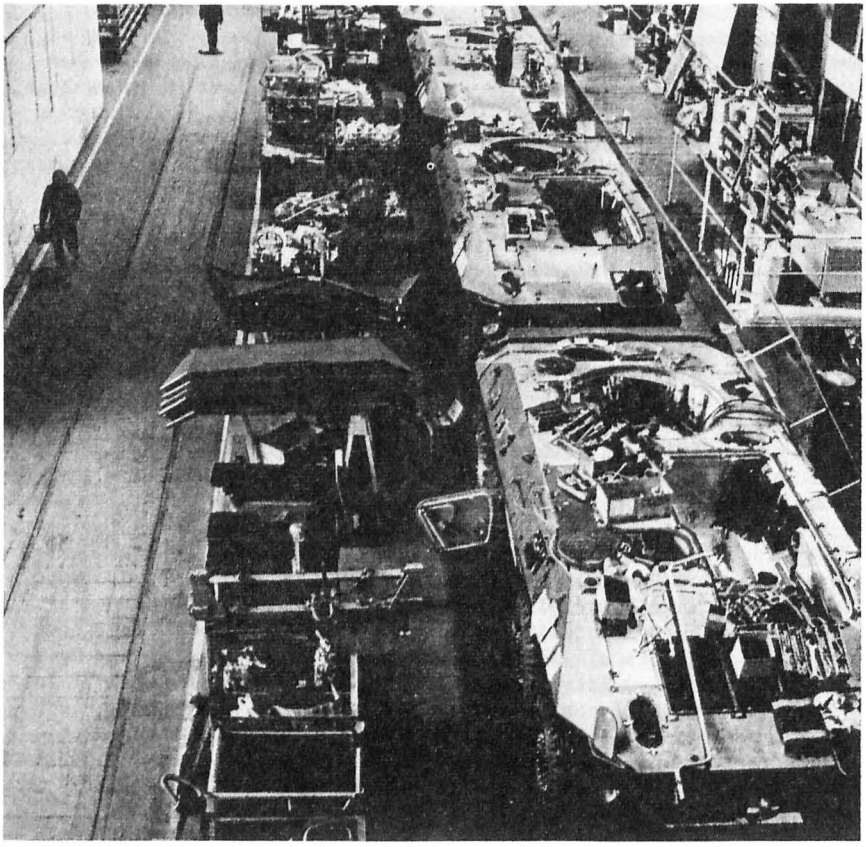
WIEDERAUFRÜSTUNG UND ANTIMILITARISTISCHER KAMPF IN DER BRD

Bei der näheren historischen Kennzeichnung der Rolle des Militärs im Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg, insbesondere in bezug auf Westdeutschland, können wir im wesentlichen zwei Phasen unterscheiden: die Phase des heißen und kalten Krieges gegen die Sowjetunion , in die auch die westdeutsche Wiederaufrüstung fällt; zweitens die Phase der antikolonialistischen Befreiungsbewegungen und der sozialen Konflikte, in der die Bedeutung des Militärs als außen- und innenpolitische Waffe zur Sicherung der kapitalistischen Klassenherrschaft zunahm. Parallel dazu wuchs die Bedeutung der Rüstung für die kapitalistische Ökonomie. Diese Phasen sind nicht streng voneinander zu trennen.
Mit dem Wiederaufleben der Widersprüche zwischen den USA und der Sowjetunion unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg wurde bald die Demobilisierung der US-Armee gestoppt. Die 1947 verkündete Truman-Doktrin bestimmte das Hauptziel der amerikanischen Außen- und Militärpolitik: Eindämmung des kommunistischen Einflusses in der Welt. Im Zuge dieser Doktrin erfolgte das massive Eingreifen der USA in den griechischen und koreanischen Brügerkrieg (1), erfolgte auch die forcierte Restauration, Integration ins westliche Lager und Wiederaufrüstung Westdeutschlands.

Vor und mit dem Koreakrieg kam die Wiederaufrüstung Westdeutschlands immer stärker ins Blickfeld der US-Politik und der CDU. Die USA versprachen sich von der Wiederaufrüstung eine militärische Absicherung ihrer hohen Kapitalanlagen in Westeuropa, eine Entlastung ihrer eigenen Militärmaschine zugunsten eines Einsatzes im Fernen Osten und die Erschließung neuer Absatzmärkte für die amerikanische Rüstungsindustrie. Schon 1948 hieß es: "Militärische Führer der Vereinigten Staaten befürworten ein starkes Deutschland. Sie würden die Deutschen, wenn das ohne Verschärfung der Gefahr eines plötzlichen Kriegsausbruchs möglich sein sollte, gern wieder bewaffnen. Sie sehen in Deutschland ein militärisches Potential, das viel größer ist als im übrigen Europa."(2) Und: "Stabsoffiziere einiger westeuropäischer Armeen haben jüngst die Bedeutung diskutiert, die die Aufstellung von fünf deutschen Divisionen für die Verteidigung Westeuropas gegen einen möglichen Angriff von Osten her haben könnte."(3) Noch konkreter äußerte sich Dean Acheson, Mitarbeiter des US-Außenministers Dulles, Schöpfer der Roll back-Politik: "Ein wiedererstarktes Deutschland kann auch ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und in anderen benachbarten Länder unterminiert." (4)
Dem entsprachen die Vorstellungen der Vertreter der westdeutschen Bourgeoisie: "Durch die Europa-Armee können wir uns des deutschen Potentials bedienen, um die Neuordnung des Ostens vornehmen zu können." (5) Schon ab 1948 wurden in Gestalt des "Amtes Blank" organisatorische und personelle Vorbereitungen zum Aufbau einer neuen Armee getroffen. 1951 belief sich die Zahl der den Alliierten unterstehenden westdeutschen Hilfstruppen auf nahezu 100 000. (6) Die ersten Pläne des eigenen deutschen Wehrbeitrags in Gestalt der EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) scheiterten am Widerstand Frankreichs, das, stärker noch als England, einer westdeutschen Wiederbewaffnung ablehnend gegenüberstand. Aber schon 1954 wurde die Eingliederung einer neuen westdeutschen Streitmacht in die NATO geplant und 1956 vollzogen. Eine massive Propaganda über eine angeblich aus dem Osten drohende Aggression, unterstützt durch handfeste Zahlenmanipulationen, sollte diesen Schritt absichern. Seine Bedeutung war klar: "Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke haben wird." (7) In wenigen Jahren sollte nun eine westdeutsche Armee aus dem Boden gestampft werden.

Die westdeutsche Bevölkerung war allerdings zutiefst antimilitaristisch eingestellt, was die Pläne der Bundesregierung zumindest verzögerte. Eine breite antimilitaristische Bewegung entstand in kirchlichen Kreisen, bei bürgerlichen Oppositionellen und unter den Mitgliedern von SPD und DGB bis hin zur KPD, die zugleich die konsequenteste Kraft in dieser Bewegung darstellte. Allein bis zum Sommer 1950 hatte die KPD zwei Millionen Unterschriften gegen die Remilitarisierung gesammelt. Eine offizielle Meinungsumfrage kurz zuvor hatte eine nahezu 75prozentige Ablehnung der westdeutschen Wiederaufrüstung ergeben, eine Mehrheit, die infolge des Korea-Krieges allerdings merklich sank. Eine von der KPD initiierte Volksbefragung ergab bis zum Frühjahr 1952 eine fast neunzigprozentige Ablehnung der Wiederauf-


Atom-
waffen
Nein!



rüstungspläne. (8)

Auch die SPD und der DGB hatten sich anfangs massiv gegen die Wiederbewaffnung ausgesprochen. Aber bald setzte sich der Schumacher- und Erler-Flügel durch, der stets eine bedingte Wiederaufrüstung befürwortet hatte. (9) Schließlich lehnten SPD und DGB die Volksbefragung als illegal ab. Der Massenprotest gegen die Wiederaufrüstung blieb damit ohne die Beteiligung der beiden größten Arbeiterorganisationen beschränkt. Dennoch gab es massive Proteste der Gewerkschaftsmitglieder. "Einen gewissen Höhepunkt erreichte diese Aktivität in den ersten Monaten des Jahres 1952. Demonstrationen in hessischen Großstädten, Belegschaftsversammlungen in einer Anzahl wichtiger Großbetriebe, Proteststreiks im Ruhrgebiet (10) und in Süddeutschland häuften sich. Allein in Süddeutschland fanden bis Ende Februar 1952 in 65 Betrieben Warnstreiks gegen die Wiederaufrüstung statt. In Nordrhein-Westfalen wurden 24 Warn- und Proteststreiks gezählt". (11) Nach dem Eintritt der BRD in die NATO und dem Aufbau der Bundeswehr verlagerte sich der antimilitaristische Protest auf den Kampf gegen die drohende Atombewaffnung.(12) Aber auch hieraus zogen sich DGB und SPD schrittweise zurück. Die Kampagnen setzten sich in Form der Ostermarschbewegung fort, die allerdings keine Breitenwirkung mehr erzielte.(Siehe auch den Beitrag auf Seite 86)

INDUSTRIE UND RÜSTUNG

In der Anfangsphase war die Haltung der westdeutschen Industrie zur Wiederaufrüstung noch widersprüchlich. "Trotz allem grundsätzlichen Interesse daran, Rüstung in ihre Produktion einzubeziehen, scheint eine breite Unternehmerfraktion während des Höhepunktes der Wiederaufbaukonjunktur in den fünfziger Jahren ein aktuell gemildertes Interesse an der Herstellung von Waffen gehabt zu haben. Man befürchtete eine zu scharfe Verengung des Angebots von Arbeitskräften durch die Konkurrenz der Streitkräfte, eine Verteuerung der Anleihezinssätze wegen der anstehenden Rüstungskredite und sprach sogar von Inflationsschüben durch die Rüstung. Unternehmen, die traditionsgemäß Rüstungsaufträge bevorzugten, besonders die ehemalige Flugzeugindustrie sowie die Schiffswerften und Teile der Schwerindustrie, äußerten demgegenüber ihre Einzelinteressen an einer baldigen Rüstungsproduktion teilweise sehr offensiv, ja griffen zur Selbsthilfe, um auf diesem Weg voranzukommen."(13)
Während die Industrie den schnellen Aufbau einer Massenarmee wegen der befürchteten Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt ablehnte, stand sie der Waffenproduktion von Anfang an positiv gegenüber. 1951 begann sie mit der Auftragsproduktion für die Alliierten. 1953 gab es die ersten Rüstungsexporte. Vor allem im Schiffbau, dem Panzer- und Militärfahrzeugbau sowie dem Flugzeugbau bereiteten sich die westdeutschen Unternehmen, zum Teil im Ausland,auf die zu erwartenden Rüstungsaufträge mit eigenen Entwicklungen vor. Der "Wehrkoalition" zwischen dem CSU-Minister für Verteidigung, Strauß, und der vor allem bayerischen Rüstungsindustrie gelang es, das Konzept einer "qualitativen Rüstung" - langsamer personeller Aufbau der Bundeswehr mit hochentwickelten Rüstungsgütern - durchzusetzen und damit die deutsche Rüstungsindustrie zu begünstigen. Während in der ersten Phase nahezu sämtliche Waffen importiert wurden, ging die westdeutsche Rüstungsindustrie 1959 zur Lizenz-Produktion über (Star-

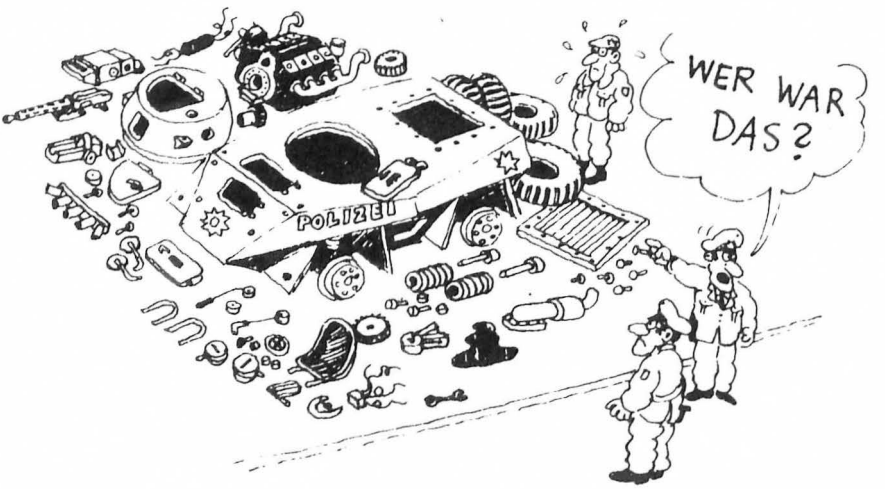
fighter), 1963/64 zur Eigenproduktion und beteiligte sich schließlich gleichwertig an übernationalen Entwicklungen und am Rüstungsexport.(14) Wie in den USA bildet sich im Verlauf dieser Entwicklung ein "militärisch-industrieller Komplex" heraus, dessen Rolle in der Sicherung der Profite, im Versuch, die kapitalistischen Krisen zu bekämpfen, und in der Bereitstellung der militärischen Ausrüstung für die nach innen und außen gerichtete Klassenkampfarmee besteht. Im Zuge des weltpolitischen Arrangements zwischen den USA und der Sowjetunion tritt diese ökonomische Funktion der Rüstung und die politische Rolle des Militärs zur Sicherung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie in den imperialistischen Ländern selbst und in den unterentwickelten Ländern in den Vordergrund.

Die ökonomische Bedeutung der Rüstung für die kapitalistische Profitproduktion liegt zunächst darin, daß sie ein staatlich garantiertes Absatzfeld für Rüstungswaren darstellt. Ihr Gewicht für die kapitalistische Reproduktion läßt sich schon daran ersehen, daß etwa in den USA der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt von 1923 bis 1938 sich um ein Prozent bewegte, während er nach dem Koreakrieg bis heute ständig zwischen 7 und 10 Prozent schwankte. Der Anteil in der BRD betrug 1974 knapp über 4 Prozent. Mit dem Anschwellen des Bruttosozialprodukts ist der Anteil der Rüstungsausgaben zwar gesunken, aber in absoluten Zahlen sind sie gewaltig gestiegen.
Seit 1955 sind über 200 Mrd. DM für die Bundeswehr ausgegeben worden.(15) Seit 1970 bestreitet die BRD nach den USA und der Sowjetunion die höchsten Militärausgaben in der Welt (16) Abgesehen von den Profiten, die den Rüstungskapitalisten mit der angeschwollenen Rüstungsproduktion zufließen, werden Rüstungsaufträge zur Konjunktursteuerung eingesetzt. So stieg der Anteil der Rüstungsproduktion an der gesamten Industrieproduktion in der BRD jeweils in der rezessiven Phase stark an, insbesondere 1967. Mit den Rüstungsaufträgen kann sich brachliegendes Kapital wieder verwerten, kann die Krise gedämpft werden. Dies ist aber nur begrenzt möglich, denn Rüstungsproduktion ist, stofflich gesehen, "unnütze" Produktion und kann nur erfolgen um den Preis entsprechender Wertabzüge aus der übrigen gesellschaftlichen Produktion, einer Zunahme der Steuern, Staatsverschuldung und Inflation. Früher oder später wird die hinausgeschobene Krise erneut, zum Teil in anderen Formen, hereinbrechen. Die Rüstung ist also keineswegs der "Geist aus der Flasche" für den modernen Kapitalismus, den dieser zur Beherrschung seiner krisenhaften Störungen bewußt einsetzen könnte.
Für einzelne Branchen sind die Rüstungsaufträge allerdings lebenswichtig. Insbesondere die Flugzeugindustrie sowie die Elektronik-, Fernmelde-, Feinmechanik- und Optikindustrie in der BRD sind in hohem Maße rüstungsabhängig, auf sie entfällt auch der Hauptanteil der Rüstungsaufträge.(17) Gefördert durch die Bundesregierung ist in diesen Branchen seit Mitte der 60er Jahre eine außerordentliche Kapitalzentralisation entstanden. Von hohem Interesse für die westdeutsche Rüstungsindustrie sind weiterhin die staatliche Freifinanzierung von Forschung und Entwicklung über Rüstungsausgaben(18) und der zunehmende Rüstungsexport.(19) Vor allem Panzer entwickeln sich zu einem "Export-Schlager" der westdeutschen Rüstungsindustrie.(20)

VORBEREITUNG DER BUNDESWEHR AUF DEN BÜRGERKRIEG

Wir haben oben gesagt, daß mit zunehmender Krisenhaftigkeit des Kapitalismus die bewaffnete Macht von der herrschenden Klasse immer stärker auf zu erwartende soziale Konflikte im Inneren orientiert wird. Das geschieht einerseits mit dem Instrumentarium der Notstands- und BGS-Gesetze, andererseits unter verschleierter und offener Durchbrechung verfassungsmäßiger Rechtsnormen. Aus der Entstehungsgeschichte der Notstandsgesetze geht schon eindeutig hervor, daß der Legalisierung der Bürgerkriegsfunktion der Bundeswehr von vornherein sehr konkrete Vorstellungen zugrunde lagen.

Im Herbst 1966, als es zwischen der CDU-Regierung und der SPD-Opposition noch einige Differenzen über die konkrete Fassung der Notstandsgesetze gab, organisierte die Regierung zusammen mit den führenden Militärs der Bundeswehr die NATO-Stabsrahmenübung Fallex 66. Grundlage war die Notstandsvorlage des damaligen Innenministers Lücke, die später mit einigen Änderungen von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD zum geltenden Recht gemacht worden ist. An ihr nahmen 44 Spitzenparlamentarier der drei Parlamentsfraktionen teil, die von ihren Fraktionen in den nach den Lücke-Plänen für den Notstand als Ersatz- und Miniparlament vorgesehenen "Gemeinsamen Ausschuß" gewählt worden waren. Mit der Übung versuchten Regierung und Militärs, den noch zweifelnden Parlamentariern klarzumachen, wie man sich eine Anwendung der Notstandsgesetze vorstellen sollte und welche Rolle dabei den Parlamentariern als Scheinlegitimatoren für die Erlasse der Notstandsregierung zugedacht war. Die Übung enthielt eine planmäßige Vermischung von "äußerem" und "innerem" Notstand. Sie ging davon aus, daß der "Feind" mit einer "großangelegten Sabotagewelle" die Bundesrepublik "sturmfrei machen" wolle. Ein Regierungssprecher (übungshalber) beklagte, daß viele Objekte, Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude, militärische Anlagen usw. ungenügend gesichert seien.



Inzwischen wurden in der Phantasie der Übungsplaner in den Großstädten "wehrkraftzersetzende" Friedensdemonstrationen organisiert, bei denen auch zum Generalstreik aufgerufen wurde. Ein fiktiver Zeitungskommentar stimmte bereits am ersten Tag die Parlamentarier ein: "Gestern protestierten sie noch sitzend vor den Kasernen unserer Streitkräfte, morgen werden sie bereits durch Sabotage unsere Soldaten hindern, ihre Heimat zu verteidigen. Es ist Zeit, daß diesem Treiben ein Ende gemacht wird." In den folgenden Tagen griffen die (von den Generalen erdichteten) Unruhen auch auf die Arbeiterschaft über. Es wurde berichtet: "Bei den Arbeiterunruhen in Wolfsburg behielt die Polizei gerade noch die Oberhand." Am vierten Übungstage meldete der Verfassungsschutz, daß die immer häufigeren wilden Streiks nach gesetzlicher (Notstands)Maßregel verlangten, um die Aktionen der Arbeiter gewaltsam unterdrücken zu können und damit die Verteidigungsbereitschaft zu sichern.
Der "Spiegel" kommentierte dieses Bürgerkriegsspektakel: "Wohl kaum je war eine Manöverlage so sehr den Wünschen der Initiatoren angepaßt wie die Notstandsübung im Eifelbunker. Die Notstandsplaner des Lücke-Ministeriums nannten sie ein "Geschenk des Himmels"."(21)
Es ist bei einer Stabsübung nicht geblieben. Die Einübung des Bürgerkriegsfalles ist mittlerweile schon fast zum Alltag der Bundeswehr geworden. Dazu einige Beispiele, die der Dokumentation "Bundeswehr probt den Aufstand - Eine Zusammenstellung von Berichten über Notstandsübungen in der Bundeswehr" entnommen sind (hrsg. vom Arbeitskreis Bundeswehr und KDV, Koblenz 1975, 54 Koblenz, Hofstraße 270):

Ein Manöver 1967

Beschreibung der Lage: »Die Deutsche Mark verliert ständig an Kaufkraft, die Lebensmittelpreise steigen rapide. Die bis dahin friedlichen Demonstrationen für höhere Löhne und stabile Preise . . . arten zu blutigen Straßenkämpfen aus. Die

Polizei war überfordert . . . Es werden Schützenpanzer gegen Demonstranten eingesetzt.« (Aus Blätter für internationale und deutsche Politik, Nr. 11/70, S. 1154)

Kaserne »Memminger Berg« 1968

Beteiligt waren die Soldaten des Jagdbombergeschwaders 34 vom Fliegerhorst »Memminger Berg«; unter der Leitung eines Oberleutnants und eines Leutnants der Reserve wurde die Verteidigung der Kaserne gegen anstürmende Demonstranten geprobt. Über die Art der Demonstration, ob bewaffnet oder unbewaffnet, wurden keine Angaben gemacht. Es wurde angenommen, daß die Feuerwehr die Demonstranten nicht mehr vertreiben könne. Schließlich wurde der Befehl gegeben: Demonstranten, die übers Tor klettern, werden erschossen!
(Nach Barras, Zeitung der DFG/VK, Nr. 26, S. 8)

Schneesturm 1969

Hier probte der ehemalige Paderborner Oberst und jetzige General Renner den Militäreinsatz gegen Studenten.
(Vergl. Rekrutenflugblatt des Arbeitskreises »Bundeswehr und KDV«, 3/72, S. 5)

Das Raketenbataillon 22 in Schwalmstadt ging bei einer Übung von folgender Lage aus:

»Arbeiter haben im süddeutschen Raum die Macht ergriffen und ein »Rotland« geschaffen. In anderen Teilen Deutschlands (»Blauland«) kommt es zu Demonstrationen. Vergeblich bemüht sich die Polizei, eine Demonstration vor einer Kaserne aufzulösen. Daraufhin greifen bewaffnete Bundeswehrsoldaten ein.
Polizeikräfte haben in der vergangenen Nacht die Henschelwerke besetzt. Die Rädelsführer konnten festgenommen werden. Für den nächsten Tag werden mehrere Sabotageakte angekündigt. Die Regierung von »Rotland« drohte heute morgen in einer nach »Blauland« ausgestrahlten Rundfunksendung, sie werde der unterdrückten Bevölkerung »Blaulands« bei weiteren Polizeiaktionen notfalls mit Waffengewalt zu Hilfe komme. Die Firmenleitung in Kassel wurde aufgefordert, die Betriebsführung in die Hände der Arbeiterräte zu legen.«
Diese Übung sollte nach Aussage des leitenden Offiziers W. von Scheven zur »Überprüfung des Herstellens der Einsatzbereitschaft« dienen. Bei der Übung waren folgende Aufgaben zu erfüllen:
1. Streikende Arbeiter der Kasseler Henschelwerke sollen auseinandergetrieben werden.
2. Eine Demonstration vor einer Gießener Kaserne soll aufgelöst werden. Zur besseren Anschaulichkeit der Übung wird ein Teil der Soldaten als Demonstranten verkleidet.
3. Die Unruhen haben auf die Bundeswehr übergegriffen – Befriedung eines Unruheherdes.
(Frankfurter Rundschau vom 14. 2. 73, Welt der Arbeit vom August 1973)

Aurich 1973

»Bei einem Probealarm wurde kürzlich in der Bundeswehrkaserne Aurich (Ostfriesland) folgender Befehl gegeben:
»Die VW-Werke in Wolfsburg werden bestreikt. Der Werkschutz ist allein nicht mehr in der Lage, das Werk zu schützen. Deshalb muß die Fernmeldekompanie die Sicherung übernehmen.«
(Die Tat vom 3. 11. 73)

Übung »Raubvogel« im September 1973

Um den 15. 9. 73 fand in Bayern die Übung »Raubvogel« des Heimatschutzkommandos 18 (gehört zum Territorialheer, zur Zeit hauptsächlich aus Reservisten bestehend, nicht der NATO unterstellt) statt. Nach »Anlage zur Lage Blau« war folgende Lage angenommen: Nach Meldung der Landespolizeiinspektion Mühldorf und Altötting sind am Spätnachmittag und Abend des 15. 9. in beiden Landkreisen je fünf bis zehn Mann starke Gruppen von tieffliegenden Propellermaschinen abgesetzt worden . . . Gleichzeitig wurde (durch das Landesamt für Verfassungsschutz) bekannt, daß illegale (linksextreme) Gruppen (deren Verbindungen zu ausländischen Arbeitnehmerorganisationen bekannt sind) im Großraum München bewaffnete Aktionsgruppen gebildet haben. Diese sollen den Auftrag haben, mit luftgelandeten Kommandogruppen im Landkreis Ebersberg, Mühldorf, Altötting

und Wasserburg/Inn Verbindung aufzunehmen, um gemeinsame subversive Unternehmungen gegen militärische Objekte im Großraum München vorzubereiten . . . Nach Erkenntnissen einer von linksextremen Gruppen friedensmäßig durchgespielten Studie sollen illegale Banden in Zusammenarbeit mit irregulären Feindkräften nach Eintritt des Verteidigungsfalles sich für folgende Aufträge bereithalten:

1. Die Radar- und Flugabwehranlagen im Raum Freising und Erding zu stören;
2. Flugplätze im Raum München, Fürstenfeldbruck, Erding für Luftlandungen starker Feindverbände in Besitz zu nehmen und zu verteidigen.

Die Worte und Satzteile in Klammern waren in der Anlage gestrichen.
(Nach Die Tat vom 20. 10. 73)

Husum, 3. 5. 74

»Die Lage schien ernst: Jugendliche Demonstranten belagerten gestern in Husum das Kasernentor des leichten Kampfgeschwaders 41 in Husum, entrollten Transparente und beschimpften mit derben Sprüchen die wachhabenden Soldaten. Die Uniformierten gingen hinter den schnell geschlossenen Kasernentoren in Deckung. Und als schließlich Polizeikräfte anrückten, wunderten sich zumindest die Demonstranten: junge Soldaten, die sich auf Geheiß ihrer Führung in Räuberzivil hatten werfen müssen, um die ahnungslosen Wachhabenden zu testen, wie sie auf eine Protestaktion gegen die Bundeswehr reagieren würden. Der Wirbel löste sich schnell in Wohlgefallen auf, nachdem der diensthabende Oberst zum Abmarsch geblasen und den Bluff aufgedeckt hatte. Die soldatischen Geheimpläne waren nur deshalb durchkreuzt worden, weil ein aufmerksamer Angestellter wegen der Zusammenrottung vor der Kaserne die Polizei alarmiert hatte. Trotz des Zwischenfalles war der Kommandeur zufrieden: »Die Wache hat den Test bestanden!«
(Zit. nach Quickborner Tageblatt vom 4. 5. 74)

Wintex 75

Vom 3. bis 14. März fand die Übung »Wintex 75« statt. Soldaten, die bei dieser Übung mitmachten, gaben folgendes Protokoll ab:

6. März: Die Lage zwischen den Machtblöcken der NATO und des Warschauer Pakts spitzt sich zu. Truppen des Ostblocks werden bei Manövern in grenznahen Gebieten der BRD beobachtet. Die östlichen Luftwaffen werden auf grenznahe Feldflughäfen verlegt. Die Bundeswehr bezieht mit ihren Einheiten die Verfügungsräume, die Mobilmachungsergänzung in der BRD ist eingeleitet. Die NATO hat ihre Mitglieder alarmiert. Fieberhafte Verhandlungen zwischen den Regierungen finden statt.

7. März: Die Bundesregierung verkündet den Spannungsfall. Die Amerikaner bringen die Reforger-Einheiten und weitere Verstärkungen über den Atlantik nach Mitteleuropa. Die Unruhe unter der westdeutschen Bevölkerung nimmt ständig zu. Einberufungsbescheide werden in zunehmender Zahl nicht befolgt, doch wird die Kampfstärke der Bundeswehr dadurch noch nicht empfindlich getroffen. Gastarbeiter, die in ihre Heimat wollen, blockieren die Bahnhöfe der deutschen Großstädte. Die Polizei ist bei dem entstehenden Chaos hoffnungslos überfordert. In der Rüstungsindustrie drohen wilde Streiks.

8. März: Seit heute früh wird geschossen. Im Grenzgebiet finden Artillerieduelle statt. An der Zonengrenze kommt es zu einzelnen Zwischenfällen bis zur Kompaniestärke. In der Ostsee werden von sowjetischen Zerstörern einige Handelsschiffe versenkt. Einzelne Übergriffe feindlicher Jäger und Aufklärungsflugzeuge in den westdeutschen Luftraum finden statt. In der BRD werden verstärkt Sabotagetrupps aufgespürt, die den Auftrag haben, wichtige Brücken über Rhein, Main und Neckar sowie die bedeutendsten Pipelines zu sprengen, was ihnen auch zum Teil gelingt. In sämtlichen Großstädten wird gegen die wachsende Kriegsgefahr demonstriert, in zunehmendem Maß treten kommunistische Agitatoren auf. Nach den Ansturm auf die Banken folgen Hamsterkäufe. In einigen Rüstungswerken wird wild gestreikt. In ihren Bemühungen, die Ordnung aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen, wird die Polizei immer mehr vom Bundesgrenzschutz unterstützt. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Zivilbevölkerung, bei denen einige Demonstranten getötet werden.

9. März: Mit starken Panzerverbänden, Flugzeuggeschwadern und Seestreitkräften erfolgt im Morgengrauen auf der gesamten Front von der Ostsee bis zum Bayrischen

Wald der Angriff aus dem Osten auf das friedliche Mitteleuropa. Die Bundesregierung hat den V-Fall festgestellt und die NATO sowie die Vereinten Nationen um Hilfe angerufen. Vom ersten Augenblick an werden die im Grenzgebiet liegenden deutschen Städte zusammengebombt. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung sind hoch. An der norddeutschen Front werden chemische Kampfstoffe eingesetzt, u. a. auch Napalm. Der US-Präsident erklärt den Staaten des Warschauer Pakts den Krieg.

10. März: Weiterhin greifen die 5. und 6. Armee des Warschauer Pakts mit aller Kraft die Heeresgruppen Nord (Northag) und Mitte (Centag) der NATO an. Trotz allem aber bleibt ihr Angriff nach einem Gebietsgewinn von 20 bis 40 km liegen. Bayreuth, das heiß umkämpft ist, Kassel und Fulda, annähernd eingekesselt, brennen. Die Flughäfen von Frankfurt, München und Köln sind nach Luftangriffen zu über 75 Prozent zerstört. Wichtige Rüstungsindustrien im Ruhrgebiet und Süddeutschland sind weitgehend ausgefallen. Wichtige Brücken, Straßen- und Eisenbahnverbindungen sind ebenfalls zerstört. Dadurch steht der Nachschub für die kämpfenden Einheiten vor schier unüberwindlichen Transportschwierigkeiten. Seit dem Vormittag werden auch in Süddeutschland C-Kampfstoffe eingesetzt.

In einem ungeheuren Vorstoß haben starke Kräfte der feindlichen 2. Armee durch das neutrale Österreich hindurch Brückenköpfe auf westdeutschem Gebiet im Raum Bad Reichenhall–Passau gebildet. Außerdem sind starke Verbände durch Österreich und Jugoslawien hindurch in die norditalienische Tiefebene vorgestoßen. Aus dem Grenzgebiet setzt eine immer stärker werdende Flüchtlingsbewegung ein.

Unterdessen häuft sich das Auftreten von organisierten Partisanengruppen. In den Industriegebieten von Rhein, Main und Neckar, im Ruhrgebiet sowie in den norddeutschen Großstädten werden Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS) in verlustreiche Kämpfe mit Aufständischen verwickelt. Auch sämtliche Einheiten des Heimatschutzkorps der Bundeswehr befinden sich voll im Einsatz zur Unterstützung von Polizei und BGS. Private Haushalte und Kleinunternehmer widersetzen sich in zunehmendem Maß den Versuchen der Truppe, kriegsverwendbares Material zu beschlagnahmen und Personen zur Dienstleistung zu verpflichten.

Im süddeutschen Raum haben kämpfende Einheiten allein durch Verwundete Verluste von über 20000 Mann erlitten. Die Zahlen der Gefallenen sind nicht bekannt.

13. März: Auf seiten des Warschauer Pakts sind der Irak und Syrien in den Krieg eingetreten. Die Erdölfelder am Persischen Golf brennen. Frankreich verhält sich weiterhin neutral.

Den Warschauer-Pakt-Truppen ist es gelungen, tiefe Einbrüche in die Verteidigungslinien zu erzielen. Finnland ist besetzt, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Hannover sind gefallen. Die Front läuft weiter über Göttingen, Kassel, Fulda, Schweinfurt, Würzburg, Nürnberg und Regensburg. München ist umkämpft. Im Bereich Würzburg bis München detonieren insgesamt 16 Atomsprengköpfe (ASK) von je fünf Kilotonnen (KT). Die Verluste in diesem Gebiet betragen etwa 500000 Tote unter der Zivilbevölkerung. Die Anzahl der Verletzten kann nur geschätzt werden. Im Großraum Karlsruhe-Mannheim-Stuttgart ist das Heimatschutzkommando der Bundeswehr in Kämpfe mit Partisanen und Demonstranten verwickelt, ebenso im Ruhrgebiet. In ganz Westdeutschland verweigert die Bevölkerung dem Militär jede Unterstützung. Die Wehrbereichskommandos III (Dortmund), IV (Wiesbaden), V (Stuttgart) und VI (München) sind nicht mehr Herr der Lage. Die gesamte Rüstungsindustrie ist teils durch Zerstörung, teils durch wilde Streiks lahmgelegt. Sämtliche Transportwege sind völlständig zerstört. Die militärische Operationsfreiheit ist nicht mehr gegeben. Die Zivilkrankenhäuser sind der Bundeswehr unterstellt worden. Die ersten Verwundetentransporte nach Großbritannien laufen an.

Unterdessen bereitet sich die 4. alliierte Luftflotte (4. ATAF) auf ihren Großeinsatz vor. Von ihren 700 Flugzeugen sind noch ca. 500 einsatzfähig, u. a. atomraketentragende B 52. Die Bundesluftwaffe ist vollständig ausgeschaltet. Die atomaren Trägerwaffen der Bundeswehr werden auf ihren Einsatz vorbereitet. Auch die feindlichen Angriffsspitzen verlangsamen ihr Vormarschtempo und graben sich zum Teil ein. Aller Voraussicht nach steht eine atomare Auseinandersetzung unmittelbar bevor.

14. März: Der Oberste Alliierte Befehlshaber Europa befiehlt den Einsatz von

Atomwaffen. Der Abschuß der ASK von je mehrfacher Hiroshimastärke auf die Spitzen der östlichen Angriffsverbände bringt den alliierten Einheiten jedoch nur geringe Geländegewinne; unter der Zivilbevölkerung hat er etwa eine Million Tote gefordert. Die zweite Ostangriffswelle mit starker atomarer Unterstützung führt zu tiefen Einbrüchen in die norddeutsche Tiefebene und bringt die Einheiten der Bundeswehr und der 7. US-Armee zum unkontrollierten Rückzug. Das wird von der NATO mit der unbeschränkten Freigabe der Nuklearwaffen auf Mitteleuropa beantwortet. Innerhalb kürzester Zeit prasseln allein auf Deutschland ca. 200 ASK mit bis fünf Megatonnen Sprengkraft, u. a. auf Hamburg, Köln, Hannover, das Ruhrgebiet, Frankfurt, Stuttgart und München. Ihre Herkunft ist im einzelnen nicht mehr feststellbar. Die Verluste betragen weit über fünf Millionen Tote.
Mitteleuropa ist zum Trümmerfeld geworden.
Von seiten der Bundeswehr nahmen an dieser NATO-Stabsrahmenübung teil:
- 12. Panzerdivision,
- die drei Territorialkommandos Nord, Süd und Schleswig-Holstein mit ihren unterstellten Einheiten (Heimat-Schutzkommandos, Fernmeldeeinheiten, Feldjägereinheiten).

Außerdem waren beteiligt:
- die Leitungszentralen der Polizei,
- die Stäbe des BGS,
- die Regierungspräsidien,
- die Bundes- und Landesregierungen,
- der Präsident der USA (der im entscheidenden Moment die Einwilligung zum Atomwaffeneinsatz [Üb] gab),
- die Leitungen großer Krankenhäuser (z. B. Städtische Krankenanstalten Ludwigshafen),
- die Chefetagen einiger Industrieunternehmen (z. B. BASF, Daimler-Benz).

So findet sich im Übungsprotokoll folgender Vorfall:
Zu einer bestimmten Zeit ruft der BASF-Boß Seefelder den ihm von vielen Empfängen bestens persönlich bekannten Generalmajor von Kalckreuth, Befehlshaber des Territorialkommandos Süd, an, daß die Arbeiter der BASF die Arbeit niedergelegt hätten und einige Werke besetzt hielten. Von Polizei und BGS könne er keine wirksame Unterstützung mehr erwarten, er bitte deshalb um die Entsendung einer Bundeswehreinheit.
(Alle diese Fakten und Daten sind ebenso wie das Übungsprotokoll zitiert nach der »Roten Fahne« des KABD vom 16. 7. 75.)

Der Bürgerkrieg ist also eindeutig im Auftragskatalog der Bundeswehr enthalten, auch wenn das von den Militärs selbst, von bürgerlichen Politikern und Presseleuten immer wieder bestritten wird. Man darf sich von dieser Propaganda nicht irremachen lassen - die Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache.
Dabei geht aus dem Geschilderten ohne jede Schminke hervor, wer eigentlich als der gefährlichste innere Gegner angesehen wird: die kämpfende Arbeiterklasse. Und dies zu einer Zeit, in der der sozialpartnerschaftliche Friede noch fast völlig intakt zu sein scheint und in der die sozialistischen und kommunistischen Gruppen kaum nennenswerten Rückhalt in der Arbeiterklasse finden. Die Formierung der Bundeswehr, die Anpassung an ihre zukünftigen politischen, militärischen und ökonomischen Funktionen wurde insbesondere während der Amtszeit des sozialdemokratischen Verteidigungsminister Schmidt planmäßig vorangetrieben. Dabei waren folgende schwerpunktartige Ziele zu erkennen:

- Durchsetzung einer Wehrstruktur, die sowohl eine weitere politische und ökonomische Expansion des westdeutschen Militär-Industrie-Komplexes als auch die Einbeziehung des "Inneren Auftrags" der Bundeswehr in den täglichen Dienst- und Übungsbetrieb ermöglicht;
- Durchsetzung einer grundlegenden Modernisierung des Militärapparats in verwaltungsmäßiger und führungstechnischer Hinsicht im Sinne einer Anwendung moderner Managementtechniken aus dem industriellen Bereich bei gleichzeitiger Verschärfung der Disziplinierungsmöglichkeiten des Militärapparates;
- Beseitigung struktureller Mängel im Personalwesen des Bundeswehr durch Schaffung attraktiver Laufbahn- und Bildungsangebote (z.B. Bw-Hochschulen), Privilegierung der Berufs- und Zeitsoldaten bei gleichzeitiger Steigerung ihrer militärischen Qualifikation;
- Reorganisation des Rüstungssektors im Sinne optimaler Koppelung der militärischen Interessen mit denen des Rüstungskapitals.

Auf den Widerstand der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, auf die Kämpfe der unterdrückten Völker gegen Ausbeutung, unmenschliche Lebensbedingungen und politische Knechtung durch die Bourgeoisie antwortet diese mit dem Ausbau und dem Einsatz ihres militärischen Unterdrückungsapparates. Es ist diese Tendenz, "die mit der schärferen Zuspitzung der Klassengegensätze und mit dem Anwachsen des proletarischen Klassenbewußtseins immer näher in den Vordergrund rückt, die äußere Form des Militarismus und seinen inneren Charakter mehr und mehr bestimmend: die Aufgabe des Schutzes der herrschenden Gesellschaftsordnung, einer Stütze des Kapitalismus und aller Reaktion gegenüber dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Hier zeigt er sich als reines Werkzeug des Klassenkampfs, als Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen, dazu bestimmt, im Verein mit Polizei und Justiz, Schule und Kirche die Entwicklung des Klassenbewußtseins zu hemmen und darüber hinaus einer Minderheit, koste es, was es wolle, selbst gegen den aufgeklärten Willen der Mehrheit des Volkes die Herrschaft im Staat und die Ausbeutungsfreiheit zu sichern."(22)

ANMERKUNGEN

(1) 1946 waren die amerikanischen Truppen in 56 Ländern und auf jedem Kontinent stationiert. 1949 unterhielten die USA 400 Flotten- und Luftstützpunkte in der Welt. Nach David Horowitz, Kalter Krieg, Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1969, S. 75
(2) US News und World Report, 15.10.1948
(3) New York Times, 16.11.1949
(4) John Foster Dulles, War or Peace, London u.a. 1950, S. 156
(5) Konrad Adenauer, nach Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 4.3.1952.
(6) Vgl. Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der BRD, Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht 5, Köln 1974, S. 18
(7) dpa vom 16.11.1954
(8) Vgl. Gerhard Armanski u.a., Bundeswehr - Waffe des Kapitals, Probleme des Klassenkampfes (Prokla), Sonderheft 4/1972, S. 41f
(9) Vgl. Martin Kempe, SPD und Bundeswehr, Köln 1973, S. 9 ff.
(10) So lehnten die Bergbauarbeiter im Ruhrgebiet teilweise Sonderschichten, sog. "Panzerschichten", mit dem Hinweis ab, diese

würden die Kriegsgefahr steigern. Vlg. Ulrich Albrecht,a.a.O., S. 24 f.

(11) Ulrich Albrecht, a.a.O., S. 34

(12) Nach dem Bundestagsbeschluß, die Bundeswehr mit nuklearen Trägerwaffen auszurüsten, kam es erneut zu massiven Protesten bis hin zu Forderungen aus den Betrieben und unteren Gewerkschaftsgliederungen nach dem Generalstreik. Über die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung unterstützte die Anwendung des Streikmittels in dieser Frage. Vgl. Gerhard Armaski, a.a.O., S. 44

(13) Ulrich Albrecht, a.a.o., S. 38 f.

(14) Vgl. Probleme des Klassenkampfs, Sonderheft 4, S. 58-73

(15) Prokla, S. 75

(16) Albrecht a.a.O., S. 54

(17) Vgl. Prokla, S. 77 f.

(18) Vgl. als neuestes Beispiel das MRCA-Projekt, mit dem das westdeutsche Rüstungskapital zugleich hegemoniale Ansprüche in Westeuropa durchzusetzen bestrebt ist. Vgl. Grossner/Schierholz, Projekt MRCA, Köln 1974

(19) Vgl. Prokla, S. 101 - 107

(20) Am 1.9.1974 betrugen die Auftragsbestände bzw. gelieferten Stückzahlen der "Leopard"-Typenreihe 5590 Stück (!). Entsprechend stiegen die Umsätze und Profite. Krauss-Maffei, der zum Flick-Konzern gehört, hat sich damit zum größten Panzerproduzenten Westeuropas entwickelt. Vgl. Extra-Dienst, West-Berlin, 20.12. 1974, S. 14 ff.

(21) Der Spiegel, Nr. 46, 6.11.1967

(22) Vgl. Karl Liebknecht, Zum Militarismus, in: Ausgewählte Reden und Schriften I, Frankfurt/M. 1969, S. 52 f. - Die Reden und Aufsätze Liebknechts zum Thema sind auch heute noch äußerst lesenswert.

▶▶▶ Anzeige ◀◀◀

Die antimilitaristische/friedenspolitische Bewegung wird ihre Bedeutung nur dann behalten und ihren Einfluß vergrößern,

✱ wenn sie über das für ihr Arbeitsfeld wichtige Geschehen ausreichend informiert ist! Dies versucht die ami zu leisten, durch Aufspüren und Zusammenstellen der die Antimilitaristen interessierenden Daten, Informationen und Meldungen.

✱ wenn sie die rechtliche Problematik ihres Bereichs kennt! Die ami versucht mit Informationen einen Überblick über die rechtliche Lage sowie über Entwicklungen im KDV-, ZD- und Wehrpflichtrecht zu geben und versucht eine kritische Einschätzung der Lage.

✱ wenn sie sich vor einer theorielosen Praxis hütet! In der ami sind neben Buchbesprechungen und Literaturhinweisen Analysen und Diskussionsbeiträge zu zentralen Themen des Antimilitarismus zu finden.

✱ wenn die praktische Friedensarbeit sich nicht totläuft! Deshalb verbreitet die ami Berichte und Ideen von Aktionen, bringt Termine und Adressen von Gruppen und Veranstaltungen. Probenummern, Informationen etc:

antimilitarismus information Redaktion antimilitarismus information
Leibnizstraße 80, 1000 Berlin 12

II. INNENPOLITISCHE FUNKTION DER BUNDESWEHR

1. DIE INNERSTAATLICHE KRIEGSERKLÄRUNG – ÜBERLEGUNGEN ZU EINER VORVERLEGUNG DES BUNDESWEHREINSATZES IM INNERN

Bereits im Jahre 1972 befand der Chefredakteur der Zeitschrift "Stern" Henry Nannen, in seinem dem eigenen Anspruch nach so liberalen Blatt: "Wir sind im Krieg".(1) Doch der Feind dieses von Nannen erklärten Krieges war nicht irgendein äußerer, der Feind war diesmal ein innerer; gekämpft wurde an der Terrorismus-Front. Nun ist es an sich wenig erstaunlich, daß selbst ein Liberaler angesichts der deutschen Vorliebe für einen recht militaristischen Sprachgebrauch bis hinein in die Sprache der Sport- und Fußballredakteure verbal mal ein bißchen Krieg spielt. Ernster wird die Sache jedoch, wenn diese Kriegsmetaphorik für die Sprache der politischen Auseinandersetzung prägend wird, wenn Politiker, die erhebliche Anteile des bundesrepublikanischen Volkes repräsentieren, sich nicht nur in dieser martialischen Sprache suhlen, sondern aus der verbalen Kriegserklärung auch Konsequenzen für ihr politisches Handeln ziehen. Dann jedenfalls ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Gewaltsamkeit der Sprache umzuschlagen droht in eine Gewaltsamkeit des Denkens und schließlich in eine Gewaltsamkeit des Tuns.

Es war deshalb ein Alarmsignal, als der Historiker Golo Mann im September 1977 nach der Entführung des Arbeitgeber-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer Nannens Kriegserklärung wieder aufgriff und fortführte. In der"neuartigen Bürgerkriegssituation", in der sich die Bundesrepublik befinde, stehe dem Staat auf der anderen Seite ein zum Töten entschlossener Feind gegenüber.(2) Und der CDU-Vorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Helmut Kohl, spitzte Mann's Feststellung weiter zu, indem er die Entführung Schleyers zu einer Kriegserklärung an die Zivilisation, die Verfassungsordnung, den Frieden und den rechtmäßigen Anspruch der Bürger auf körperliche Unversehrtheit hochstilisierte.(3) In der CSU-Landesgruppe wurde bei der Diskussion über die Reaktion des Staates auf die "terroristische Herausforderung" nicht etwa auf die bestehende Rechtslage der rechtsstaatlich verfaßten Bundesrepublik Deutschland zurückgegriffen, sondern auf die nahezu 4000 Jahre alten Rechtsprinzipien des mesopotamischen Königs Hamurabi , der den Grundsatz des "Auge um Auge, Zahn um Zahn" in seinem Reich zum Gesetz erhob. So wurde in der CSU ernsthaft diskutiert, ob man sich nicht tatsächlich mit den Terroristen im Krieg befinde und deshalb auch Geiselnahmen und Geiselerschießungen mit gleichen Mitteln beantworten müsse (Maßnahmen, die wohlgemerkt auch nach geltendem Kriegsrecht unzulässig wären). (4)

Die Logik eines solchen Geredes: befinden wir uns im Krieg, dann gelten auch die Grundsätze der Kriegsführung, d.h. der Rechtsstaat muß seine rechtlichen Fesseln abstreifen und auf den terroristischen Angriff mit einem Gegenangriff von maximaler Gewaltsamkeit, die wiederum Wirksamkeit verbürgen soll, antworten. Im Krieg sind, so kommt ja auch in den Diskussionen der CSU zum Ausdruck, tendenziell alle Mittel erlaubt.
Daß es sich bei den hier wiedergegebenen Äußerungen und Zitaten nicht nur um verbale Entgleisungen, resultierend aus der ersten Erregung über die Entführung Schleyers und Erschießung der ihn begleitenden Polizisten handelte,wurde später deutlich.Bei einer rechtspolitischen Tagung der CDU im Oktober 77 erklärte der schleswig-holsteinische Justizminister Schwarz (CDU), daß das verfassungsrechtliche "Notinstrument" des Art. 18 GG, die Verwirkungserklärung der Grundrechte eines Bürgers durch das Bundesverfassungsgericht bei Mißbrauch dieser Grundrechte durch den Bürger, ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Terroristen sei. Er warf dabei die Frage auf, "ob nicht der in Art.18 zum Ausdruck kommende Gedanke, daß die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gegen gefährliche Angriffe... ein hohes Rechtsgut sei, bei der Abwägung, welche Eingriffe verfassungsrechtlich vertretbar seien, mit herangezogen werden sollte. Wir müßten dann... folgende Güterabwägung vornehmen: auf der einen Seite der Bestand unseres jetzigen Staatswesens und auf der anderen Seite die Grundrechte von Personen, die diesen von der Mehrheit getragenen Staat beseitigen wollen."(5) Von dieser Fragestellung bis zu dem Ratschlag des Standardkommentars zum Grundgesetz von Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, die Kompetenz des Bundesverfassungsgerichtes, die Verwirkung der Grundrechte eines Bürgers festzustellen, dadurch auszuhebeln, daß Behörden, Gerichte und Gesetzgeber einfach dasselbe tun (das Notinstrument des Art. 18 ist "in dem Maße entbehrlich, in dem alle gleichlautenden einfachen Gesetze und deren richterliche Anwendung... wirklich ohne Rücksicht auf Art. 18 ohnehin dasselbe verfassungspolitische Ziel erreichen") (6), ist es nur ein kleiner Schritt.
Auf die in diesen Zitaten zum Ausdruck kommende Verabsolutierung des Staates und die sich daraus ergebenden Konsequenzen wird noch zurückzukommen sein. An dieser Stelle kommt es nur darauf an, in welchem Maße Politiker und Juristen zunehmend rechtsstaatliche Bindungen als lästig empfinden und versuchen, die Mittel des Staates von diesen Bindungen zu befreien. In den Überlegungen von Schwarz wird so die grundsätzliche Grundrechtsbindung aller staatlichen Gewalt in einer rechtsstaatlich verfaßten bürgerlichen Demokratie, die auch in Art. 20 GG ihren Ausdruck gefunden hat, in eine Güterabwägung zwischen einem je existenten nicht weiter ableitbaren Staat und den Grundrechten eines Bürgers aufgelöst, der zudem noch, damit das Ergebnis dieser Abwägung auch wie erwünscht ausfällt, von vornherein als notorischer Staatsfeind gekennzeichnet wird. Auch hier gilt folglich das alte Sprichwort "Not kennt kein Gebot" als oberste Interpretationsregel. In Zeiten eines staatlichen Notstandes darf, so die Logik dieses Denkens, der Staat in seinen Mitteln nicht begrenzt sein.

1.1. DIE DISKUSSION UM DEN EINSATZ DER BUNDESWEHR IM INNERN

Dieser Logik folgen dann auch Vorschläge, wie sie der Generalsekretär der CDU, Heinrich Geißler, ebenfalls im September 1977 als Repräsentant seiner Partei in die Diskussion brachte. Geißler forderte den Einsatz von Bundeswehreinheiten zur Terrorismusbekämpfung. Die Feldjäger der Bundeswehr seien zur Entlastung der Polizei, die für unmittelbare Fahndungsaufgaben dringender benötigt würde, z.B. "für Maßnahmen des Objektschutzes oder für die Überwachung bestimmter Autobahnstellen oder anderer Dinge" heranzuziehen. Er vergaß nicht hinzuzufügen, daß man nicht mit ideologischen Scheuklappen an die Lösung eines solchen Problems herangehen dürfe."Dieser Staat und die politischen Parteien haben einen Vertrauensvorschuß der Bevölkerung verdient. D.h., wir müssen nicht bei jeder Maßnahme der Exekutive immer gleich hinterher rechtfertigen, daß dies rechtsstaatliche Maßnahmen gewesen sind."(7) Die Antwort des Regierungssprechers Bölling (SPD) macht deutlich, warum es Geißler wohl für notwendig hielt, darauf hinzuweisen, daß man nicht bei jeder Maßnahme der Exekutive auf die Verfassung starren solle. Die von Geißler und der CDU/CSU vorgeschlagene Lösung des Problems ist nämlich auch nach der Einführung der Notstandsverfassung in das Grundgesetz im Jahre 1968 verfassungswidrig. Bölling wies für die Bundesregierung darauf hin, daß es nach dem Grundgesetz die "unmißverständliche Aufgabe" der Bundeswehr sei, Angriffe von außen abzuwehren. Für eine Notstandssituation, die nach der Verfassung auch im inneren Spannungsfall den Einsatz der Bundeswehr zum Schutz ziviler Objekte und zur "Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes" (Art. 87a Abs. 4 GG), bei nicht ausreichenden Kräften von Polizei und Bundesgrenzschutz auch gegen "organisierte und militärisch bewaffnete Aufständische" zulasse, fehlten gegenwärtig jegliche Voraussetzungen, da Bundesgrenzschutz und die übrigen Polizeikräfte sehr wohl in der Lage seien, die drohende Gefahr abzuwenden.(8) Es ist hier müßig, über die Motivation der CDU/CSU für ihre Vorschläge weiter zu spekulieren. Daß es der CDU/CSU aber nicht um eine kurzfristige Popularitätshascherei geht, sondern durchaus langfristig darum, den Einsatz der Bundeswehr im Innern wieder denkbar zu machen, scheint die Forderung des damaligen bayerischen Innenministers Seidl (CSU), Reservisten des Territorialheeres der Bundeswehr zum Objektschutz heranzuziehen, zu belegen.(9)Vor dem Hintergrund der folgenden Untersuchungen ist eine solche Forderung durchaus logisch und zweckmäßig.

1.2. DER EINSATZ DER BUNDESWEHR IM INNERN

Schon bald nach dem Ende der Schleyer-Entführung wurde bekannt, daß es nicht bei Überlegungen von konservativen bis deutsch-national reaktionären Politikern über einen Einsatz von Einheiten der Bundeswehr zur Terrorismusbekämpfung geblieben war. An der Fahndung nach den Entführern Schleyers hatten sich auch 140 Experten des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr (MAD) beteiligt, die bei ihrem Einsatz über 60 bundeswehreigene Kraftfahrzeuge verfügen konnten. Wie es hieß, leisteten sie der Polizei "technische Hilfeleistungen" bei der Observierungen von verdächtigen Personen und Objekten.(10) Darüber-

hinaus wurde auch die Bundesmarine in die Fahndungsmaßnahmen nach den Schleyer-Entführern eingeschaltet. Da es zwischenzeitlich geheißen hatte, daß Schleyer auf einem Schiff festgehalten werde, wies das Glücksburger Flottenkommando am 20.10.1977 die Einheiten der Bundesmarine in Ost- und Nordsee, Kattegat und Skagerak an, nach einer verdächtigen Segeljacht Ausschau zu halten. Neben einer detaillierten Beschreibung wurden den Marineeinheiten in dem Telex mit der Geheimhaltungsstufe "VS-vertraulich" konkrete Verhaltensmaßregeln bei einer Sichtung der Yacht befohlen. (11)

Bekannt wurde außerdem, daß auch bei Übungen der Bundeswehr der Einsatz gegen Terroristen geprobt wurde. So fand am 16.11.1977 in Landsberg am Lech eine Batterieübung der Bundeswehr statt, bei der auch der Einsatz von taktischen Nuklearwaffen geübt wurde. Die Ausgangslage der Übung mit dem Namen "Landsberger Riegel" war dabei durch parallel geführte Aktionen von deutschen Terroristengruppen und Truppen des Warschauer Pakts gekennzeichnet. Das Szenarium der Übung verlief wie folgt:
Die Mobilmachung der Staaten des Warschauer Paktes wurde unangemeldet und ohne Begründung über den 14.11. hinaus verlängert. Die übenden Truppen haben am 15.11.1977 in den späten Abendstunden Bereitstellungsräume auf grenznahen Truppenübungsplätzen bezogen. Grenzzwischenfälle sind bisher nicht vorgekommen. Die innenpolitische Lage ist gekennzeichnet durch sich häufende Terroranschläge auf die Sicherheitsorgane der Bundesrepublik Deutschland (Polizei, Bundesgrenzschutz) und auf militärische Einrichtungen der NATO. Bei einem erfolgreichen Überfall einer Terrorgruppe auf das Ausbildungszentrum 65/1 in München ist z.B. eine nicht unbedeutende Menge an Handfeuerwaffen und Munition in die Hände der Terroristen gefallen. Die Bundesregierung hat aufgrund der angespannten Lage verstärkte Sicherheitsvorkehrungen für alle Verbände der Bundeswehr angeordnet. Bis zum Abend verschlechterte sich die Lage soweit, daß der innere Notstand ausgerufen wurde, da die Terroristen schon eine Rundfunkstation besetzt hatten und da der Bundesgrenzschutz an der Grenze gebunden war. Die Bundeswehr mußte in dieser Situation zum Objektschutz ausrücken.

Nach dem Angriff des Warschauer Paktes erfolgte gegen 23.00 Uhr in der Nacht Alarm. In der für diese Nacht angenommenen Eskalation wurde nach wechselseitigen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen auch der Einsatz der Honest-John-Raketen der betreffenden Einheit geübt.(12)

Diese Übung sei an dieser Stelle nur als ein Beispiel aus jüngster Zeit angeführt. Weitere Beispiele von Übungen der Bundeswehr für den inneren Einsatz sind zur Genüge dokumentiert und werden als bekannt vorausgesetzt.(13) Sie zeigen, daß der Einsatz der Bundeswehr im Inneren nicht grundsätzlich jenseits aller (Denk-)Möglichkeiten liegt. Sie beweisen aber noch nicht, daß an den Einsatz der Bundeswehr im inneren Notstandsfall gedacht ist und daß dieser Einsatz schon konkret vorbereitet wird. Alle diese Einsätze wären auch ohne die Einführung der Notstandsverfassung von 1968 möglich und zulässig gewesen.

Die in der Literatur bisher erwähnten Notstandsübungen wie auch das

oben ausführlich beschriebene Szenario der Übung "Landsberger Riegel" sind im Rahmen des bei Werkentin in diesem Heft beschriebenen kombinierten Kriegs- und Feindbildes, das von parallel geführten Angriffen des äußeren und des mit diesem verbundenen inneren Feindes ausgeht, durchaus als Vorbereitung auf den"äußeren"Spannungs- bzw. Verteidigungsfall zu verstehen. Die Einschaltung der Bundesmarine in die Fahndungsmaßnahmen beruht insofern auf einer Sonderrechtslage, da sie sich auf die Fahndung außerhalb der nationalen Hoheitsgewässer beschränkte. Im Gegensatz zu der hoheitlichen Drei-Meilen-Zone, in der eine ausschließliche Zuständigkeit der Polizei (Wasserschutzpolizei, Bundesgrenzschutz) für strafrechtliche Verfolgungsmaßnahmen besteht, können Kriegsschiffe nach internationalem Seerecht in internationalen Gewässern ein "Recht der Nachteile" in Anspruch nehmen, um Straftäter zu verfolgen. Die technische Hilfeleistung der MAD-Experten für die Polizei fällt unter den Begriff der Amtshilfe, die sich die Behörden der Bundesrepublik gegenseitig zu leisten haben. Unabhängig ob eine Amtshilfe im konkreten Fall als zulässig erachtet werden kann, ist hier entscheidend, daß zwar Militäreinheiten tätig geworden sind und daß sie sicherlich auch Kenntnisse erworben haben, die für sie bei einem Einsatz als Militär im Inneren verwendbar wären, daß sie aber im Wege der Amtshilfe quasi als Polizei tätig geworden sind und daß entsprechend ihre Mittel und Rechtsgrundlagen auf die der Polizei bei solchen Einsätzen zur Verfügung stehenden Mittel beschränkt waren.

Auch die Notstandsgesetze lassen - entgegen manchmal in den Diskussionen von Linken vertretenen Ansichten - durchaus keinen uneingeschränkten Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu. Sieht man sich die im Zuge der Notstandsverfassung 1968 in das Grundgesetz eingefügten Artikel, in denen von einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren die Rede ist, einmal näher an, so kann man sogar zu der Auffassung kommen, daß die Möglichkeiten des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren relativ gering sind: Art. 35 Abs. 3 GG läßt den Einsatz der Bundeswehr bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen, die das Gebiet mehr als eines Bundeslandes gefährden, zur Unterstützung der Polizeikräfte zu, betrifft also im eigentlichen nicht den politischen Ausnahmezustand. Gemäß Art. 87a Abs. 3 GG hat die Bundeswehr im Verteidigungs- und Spannungsfalle die Befugnis, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrags erforderlich ist. Außerdem kann in diesen Fällen den Streitkräften auch der Schutz ziviler Objekte zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden. Dieser Artikel bindet den Einsatz der Bundeswehr also an den "äußeren" Spannungs- oder Verteidigungsfall. Darüberhinaus sind die Aufgaben der Bundeswehr in diesem Fall auch streng defensiv an Objektschutz, soweit dies zur Erfüllung des Verteidigungsauftrags (der wesentlich durch die Bedrohung von außen bestimmt ist, wenn er auch wie beschrieben die Möglichkeit über ein kombiniertes Feind- und Kriegsbild zu einem Einsatz im Inneren bietet) erforderlich ist oder zur Unterstützung der Polizei im Verteidigungs- bzw. Spannungsfall gebunden.
Art. 87a Abs. 4 GG regelt den eigentlichen Fall des inneren Einsatzes der Bundeswehr in einem inneren Notstandsfall. Danach ist der Einsatz der Bundeswehr zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes

oder eines Landes möglich, 1. soweit die Polizeikräfte und der BGS nicht ausreichen, 2. nur zur Unterstützung der Polizei und des BGS und 3. beschränkt auf die Bereiche des zivilen Objektschutzes und die Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer. Wird das Militär aber zur Unterstützung der Polizei und des BGS eingesetzt, so kann es nur mit den Mitteln auf der Rechtsgrundlage operieren, die der Polizei und dem BGS zur Verfügung stehen.(14) D.h., daß bei der gebotenen einengenden Betrachtungsweise das Militär nicht seine eigenen Mittel, nämlich die des militärisch-kriegerischen Einsatzes, in Anwendung bringen dürfte.
Zwar bieten die vielen unbestimmten Rechtsbegriffe in der Notstandsverfassung entsprechend viele Möglichkeiten des Mißbrauchs oder zumindest Fehlgebrauchs.(15) Dennoch findet m.E. die Schlußfolgerung Werkentins, daß die Bundeswehr aufgrund ihrer Organisation und Ausbildung (mit Ausnahme der Territorialverteidigung) für den inneren Einsatz nur wenig geeignet und eher eine letzte Sicherheitsreserve darstellt, bei einer Analyse der (hier gebotenermaßen eingrenzend interpretierten) Rechtsgrundlagen des inneren Einsatzes der Bundeswehr ihre Bestätigung. Die ursprünglich innere Aufgabe des Militärs ist im Zuge der Neugliederung und Umrüstung des Gesamtapparates zur Herstellung innerer Sicherheit anderen Teilapparaten zugewiesen worden. Man wird sich angewöhnen müssen, den innerstaatlichen Gewaltapparat in seiner Totalität zu betrachten.

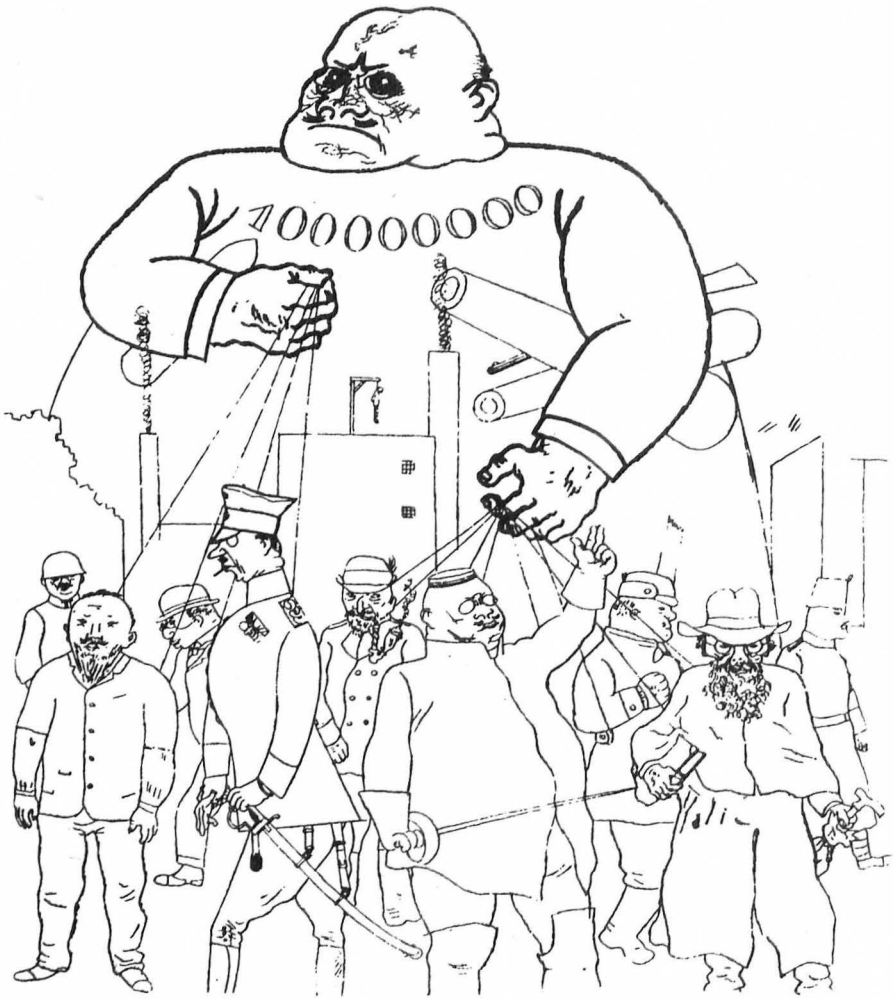
1.3. DIE LOGIK POLIZEILICHEN BZW. MILITÄRISCHEN HANDELNS

Wie wir bisher gesehen haben, sind die Bundeswehr bzw. einige ihrer Spezialeinheiten durchaus schon im Inneren eingesetzt worden; ein gezielter Einsatz auf der Grundlage ihrer eigenen Möglichkeiten widerspricht jedoch der geltenden Rechtslage. Die These ist nun, daß ein Bewußtsein hiervon in den oben zitierten Äußerungen zwar teilweise noch vorhanden ist, so z.B., wenn CDU-Generalsekretär Geißler den Einsatz der Bundeswehr (zunächst noch?) auf den zivilen Objektschutz begrenzen will. Dennoch scheint es , daß die Forderungen aus dem rechten politischen Lager darauf hinauslaufen, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren auf der Grundlage von deren eigenen Mitteln und Möglichkeiten denkbar zu machen. Wie beschrieben, tendieren die Aussagen aus diesem Lager dahin, den innerstaatlichen Gewaltapparat tendenziell von sämtlichen rechtsstaatlichen Bindungen und Fesseln zu befreien. Auch in der in der letzten Zeit rasch wachsenden rechtswissenschaftlichen Literatur zum Thema Ausnahmezustand bzw. Staatsnotstand bzw. innerem Notstandsfall (16) scheint diese Tendenz sehr deutlich, bei allen aus der juristischen Profession herrührenden Versuchen, auch den Ausnahmezustand wiederum rechtlich einzufangen, sei es über die Hilfskonstruktion der Staatsräson, des Staatsnotstandes oder des übergesetzlichen Notstandes als Rechtskategorien oder sei es über die Forderung nach einer Kodifizierung von Regeln für den inneren Notstandsfall. Exemplarisch für diese Tendenz soll hier die des Staatsrechtlers H. Krüger stehen, "gegenüber anarchistischer Gewalt den Verteidigungswillen nicht des Staates, sondern des Rechtsstaates zu betonen."
Schließlich sei es nicht erst die Rechtsstaatlichkeit, sondern die Existenz des Staates, die von der Gewalt bedroht werde. Andere betonen, daß die Bedeutung des Rechtsstaates seit 1945 erheblich über-

betont worden sei, was dazu geführt habe, daß Wehrlosigkeit "rechtsstaatliches Schicksal" geworden sei (Isensee). Der Staatsrechtler Roman Schnur greift die Formel von Forsthoff, einem der konservativen deutschen Staatsrechtspäpste, vom "introvertierten Rechtsstaat" wieder auf und fragt: "Warum hat niemand laut die Frage gestellt, ob auch das Staatsrecht des Verfassungsstaates den außergewöhnlichen Fall kennt? Den Fall nämlich, der vom bestehenden Verfassungsschutzrecht nicht vorgesehen war, aber sich nun doch stellt, und zwar äußerst dringend. Dann hätte es möglicherweise keinen Rechtsbruch (des Staatsapparates bei der Terrorismusbekämpfung - d.V.) gegeben, bei dem nur der strafrechtliche übergesetzliche Notstand helfen kann... Aber man hatte sich vorschnell festgelegt, als man nach der Beseitigung des schrankenlosen Staates (des Faschismus - d.V.) meinte, für den Verfassungsstaat ergebe sich das Problem der Staatsräson nicht, weil sich dort alles normativ einfangen lasse und überdies der anständige Staat keiner ernsten Gefahr ausgesetzt sei. Das war der introvertierte Rechtsstaat, und jetzt sieht man... die Folgen: jetzt stehen die Minister in der eisigen Kälte des Politischen, und weil man dem Politischen in seiner schärfsten Form ausweichen will, läßt man dort die Minister hilflos stehen, sozusagen als zumutbare Sonderopfer des introvertierten Rechtsstaates." (17)

Man kann die Konsequenz solcher Klagen fast wie einen Aufschrei aus den Äußerungen heraushören. Der Rechtsstaat muß endlich des Staates wegen zurücktreten, der Staat muß sich zur Wehr setzen, immer neue und schärfere Gesetze müssen her, die Wehrlosigkeit des Staates muß durch kriegsrechtähnliche Maßnahmen beseitigt werden. Auffallend ist dabei vor allem der schroffe Gegensatz, in den Staat und Rechtsstaat gesetzt werden: der Rechtsstaat als Hindernis für den Staat, sich selbst zu erhalten. Dabei wird eine Staatskonzeption sichtbar, die nicht nur vollständig ahistorisch ist, sondern mit Fug und Recht als totalitär bezeichnet werden kann. Der Staat ist nicht mehr eine historische Organisationsform der Gesellschaft, sondern etwas dem Bürger immer schon Vorgegebenes, das unabhängig von seiner Entstehung und Rechtfertigung höhere Rechte als der Staatbürger hat. Bei Abwägungen zwischen den verfassungsrechtlich verbürgten Grundrechten des Bürgers und der (angeblich auf dem Spiel stehenden) Existenz des Staates haben die Grundrechte des Bürgers zurückzutreten. Die totalitäre Formel "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit" führt zurück auf den Machtstaat des Nicolo Macchiavelli, der in seiner Schrift "Über den Fürsten" ausgeführt hat, daß das Interesse an der Selbstbehauptung des Staates (die Staatsräson) jegliche Ungerechtigkeit und jeden Gewaltakt bzw. Betrug der Machthaber zu rechtfertigen vermöge.

Ein solches Verständnis des Staates hat nichts mehr mit der Staatsauffassung des liberalen Bürgertums zu tun und entspricht eher feudalistischen Vorstellungen vom absoluten Staat. War historisch der Kampf um den Rechtsstaat ein Teil des Kampfes des Bürgertums um seine Emanzipation, war der Kampf um die Verfassung ein Kampf um die rechtliche Eingrenzung von politischer Macht und nach Ansicht des Bürgertums eine Voraussetzung für die gewaltfreie Austragung von Konflikten in der bürgerlichen Gesellschaft, so war in der bürgerlichen politischen Theorie der Staat nichts dem Bürger Übergeordnetes, sondern im Gegenteil erst Produkt des bewußten und gewollten Zusammenschlusses der freien und gleichen Bürger, der den vorher herrschenden Krieg aller



gegen alle (Hobbes) beendete. Der Zustand der bürgerlichen Gesellschaft war als Ergebnis dieser grundsätzlichen freien Entscheidung ihrer Mitglieder ein prinzipiell befriedeter. Der Staat wurde vom Konsens seiner Bürger getragen und zusammengehalten, der - als Korrelat zum bürgerlichen Markt - durch die freie Diskussion auf der Basis von Gleichheit und Freiheit von Zwang hergestellt wurde. Das Recht im allgemeinen und die Verfassung im besonderen sollten dabei die Regularien festlegen, nach denen der ökonomische und politische Austausch der Bürger untereinander funktionierte. Dem Grundrechtskatalog der Verfassung kam die Aufgabe zu, den Staat daran zu hindern, in die Sphäre privater Autonomie des Bürgers einzugreifen. Grundrechte wurden also konsequent als Abwehrrechte gegen staatliche Übergriffe verstanden, die im Staat monopolisierte physische Gewaltsamkeit sollte rechtlich gebunden werden. Wenn demgegenüber das Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahren dazu übergegangen ist, die Grundrechte des Grundgesetzes nicht mehr als Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat zu interpretieren, sondern als staatliche Gestaltungsrechte, die im Zweifelsfall den Grundrechten des Individuums überzuordnen seien, wenn gleichzeitig der Ruf nach dem starken Staat immer stärker wird, so drücken sich in diesen Entwicklungen bezeichnende Veränderungen der bürgerlichen Gesellschaft aus.

Auf diese Veränderungen kann hier nicht näher eingegangen werden, nur so viel sei angemerkt: Die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft beruht auf der Fiktion eines freien und gleichen Austausches zwischen warenproduzierenden Individuen, die im Tausch auf dem Markt zueinander in Beziehung treten. Dem Recht kommt in diesem System die Funktion zu, den Kernbereich der bürgerlichen Gesellschaft, das Privateigentum, abzusichern, darüber hinaus die Rahmenbedingungen der kapitalistischen Produktion und hier vor allem die Formen des Austausches der Privateigentümer untereinander. In dem Maße, wie sich die Annahme eines freien und gleichen Austausches von Warenbesitzern durch die zunehmende Konzentration des Kapitals und die damit einhergehende Vermachtung der Märkte als Fiktion erweist, erfassen die Krisenerscheinungen der kapitalistischen Ökonomie auch das Recht. Eine Erscheinungsform der Krise des Rechts ist die zunehmende Verrechtlichung immer weiterer Lebensbereiche. Verrechtlichung soll hierbei zweierlei heißen: einmal die Tendenz, immer weitere Bereiche durch Gesetze zu regeln, zweitens die damit einhergehende Verlagerung der Diskussion aus dem politischen Raum in den juristischen. In dem Maße aber, wie sich das Recht bei diesem Prozeß von seinen Kernbereichen entfernt, ist es gezwungen, nicht nur gesellschaftliche Funktionsbedingungen zu kodifizieren, die als gesellschaftliche Funktionsbedingungen dem Recht immer schon vorausgehen, sondern auch materielle Regelungen treffen, die konkrete Maßnahmen zur Regelung bestimmter Lebensbereiche beinhalten. Die zunehmende über den Staat vermittelte gesellschaftliche Feinsteuerung von Wirtschaftsabläufen (z.B. Stabilitätsgesetz) wie von sozialstaatlichen Maßnahmen oder Austauschbedingungen auf dem Markt (z.B. Kartellgesetze, allgemeine Geschäftsbedingungen, etc.), die sich auf andere Weise auch in den zunehmenden Generalklauseln und unbestimmten Rechtsbegriffen in den Gesetzen niederschlägt, läßt den eigentlichen politischen Charakter von Recht zunehmend deutlicher werden. Damit wird aber auch die eigentliche integrative Funktion des Rechts, die auf dem Schein der Allgemeinheit und generellen Gültigkeit des Gesetzes beruht (Gleichheit vor dem Gesetz) brüchig, der gesellschaftliche Konsens gerät in Gefahr.

Der Ruf nach dem starken Staat und nach der Freigabe der staatlichen Mittel von rechtsstaatlichen Beschränkungen scheint eine mögliche Reaktion auf diese Situation zu sein. Die konservativen Kräfte haben - zumal in Deutschland - noch nie Schwierigkeiten gehabt, den gesellschaftlichen Konsens wenn nötig mit Gewalt wieder herzustellen. Daß die Konservativen bei diesem Versuch eher auf das Militär als auf die Polizei setzen, hat seine Ursache in einem spezifischen Unterschied zwischen der Logik polizeilichen und militärischen Handelns.(18) Polizeiliches wie militärisches Handeln in einer bürgerlichen Gesellschaft folgen der spezifischen - historisch nachweisbar nicht einzig möglichen - Handlungslogik einer bürgerlichen Gesellschaft: der Zweckrationalität. Für unseren Problembereich heißt das, daß der Zweck, nämlich die Abwehr von Gefahren für die bürgerliche Gesellschaft, sei es von außen oder von innen, und die dazu notwendigen Mittel in einem rationalen Verhältnis stehen müssen. Das Militär folgt dabei der prinzipiellen Maß- und Grenzenlosigkeit der Zweck-Mittel-Beziehung, welche darin besteht, daß es in der Zweck-Mittel-Logik grundsätzlich keine Regel gibt, die den Satz ausschließt: Der Zweck heiligt die Mittel. Die Logik des Militärs folgt dabei dem Grundsatz, daß der maximale Einsatz von Gewalt gerechtfertigt ist, wenn er als Mittel geeignet und erforderlich ist, den Erfolg (die Vernichtung des Feindes) zu erreichen. Die Maßlosigkeit der militärischen Handlungslogik zeigt sich am deutlichsten in der Kahn'schen Weltuntergangsmaschine der in sich logischen militärischen Eskalationsstufen, die zu dem absurden Ende der menschlichen Geschichte führen.

Die Logik polizeilichen Handelns folgt zwar prinzipiell demselben Zweck-Mittel-Verhältnis, ist jedoch politisch begrenzt und rechtlich gebunden. Die Polizei stellte historisch ein alternatives Sicherheitskonzept des Bürgertums gegenüber dem Militär des Absolutismus dar.

Dies findet seine Ursache in den Demokratietheorien des liberalen Bürgertums. Geht man wie diese davon aus, daß der Bürger das Wesen ist, das durch sein Handeln und durch den Zusammenschluß mit anderen den Staat erst geschaffen hat, das damit den Krieg aller gegen alle beendet und einen befriedeten Zustand geschaffen hat, das aufgrund dieser gesellschaftlichen Befriedetheit seine Gewaltmittel an den Staat delegiert hat, so ist auch der Staat in seinen Handlungsformen gegenüber dem staatsschaffenden Bürger und bei einem grundsätzlichen Zustand gesellschaftlicher Befriedetheit im Einsatz der ihm überantworteten Gewaltmittel gebunden (19). Polizeiliches Handeln unterliegt damit in viel stärkerem Maße dem Gesetzesvorbehalt und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, während wohl auch aus den hier angeführten Gründen jeder Versuch einer Begrenzung des Gewalteinsatzes nach außen durch das Kriegsvölkerrecht sich bisher als Fehlschlag erwiesen hat.

Versuchen also die Konservativen im Grunde, die Mittel für eine gewaltsame Unterdrückung möglicher gesellschaftlicher Unruhen vorzubereiten, so ist es auch hier nur konsequent, wenn sie den Begriff des "Störers", der der polizeilichen Handlungslogik entspricht, durch den sich auch in den Kriegsmetaphern ausdrücklichen Begriff des "Feindes" zu ersetzen suchen. Der Kampf darum, ob die Baader-Meinhof-Gruppe nun als Gruppe oder als Bande zu bezeichnen ist, der zu Rede-

schlachten im Bundestag geführt hat, der Versuch, jeden, der sich dieser Banditensprachregelung zu entziehen versuchte, als Sympathisanten der Terroristen anzuprangern, ist so vor allem als Kampf um die Freigabe staatlicher Gewaltmittel zu verstehen. Wer sich weigert, sich den repressiven politischen Bestrebungen anzuschließen, wie sie die CDU/CSU formulierte, wird somit tendenziell zum Antidemokraten gestempelt und als Feind der Gesellschaft ausgebürgert, d.h. im wörtlichen Sinne: er verliert seine Bürgerrechte.

Ist es also relativ einfach, die Sicherheitspolitik der Konservativen auf den Begriff zu bringen, so fällt dies hinsichtlich der Sicherheitspolitik der Sozialliberalen schon schwerer. Es wird unten zu Recht darauf hingewiesen, daß es alter sozialdemokratischer Tradition von Sicherheitspolitik entspricht, den Einsatz von Militär im Innern nach Möglichkeit hinauszuschieben, wenn nötig durch Verstärkung der Polizei. Wenn die hier vertretene These von der politisch begrenzten Möglichkeit der Polizei zum Einsatz ihrer Mittel richtig ist, heißt dies aber auch, daß die SPD (wie auch die FDP) trotz Noske einem repressiven Konzept innerer Sicherheit grundsätzlich abgeschworen haben. Gleichzeitig läßt sich jedoch feststellen, daß die SPD-/FDP-Koalition in der Bundesrepublik zum eigentlichen Träger von Repressionspolitik geworden und in eine Situation gekommen ist, wo selbst sicherheitsbewußte Juristen ihr Verfassungsbruch in der Verfolgung ihrer Sicherheitspolitik vorwerfen (20). Dies allein mit dem repressiven Druck der CDU/CSU oder einer ominösen Tendenzwende zu erklären, wäre zu einfach.

Näher kommt man der Sache vielleicht, wenn man sich die Darstellung der letzten Gesetzesänderungen auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit durch den zuständigen Bundesjustizminister Vogel ansieht (21). Vogel führt dort aus, daß die gemessen an den Forderungen der CDU/CSU zögernde und zurückhaltende Gesetzgebungspolitik der Regierung eine Bewährung des Rechtsstaates als Gesetzgebungsstaat , der sich nur an den konkret beweisbaren Notwendigkeiten orientiert und in seiner Reaktion die Verhältnismäßigkeit gewahrt habe, darstelle. Interessant ist dabei einerseits die wiederum auf den Rechtsstaat bezogene Argumentation Vogels, der sich damit einer Entgrenzung staatlicher Gewaltanwendung entgegenstellt, andererseits aber - wie ihm Böckenförde zu Recht entgegenhält - die vollständige Blindheit gegenüber der Tatsache, daß die Einfügung der bisherigen Gesetzesänderungen in das Rechtssystem dieses schon in einem erheblichen Maße in Richtung auf ein repressives Modell verändert hat. Jenseits aller subjektivistischen Verratsthesen sehe ich die wesentliche Ursache darin, daß die Sozialdemokratie nach ihrem prinzipiellen Ja zu einer kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht mehr in der Lage ist, die Funktionsweise dieser Gesellschaft zu verstehen und daß sie deshalb unfähig wird, auch nur ein an traditionellen liberalen Prinzipien orientiertes Sicherheitsmodell durchzuführen, das Sicherheit nicht vorrangig als polizeiliches, sondern als gesellschaftliches Problem begreift. Die fatalen Konsequenzen werden deutlich, wenn man feststellt, daß der Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder, der in einigen Bundesländern bereits als Landesgesetz verabschiedet worden ist, in einigen wesentlichen Bereichen die ursprünglich angegebene, in unterschiedlichen Formen des Handelns begründete, Unterscheidung von Militär und Polizei aufhebt.

1.4. ANMERKUNGEN

(1) hier zit. nach Wolf-Dieter Narr: Gewalt und Legitimität in: Leviathan 1/73, Seite 7 ff.
(2) Golo Mann: Quo usque tandem? in: Die Welt vom 7.9.1977
(3) nach FAZ vom 7.9.1977
(4) laut Spiegel Nr. 38/77 vom 12.9.1977
(5) Fromme: Zwischen Wahl und Sachlichkeit, in: FAZ vom 10.10.1977
(6) Maunz/Dürig/Herzog/Scholz: Grundgesetz-Kommentar, Artikel 18, Rdnr. 89
(7) FR vom 16.9.1977
(8) FR vom 17.9.1977
(9) FR vom 28.10.1977
(10) FR vom 25.10.1977; Stern vom 17.11.1977: Darüber hinaus übernahmen Spezialisten des Bundesnachrichtendienstes die Überwachung der Telefonleitungen zwischen der BRD und der Schweiz. Alle 18 000 Leitungen wurden überwacht. Gleichzeitig wurden im Kölner Raum 497 öffentliche Telefonzellen für Fangschaltungen präpariert.
(11) Spiegel Nr. 47/77
(12) nach einer Mitteilung des antimilitaristischen Arbeitskreises im BDP/BDJ München, abgedruckt im Rundschreiben Nr. 3 des Arbeitsfeldes Militarismus im Sozialistischen Büro, Offenbach 1978
(13) Weitere Beispiele in: Arbeitskreis Bundeswehr und KDV Koblenz: Bundeswehr probt den Notstand, Koblenz, ohne Jahr; Rüdiger Pusch, Die Totalisierung der Gewalt, in: Anti-Wehrkunde, Neuwied/Berlin 1975
(14) so auch Böckenförde, Der verdrängte Ausnahmezustand - Zum Handeln der Staatsgewalt in außergewöhnlichen Lagen, NJW 1978, S. 1881, Anm. 2
(15) s. dazu auch Rüdiger Pusch, a.a.O.
(16) siehe u.a. den bereits zitierten Aufsatz von Böckenförde; ferner: Meinhard Schröder, Staatsrecht an den Grenzen des Rechtsstaates - Überlegungen zur Verteidigung des Rechtsstaates in außergewöhnlichen Lagen, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Band 103 (1978), S. 121 ff. mit umfangreichen weiteren Hinweisen
(17) Roman Schnur, Die Wanzen vom Mond aus betrachtet - Zoo politische Observationen, in: Die Welt vom 23.3.1977
(18) Wolfgang Köberer hat dies in einem unveröffentlichten Seminarpapier "Einige Vermutungen zum Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes" herausgearbeitet.
(19) Zum Zusammenhang zwischen Gewalt, Innerer Sicherheit und dem Bürger im staatsschaffenden Status siehe auch die rechtsphilosophischen und - politischen Überlegungen von Erhard Denninger, Gewalt, innere Sicherheit und demokratischer Rechtsstaat, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 1973, S. 268 ff.
(20) Böckenförde, a.a.O. S. 1883: "Das Ergebnis einer Anwendung des 'übergesetzlichen Notstands' auf öffentliche Handlungsermächtigungen und Eingriffsbefugnisse der staatlichen Organe ist demnach folgendes. Es entsteht eine perfekte, in sich offene Generalermächtigung zur Bewältigung von Notständen/Notlagen, der gegenüber jede verfassungsrechtliche oder gesetzliche Ausformung und Begrenzung von Befugnissen vorläufig wird... Eine solche offene Generalermächtigung verstößt gegen die Grundstruktur

einer rechtsstaatlichen Verfassung... Der Grundsatz des übergesetzlichen Notstandes, auf der Verfassungsebene zum überverfassungsmäßigen Notstand transponiert, bedeutet so nichts anderes als die Auflösung der Integrität der rechtsstaatlichen Verfassung und die Preisgabe des Prinzips des Verfassungsstaates."

(21) H.-J. Vogel: Strafverfahrensrecht und Terrorismus - eine Bilanz, in: NJW 1978, S. 121 ff.

antimilitarismus information

MONATLICHER INFORMATIONSDIENST

Die antimilitarismus information (ami) erscheint seit acht Jahren regelmäßig jeden Monat. Die ami enthält - gegliedert in vier Teile - aktuelle Informationen, Berichte, Dokumente, Analysen, Literaturhinweise, Buchbesprechungen, Kommentare usw. zu:

+ KDV und ZD-Situation im In- und Ausland + Militär im In- und Ausland + Militär- und Sicherheitspolitik + Waffentechnik + Kriegsforschung + Wirtschaft und Rüstung + Waffenhandel + Friedenforschung + Abrüstung + Materielles und Verfahrensrecht der KDV + Wehrpflicht- und Zivildienstrecht + Aktionsrecht +

Ferner ausführliche Theorieartikel, z.B. über: + Gewerkschaften und Abrüstung + Gewalt im Fernsehen + Die Nuklearstrategie der VR China + u.v.m. + Artikel zu Stichworten, die später zusammengefaßt ein 'Kritisches Lexikon Militärpolitik' ergeben. Der letzte Teil bringt Berichte, Ideen, Kontakte, Adressen und Termine aus dem Bereich der praktischen Friedensarbeit.

Dreimal im Jahr stehen die ami-Hefte unter einem Schwerpunktthema. Solche Themenhefte waren z.B.: + Militär, Rüstung, Krieg und Ökologie + Frauen und Militär + Rüstungskonversion + Militär und Innerstaatliche Sicherheit + Antimilitarismus der Sozialdemokratie vor 1914 + Kriegsspielzeug + u.v.m.

Ein Abo der ami kostet 22,00 DM pro Jahr (incl.Porto und MwSt.), ein Einzelheft 1,50 DM, Themenheft 3,00 DM. Bestellungen an: Redaktion ami, Leibnizstraße 80, 1000 Berlin 12

2. ZUM VERHÄLTNIS VON POLIZEITRUPPEN UND MILITÄR IM INNEREN EINSATZ

Wer sich der relativen Breite des Widerstands gegen die Notstandsgesetzgebung noch zu erinnern vermag, gerät geradezu in nostalgische Schwärmerei angesichts der schmalen Basis des Widerstands heute gegen die Aufrüstung des innerstaatlichen Gewaltapparats. Zwar wurde der vergebliche Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung auch von Intellektuellen getragen. Die aktive Ablehnung dieser Gesetzgebung fand jedoch Unterstützung bis in die Gewerkschaftsbasis und -führung. Die Schwarzmalereien der Kritiker, daß mit Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung der Notstandsstaat beginnen würde, haben sich nicht - bzw. nur in verdeckter Form - bewahrheitet. Trotz Septemberstreiks und eines sich verfestigenden Sockels an Arbeitslosen, trotz der bestimmenden Rolle, die das Thema innere Sicherheit in den letzten Jahren bekommen hat, ist es um die Rolle der Bundeswehr im System innerer Sicherheit ruhig, zu ruhig geworden. Von gelegentlichen Äußerungen aus CDU/CSU-Kreisen abgesehen konzentriert sich die Diskussion um und die Kritik an der Politik innerer Sicherheit auf die Entwicklung von Polizei und Verfassungsschutz. Es scheint, als hätte die verabschiedete Notstandsgesetzgebung keinerlei Einfluß auf den Alltag der Bundesrepublik gezeitigt.
Doch es wäre irrig, dies anzunehmen. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze sowie der Stand des realen Auf- und Ausbaus der Bundeswehr Ende der sechziger Jahre waren zwei entscheidende Faktoren, die die Voraussetzungen für die Reorganisation und Umrüstung insbesondere der Polizeitruppenverbände (also Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizei) ab diesem Zeitraum geschaffen haben.

A

In der Gründungsphase des Bundesgrenzschutzes (BGS) und der Bereitschaftspolizeiverbände, etwa 1945/50, war ein immer wieder angeführtes Argument für die Notwendigkeit starker Truppenpolizeiverbände, daß es der Bundesrepublik eines militärischen Apparates ermangele, der im Ernstfall als ultima ratio den inneren Frieden wieder herbeischießen könne. Vor dem Hintergrund einer Bedrohungsanalyse (über deren Realitätsgehalt hier nicht diskutiert werden soll), die von einer Doppelstrategie des militärischen Angriffs von außen durch reguläre militärische Kräfte der Sowjetunion und der Unterstützung des Angriffs von innen durch subversiv auftretende kommunistische Banden ausging, wurden mit dem Bundesgrenzschutz und der Bereitschaftspolizei der Länder 2 Truppenpolizeiapparate mit einer Gesamtstärke von ca. 30 000 Mann (im Jahre 1954) aufgebaut, die von Organisation, Ausrüstung und Ausbildung her am klassischen Bürgerkrieg orientiert waren. Zur Ausrüstung des BGS gehörten 7,6 cm Kanonen, Granatwerfer, Maschinengewehre, Handgranaten etc. Bis auf die Kanonen lieferte der Bund für die Bereitschaftspolizei der Länder vertragsgemäß die selbe Waffenausrüstung. In großen Polizeimanövern wurde von den frühen fünfziger Jahren an bis Mitte der sechziger Jahre unter Beteiligung von 5 - 10 000 Mann BGS und Bereitschaftspolizei der offene Bürgerkrieg, die Bandenbekämpfung, der Häuserkampf und der Kampf in den

Fabriken geübt.

Auch nachdem die Bundeswehr auf- und ausgebaut war, änderte sich an Organisation und Ausrüstung sowie an der Szenerie der Polizeimanöver bis in die sechziger Jahre nichts. Nachdem der Beschluß über die Wiederaufrüstung gefallen war und 1954/55 eine heftige Debatte um die Frage der Auflösung oder des Wiederaufbaus des BGS geführt worden war (große Teile des BGS und der Ausrüstung waren in die Bundeswehr überführt worden), wurde für die Beibehaltung des BGS u.a. mit dem Argument gestritten, daß der Einsatz des Militärs im Innern zu problematisch sei und man zur Vermeidung eines solchen Einsatzes eben fürderhin starke Truppenpolizeiverbände benötige.
Daß die Möglichkeit des Einsatzes des Militärs im Innern bereits zu diesem Zeitpunkt ins Kalkül der Regierungsbürokratie einbezogen war, darauf verwies der ehemalige Innenminister E. Benda bereits 1959:

"Die Bundesregierung hat schon im Jahre 1955 erste Vorarbeiten für eine Notstandsregelung aufgenommen; aber es ist nicht möglich, diese Gedanken schon zusammen mit den Wehrgesetzen von 1956 zu verwirklichen." (1)

Der politische Widerstand wäre zu groß gewesen. Die öffentliche Legitimation der gesetzlichen Verankerung des Einsatzes von Militär im Innern durch eine Notstandsgesetzgebung war aber nur eine Seite des Problems, vor dem die Repressionsbürokratie stand.
Die andere, und wie wir zeigen werden, durchgreifende Problematik lag darin, daß auch bei Vernachlässigung von Legitimationsproblemen des inneren Einsatzes von Militär, die sich bei einem Wehrpflichtheer noch verschärfen, das globale Gewaltpotential des Militärs für den inneren Einsatz gleichsam zu grobschlächtig, physisch zu zerstörerisch und vernichtend angelegt ist, und daß es erst einer Differenzierung innerhalb des militärischen Gewaltapparates bedarf, um den inneren Einsatz von Militär kontrollierbar und "sinnvoll" kalkulierbar zu machen.
Das hier angesprochene Problem wird in folgender kleiner Geschichte deutlich, die der SPD-Repressionsexperte Dr. Menzel MdB 1959 auf einer Arbeitstagung der GdP (= Gewerkschaft der Polizei, d.Red.) vortrug:

"Während des kommunistischen 'Hölz-Aufstandes' Anfang der zwanziger Jahre wurde auch die Stadt Marburg von Schwierigkeiten bedroht. Der Standortälteste der Reichswehr - von dem Polizeipräsidenten befragt, ob er notfalls mit militärischer Hilfe rechnen könne - sagte diese Hilfe zu, verband diese Zusage aber mit der Warnung: Ist der Rathausplatz zu räumen, so geschieht dies binnen weniger Minuten, aber ich garantiere Ihnen nicht, daß dann das Rathaus auch noch steht."(2)

Es bedurfte in der Bundeswehr erst der Herausbildung eines spezifischen Gewaltpotentials - der Kampftruppen der Territorialverteidigung - so unsere These, um den inneren Einsatz von Teilen der Bundeswehr kalkulierbar und kontrollierbar zu machen.(3)

Bei Gründung der Bundeswehr lag die absolute Priorität beim Aufbau von Einsatzverbänden des Heeres, der Luftwaffe und der Marine, die als Teil der NATO-Streitkräfte nicht nationaler Befehlsgewalt unterlagen, sondern dem NATO-Befehlshaber unterstanden (der NATO assignierte Streitkräfte) und für Aufgaben im Rahmen der "Gemeinsamen Verteidigung" der

NATO-Staaten vorgesehen waren. (4) Daneben waren die Mitglieder der WEU (= Westeuropäische Union, d.Red.) und der NATO verpflichtet, im zivilen wie im militärischen Bereich Maßnahmen zur eigenverantwortlichen bodenständigen Landesverteidigung einzuleiten, deren militärischer Sektor unter dem Begriff der Territorialverteidigung firmierte. (5)

"Die militärische Landesverteidigung soll vor allem die Operationsfähigkeit und -freiheit der Streitkräfte durch Sicherung lebens- und verteidigungswichtiger Objekte gewährleisten. Die von Bund, Ländern und Gemeinden getragene Zivilverteidigung umfaßt Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt und zur Unterstützung der Operationsfreiheit der Truppen, vornehmlich aber Maßnahmen des Zivilschutzes und der zivilen Versorgung." (6)

Diesen Verpflichtungen und dieser Konzeption lag ein Kriegsbild zugrunde, das in einem vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr herausgegebenen Werk so beschrieben wird:

"Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und die Wirkung moderner Waffen haben die Erkenntnis gefestigt, daß in einer zukünftigen militärischen Auseinandersetzung die traditionelle Unterscheidung zwischen Front und Heimat illusorisch ist. Die Abschreckung eines potentiellen Aggressors ist nicht nur von der Stärke dermilitärischen sondern auch der zivilen Verteidigung abhängig." (7)

Zivilverteidigung umfaßt zwar auch den Bau von Luftschutzbunkern und Anweisungen zum richtigen Gebrauch von Aktentaschen als Schutzdach gegen atomare Kampfmittel. Wesentlicher Bestandteil der Zivilverteidigung ist daneben aber die "Sicherung der Regierungsfunktionen" im Spannungs- und Verteidigungsfall. Die "Innere Sicherheit" sei, so der Verteidigungsminister 1964 im Bundestag, eine Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens, da innere Unsicherheit keine glaubhafte Abschreckung nach außen zuließe. Was hier noch relativ zurückhaltend formuliert wird, ist in der Regel deutlicher dort ausgesprochen, wo sich die Repressionsbürokratie an ein Fachpublikum bzw. an die für diesen Kampfauftrag Gedrillten bzw. zu Drillenden wendet. In einem Beitrag in der Zeitschrift "Kampftruppen" zum Thema "Das Feindbild beim Schutz rückwärtiger Gebiete" heißt es:

"Da die Ziele einer Aggression auf die BRD mit Sicherheit ideologisch verbrämt werden, muß damit gerechnet werden, daß innenpolitische Gegner unseres Staates den Aggressor unterstützen werden... In rückwärtigen Gebieten ist der Einsatz nachstehender feindlicher Kräfte zu erwarten: 1. Agenten fremder Nachrichtendienste... 3. Kräfte des verdeckten Kampfes..., deren Tätigkeit bereits allein durch die gemeinsame Sprache und die gleiche Verhaltensweise in fast allen Lebensbereichen erheblich erleichtert wird,..." (8)

Wobei der Autor auch nicht versäumt, vor Frauen, Jugendlichen und Kindern zu warnen, die unentbehrlicher Bestandteil der in subversiver Kriegsführung ausgebildeten 5. Kolonne seien. Mit diesen Zitaten sollte deutlich gemacht werden, daß der Kampfauftrag der bodenständigen Verteidigungsorgane sich nicht nur bezieht auf gegnerische Kräfte, die in Luftlandeoperationen oder durch erfolgreiche Durchbrüche im Hinterland der Front operieren, also nur geografisch und nicht im staatsbürgerlichen Verständnis innere Gegner sind, sondern daß von Beginn der Planung der Territorialverteidigung an diese Truppe für die

Bekämpfung von Teilen der Bevölkerung konzipiert wurde.

Für dieses, die Planung, die Ausbildung und Ausrüstung der verschiedenen Organisationsteile des staatlichen Gewaltpotentials bestimmende Kriegsbild, in dem inzwischen ideologisch der traditionelle Innen-Außen-Bezugspunkt aufgehoben ist (9), lassen sich beliebig viele Belege bringen. Wir wollen den Belegnachweis abschließen mit einer in der einschlägigen Literatur viel zitierten Formulierung des ermordeten US-Präsidenten Kennedy aus dem Jahre 1961:

"Die Armeen sind da, aber sie dienen in erster Linie als Schild, hinter dem Subversion, Infiltration und viele andere Taktiken ständig fortschreiten können, wobei ein verwundbares Gebiet nach dem anderen gewählt wird; in Situationen, die unsere eigene bewaffnete Intervention nicht erlauben... Wir dürfen es nicht unterlassen, die heimtückische Natur dieses Kampfes zu sehen, wir dürfen es nicht unterlassen, nach den neuen Konzepten, den Werkzeugen, dem neuen Geist der Dringlichkeit zu greifen, die wir zur Bekämpfung brauchen werden... Die selbstzufriedenen, die nachsichtigen und die weichen Gesellschaften werden mit den Trümmern der Geschichte hinweggefegt. Nur die Starken, nur die Fleißigen, nur die Weitsichtigen können überleben... zulange haben wir unsere Blicke auf traditionelle militärische Erfordernisse gerichtet, auf Armeen, die bereit sind, die Grenzen zu überschreiten, und auf Raketen, die zum Abschuß bereitstehen. Nun sollte es klar sein, daß dies alles nicht mehr genügt, daß unsere Sicherheit verloren gehen kann, ohne daß eine einzige Rakete abgefeuert oder eine einzige Grenze überschritten wird. Wir beabsichtigen aus dieser Lektion zu lernen... Wir wollen unsere Bemühungen für einen Kampf verstärken, der in vieler Weise schwieriger ist als ein Krieg." (10)

Was nun die Bundeswehr betrifft, hätte es zur Legitimation eines Einsatzes der Bundeswehr im Innern nicht unbedingt der Notstandsverfassung bedurft. Legt man das in der Bundeswehr herrschende - oben beschriebene-Kriegsbild des Einsatzes von Truppen der Bundeswehr gegen Formen subversiver Kriegsführung des äußeren Gegners im Landesinnern zugrunde, sind selbstverständlich auch Vorbereitungen, Planungen und Übungen für diesen Fall allein durch den "äußeren" Verteidigungsauftrag der Bundeswehr legitimiert. Die Einfügung des Art. 87a Abs. 4 GG in die Verfassung im Zuge der Notstandsgesetzgebung verschaffte somit lediglich dem Einsatz der Bundeswehr in einem rein inneren Notstandsfall die verfassungsrechtliche Legitimation. Wenn daher Bundeswehrverbände auch bereits vor Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung Übungen und Manöver durchführten, deren Szenarien nicht durch die Auseinandersetzung mit militärischen Verbänden gegnerischer Streitkräfte, sondern durch die Bekämpfung von in Zivil und mit den Formen des sogenannten subversiven oder verdeckten Kampfes (11) operierenden Kräftenbestimmt waren, so entsprach dies nur dem geltenden Kriegsbild und ist gedeckt im Selbstverständnis des Militärs durch den "äußeren" Verteidigungsauftrag. (12)

Daß der Unterschied zwischen den Szenarien des Verteidigungsfalles im Sektor der "bodenständigen Verteidigung" und den Szenarien des inneren Notstandsfalls und damit des Einsatzes der Bundeswehr gegen nichtkombattante Bürger des eigenen Landes sich in Gänze verflüchtigt, ist

nach der Logik moderner Militärstrategien und Bedrohungsanalysen schlicht der Perfidität der Kriegsführung des kommunistischen äußeren Gegners zuzuschreiben. Der Einsatz der Bundeswehr geografisch im Innern wird hier zum "Normalfall" der Landesverteidigung (13). Über diese dem Verteidigungsfall zuzuordnende und durch ihn legitimierte Übungen zur Vorbereitung auf den Einsatz im Innern der BRD hinaus ist es "im Frieden und im Notstandsfall ständige Aufgabe der Streitkräfte sich selbst und militärische Sicherheitsbereiche nach dem UZwGBw zu schützen." (14)
Auch im Rahmen dieser Befugnisse sind Soldaten für entsprechende Aufgaben vorzubereiten. Mithin sind entsprechende "Selbstschutz"-Übungen im Rahmen des UZwGBw schon vor der Notstandsgesetzgebung juristisch gedeckt gewesen, auch wenn diese Szenarien (z.B. Vorbereitung auf Auseinandersetzung mit Demonstranten vor militärischen Objekten) Situationen des Notstandsfalles (GG 87) miteinschließen.

Es ist bereits gesagt worden, daß in der Aufbauphase der Bundeswehr die Priorität beim Aufbau der der NATO assignierten Kampfverbände lag. Demgegenüber entwickelte sich der Bestand an aktivem Personal bei der Territorialverteidigung (TV), gemessen an den Aufgaben, relativ bescheiden: (15)

Jahr	Mann	Jahr	Mann
1956	5.200	1961	22.000
1957	7.800	1962	27.000
1958	10.000	.	
1959	13.000	.	
1960	17.500	1967	34.800

Innerhalb der Territorialverteidigung lag das Schwergewicht während der Aufbauphase zunächst beim Aufbau von Spezialeinheiten, die nicht Kampf-, sondern militärische Infrastrukturaufgaben erfüllen sollten. Vorrang hatten zunächst Pionier- und Fernmeldeeinheiten, so daß gegen Ende 1962 erst ein Wachbataillon, sechs Feldjägerkompanien und sechs Grenadierbataillone vorhanden waren. Setzt man die Stärke eines Bataillons mit ca. 500 Mann und die einer Kompanie mit ca. 100 Mann an, so erreichten 1962 die Verbände innerhalb der TV mit militärischen Ordnungs-, Sicherheits- und Kampfaufgaben eine Gesamtstärke von ca. 4.100 Mann, während die von uns als militärische Infrastruktur-Verbände (Versorgungs-, Pionier-, Fernmelde-, Sanitätseinheiten etc.) bezeichneten Verbände immerhin 22.000 Mann ausmachten. (16)

Während im allgemeinen die militär/fachliche Grund- und Spezialausbildung für die Kräfte der Territorialverteidigung den Ausbildungseinrichtungen der Teilstreitkräfte oblag, galt dies nicht für jene Teilkräfte innerhalb der TV, die als Kampf-, Sicherungs- und militärische Ordnungskräfte (also Wachkompanien, Feldjäger, TV-Grenadierbataillone) eingeplant waren bzw. sind. Hierzu heißt es in der Darstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes:

"Darüberhinaus mußten allerdings für die Sicherungstruppen besondere Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden, z.B. für den verdeckten Kampf und die Sicherung von Objekten." (17)

Auch dies ist ein Beleg für unsere eingangs formulierte These, daß die Bundeswehr insgesamt ein zu grobschlächtiges Instrument für den geografisch und politisch begriffenen inneren Einsatz ist, also die der NATO assignierten Kampfverbände vom Kampfauftrag, Ausbildung und Ausrüstung her für den inneren Einsatz als untauglich begriffen wurden und es erst darauf spezialisierter Verbände in als hinreichend eingeschätzter Zahl bedurfte, um den Kampfauftrag des BGS, damit auch Ausbildung, Feindbild und Ausrüstung deeskalieren zu können, ohne eine "Sicherheitslücke" zu hinterlassen.
Entsprechend des Schwergewichts bei den sog. militärischen Infrastruktur-Verbänden in der Aufbauphase der TV dominierten bis in die frühen sechziger Jahre im Übungsbetrieb der TV Einsatzübungen und Manöver, in denen Logistik-, Pionier-, Fernmelde- und Feldjägereinheiten (Lenkung militärischer Verkehrsströme) den Ernstfall probten. (18) Auch von dieser Seite war also die Bundeswehr zu dieser Zeit noch nicht für Formen des inneren Einsatzes vorbereitet.
In der vom geschichtlichen Forschungsamt als "Ausbauphase der Bundeswehr" definierten Zeitspanne von 1963 bis 1967 galt der Ausbau der TV als "eine der vordringlichsten Aufgaben"(19) mit dem Ziel des Aufbaus kampfkräftiger Verbände. Während das Verteidigungsministerium zunächst versucht hatte, eine Territorialreserve auf freiwilliger Basis zu rekrutieren, sich jedoch nur etwa die Hälfte der ca. 10 000 benötigten Freiwilligen bis Januar 1964 gemeldet hatten, wurde ab Ende 1965 mit dem Aufbau einer Heimatschutztruppe, die auf dem Einberufungsprinzip beruhte, begonnen.Nachdem die aktiven TV-Truppen, vor allem Pioniere, Fernmeldeverbände und Feldjägerbataillone, bereits in der Mehrzahl bis 1964 standen, wurden ab 1966 "in erster Linie die überwiegend aus Reservisten bestehenden Sicherungstruppen der Heimatschutztruppe aufgestellt..., die sich aus Grenadierbataillonen (TV) und Sicherungskompanien zusammensetzen."(20) Erst ab 1968 konnten einzelne Kompanien der Heimatschutztruppe, die alle Kampfverbände der TV umfaßt, ihre volle Einsatzfähigkeit erreichen. (21) Als Truppe die im Ernstfall sich überwiegend aus Reservisten rekrutiert, bestehen die Heimatschutztruppen im Normalfall fast ausschließlich als Geräteeinheiten mit nur geringem Personalbestand (Kadereinheiten).
Festzuhalten bleibt, daß etwa ab 1968/70 die Bundesregierung durch den bis zu diesem Zeitpunkt erreichten Stand im Aufbau der Heimatschutztruppe ein neues Instrument innerhalb der Bundeswehr zur Verfügung hatte, das vom speziellen Kampfauftrag, Ausbildung und Ausrüstung her gesehen, den bisherigen Kampfauftrag des BGS und der Bereitschaftspolizei übernehmen konnte, ohne daß eine "Sicherheitslücke" durch die ab Ende der sechziger Jahre erfolgende Verpolizeilichung des BGS entstanden wäre.

B

Über die organisatorischen und ausbildungsmäßigen Konsequenzen der verabschiedeten Notstandsgesetzgebung innerhalb der Bundeswehr nach 1968 ist aus offenen Quellen kaum etwas zu erfahren. Zunächst scheint es die Politik der Bundesregierung gewesen zu sein, nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze politische Ruhe zu schaffen und eine anhaltende Diskussion um diese Gesetze zu verhindern. In einem Auf-

satz in der Zeitschrift "Wehrkunde" aus dem Jahre 1973 teilt von Zitzewitz mit, daß 1968 der Generalinspekteur der Bundeswehr, de Maizière, die Ausbildung der Streitkräfte für den Einsatz im Innern nach Art. 87a Abs. 4 GG zunächst untersagt hätte und daß sich die Ausbildungsanweisungen für Offiziere auch im folgenden Jahr darauf beschränkt hätten, die Grundzüge der Notstandsverfassung zu erläutern, die für den Einsatz der Bundeswehr im Innern möglicherweise von Bedeutung sein könnten. Es heißt dann weiter bei v. Zitzewitz: "Dieser Stillhalteerlaß wurde vom BMI auf Weisung der Bundesregierung am 2. Juli 1968 herausgegeben. Danach sollte zur politischen Beruhigung der Bevölkerung nach Verabschiedung der Notstandsverfassung die Herausgabe der für ihre Durchführung notwendigen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften 'für einige Monate' zurückgestellt werden. Der Stillhalteerlaß ist zwar inzwischen erheblich gelockert, aber bis heute noch nicht aufgehoben worden." (22)

Diese Politik deckt sich bruchlos mit der Tradition sozialdemokratischer Politik innerer Sicherheit. Im Gegensatz zu traditionell konservativen Kräften, für die der Einsatz des Militärs gegen Teile der eigenen Bevölkerung nie ein politisches Problem war, entsprach es seit der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Ausübung von politischer Macht in der Weimarer Republik sozialdemokratischer Politik innerer Friedensstiftung, vorrangig und in erster Linie auf starke Polizeikräfte durchaus paramilitärischen Charakters zu bauen und die Grenzen für den Militäreinsatz im Innern möglichst hoch anzusetzen. Noch 1965 trat der damalige Hamburger Innensenator Helmut Schmidt für die Ausrüstung der Hamburger Polizei mit Granatwerfern und Minen mit dem Argument ein, daß nur eine entsprechend ausgerüstete Polizei den Einsatz von Militärs unnötig machen würde. Es entspricht dieser Logik, daß um 1969/70, also nach Verabschiedung der Notstandsgesetze, bei den Bereitschaftspolizeien der Länder die Granatwerfer eingemottet und die Bereitschaftspolizei auch nicht mehr im Gebrauch von Granatwerfern ausgebildet wurde. Noch deutlicher ist die Veränderung beim BGS. Hier wurden ab Beginn der siebziger Jahre Granatwerfer und Kanonen, geländegängige Kfzs und ein großer Teil des Pioniergeräts ausgesondert und an Stelle dessen Schutzschild und Gummiknüppel, Schutzhelm und kriminaltechnisches Gerät angeschafft. Diese, was Waffen und Ausrüstung betrifft, Entmilitarisierung der beiden Truppenpolizeiorganisationen in der Bundesrepublik findet ihren Ausdruck auch im Sicherheitsprogramm des Bundes und der Länder von 1972 (in der Fortschreibung 1974 unverändert) und in dem z.Z. viel diskutierten Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder, der nach einer Verabschiedung durch den Bundestag auch für den Bundesgrenzschutz gelten würde. Im Sicherheitsprogramm wie im Musterentwurf sind Kanonen und Granatwerfer nicht mehr enthalten, d.h. militärische Waffen, die bis Ende der sechziger Jahre zum Waffenarsenal der Truppenpolizeien gehörten. Gleichzeitig gibt es ab Ende der sechziger Jahre nicht mehr die großen Bürgerkriegsübungen von BGS und Bereitschaftspolizei, in denen unter Beteiligung von 5 000 bis 10 000 Mann geübt wurde, im Gelände- und Häuserkampf kommunistische Banden in Größenordnungen von 500 Mann und mehr, die von Teilen der Zivilbevölkerung unterstützt würden, niederzukämpfen, d.h. mit Einsatzmitteln der leichten Infanterie zu vernichten. Parallel hierzu ist aus den Polizeizeitschriften wie aus dem offiziösen Blatt des BMI für den BGS, die Zeitschrift "BGS" (früher "Die Parole") voll-

ständig das bis zu dieser Zeit gepflegte Feindbild kommunistischer Banden, die nur auf das Zeichen für den Tag X warten, verschwunden.

Stattdessen sind Bundesgrenzschutz - hier 1972 - über die Novellierung des BGS-Gesetzes und der damit erfolgten Legalisierung des jederzeitigen Einsatzes des BGS im Landesinnern auf Anforderung der Länderinnenminister - und Bereitschaftspolizei in spezifischer Weise "bürgernäher" geworden. Gegenüber ihrer Hauptfunktion in den fünfziger und sechziger Jahren, als beide Verbände auf den Tag X wartend in den Polizeikasernen harrten, sind sie heute zum Instrument der alltäglichen Kontrolle des Bürgers geworden. An Stelle der Erstürmung eines Dorfes unter Kanonen- und Granatwerferfeuer üben Verbände des BGS die Auflösung von Demonstrationen mit Schlagstock und Wasserwerfer. An Stelle der Bedienung eines Granatwerfers wird der neue BGS-Beamte, dessen Beruf inzwischen laufbahnmäßig zum Lebensberuf ausgestaltet wurde, in Observation und Kriminaltechnik ausgebildet. Der offene Bürgerkrieg wird so gleichsam taktisch zu unterlaufen versucht, indem das Netz der politischen Kontrolle unterhalb der Schwelle einer offenen Bürgerkriegssituation immer umfassender und dichter gestaltet wird. Insoweit wird auch der im Gesetzgebungsprozeß befindliche Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz sehr viel nachhaltiger die Alltagserfahrungen des Bürgers mit der Polizei prägen, als es die Notstandsgesetze bisher jemals getan haben.

Wenn auch, soweit unser Überblick richtig ist, nicht davon gesprochen werden kann, daß eine umfassende Orientierung am inneren Einsatz ab 1968 erfolgt ist, so gibt es doch eine Reihe von Berichten über Notstandsübungen in der Bundeswehr (23), die aber, soweit sie repräsentativ sind, keinen Vergleich zulassen etwa mit dem Ausmaß, in dem Teile der britischen Armee für den Kampf an der home front ausgebildet werden. Symptomatisch ist allerdings, daß das alte Bürgerkriegsfeindbild der fünfziger und sechziger Jahre, das in den Zeitschriften für Polizeibeamte gänzlich verschwunden ist, in der Bundeswehrzeitschrift "Kampftruppen" durchaus weiter lebendig ist, wie das oben angeführte Zitat aus dem 1975 in dieser Zeitschrift erschienenen Artikel von Lieb: "Das Feindbild beim Schutz rückwärtiger Gebiete" zeigt.

Die durch die Differenzierung des staatlichen Gewaltapparates und durch die Feineinstellung der einzelnen Teilapparate auf jeweils spezifische Sicherheitslagen herbeigeführte Aufgabenverschiebung zwischen den einzelnen Apparaten - hier exemplarisch aufgezeigt am Verhältnis von BGS, Bereitschaftspolizeien und Territorialverteidigung - spiegelt sich somit in den jeweiligen Zeitschriften dieser, den Apparaten unterlegten Feindbildern, wider. Der Entmilitarisierung der Polizeitruppen oben beschriebenen Sinn entspricht - unbeschadet der Feinderklärung des bisher nur als polizeirechtlichen Störers behandelten Bürgers - eine Verschiebung des Feindbildes hin auf einen alltäglichen Feind, seien es nun Terroristen oder Demonstranten. Die hauptsächlich für die Truppen der Territorialverteidigung konzipierte Zeitschrift "Kampftruppen" hält gegenüber entsprechend dem Kampfauftrag und der Funktion der Truppen der Territorialverteidigung an dem alten - früher auch in den Publikationen der Polizeitruppen vertretenen - Feindbild fest. Die Inhaltsanalyse der Zeitschriften der einzelnen Teilapparate des staatlichen Gewaltpotentials scheint also unsere Thesen über die Verschiebung von Funktionen im Gesamtsystem innerer Sicherheit zu bestätigen.

ANMERKUNGEN

(1) E. Benda, Die Notstandsverfassung, München 1966, S. 54

(2) GdP (Hrsg.), Grenzbereiche des polizeilichen Einsatzes, Hamburg o.J. (1959), S. 58

(3) Ein Beleg dafür, daß auch im Kalkül der Ministerialbürokratie die Territorialkampftruppen jener Organisationsteil in der Bundeswehr sind, der auf den inneren Einsatz spezialisiert ist bzw. zu spezialisieren wäre, ist ein Aufsatz von Ministerialdirigent (im BMI) a.D. Dierske in: Die Polizei, 12/1964 "Die Verwendung der Bundeswehr zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben im Zustand der inneren Gefahr oder bei innerem Notstand". Im Text spricht Dierske kaum noch von der Bundeswehr, sondern fast ausschließlich von Anforderungen an die Territorial-Streitkräfte für den Fall des verfassungsrechtlichen inneren Einsatzes (verfassungsrechtlich soll hier den Gegensatz zum sowieso vorgesehenen Einsatz der Territorial-Streitkräfte innerhalb der geographischen Landesgrenzen ausdrücken).

(4) Vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Verteidigung im Bündnis, München 1975, S. 150

(5) Zu den entsprechenden Verpflichtungen vgl. Assembly of WEU, Proceedings, Document 87, Present State of European Security-Report submitted on behalf of the Committee on Defense Questions and Armaments by Mr. Fens, 2nd June, 1958 (Chapter III: Internal Defense and Police Forces).
1955 wurden von der NATO Grundzüge der "Civil Emergency Planning" (zivile Notstandsplanung) für die Mitgliedsländer festgelegt, vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt, a.a.O., S. 101.
Im Protokoll Nr. II über die Streitkräfte der Westeuropäischen Union vom 23.10.1954 (BGBl. 1955, II, S. 262 f.) wird unter Art. 5 vereinbart: "Die Stärke und Bewaffnung der Streitkräfte fur die bodenständige Verteidigung und der Polizeikräfte (Hervorhebung - Autoren) der Hohen Vertragschließenden Teile des Protokolls auf dem europäischen Festland werden unter Berücksichtigung der eigentlichen Aufgaben und des Bedarfs sowie der vorhandenen Stärke dieser Kräfte durch Abkommen innerhalb der WEU festgelegt."
Im Protokoll Nr. IV über das Amt für Rüstungskontrolle der WEU vom 23.10.1954 (BGBl. 1955, II, S. 274 ff.) wird in Art. 15 erneut die Polizei einbezogen. In der Anlage V (Konferenzdokument über den deutschen Verteidigungsbeitrag...) zur Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 3.10.1954 wird in Abschnitt 2 gleichfalls betont, daß Stärke und Bewaffnung der Polizeikräfte der Mitgliedsstaaten der Organisation des Brüsseler Vertrags durch Vereinbarungen innerhalb dieser Organisation festzusetzen sind, abgedruckt in: F. Berber, Völkerrecht-Dokumentensammlung, Bd. I, München/Berlin 1967, S. 787 f.

(6) Militärgeschichtliches Forschungsamt, a.a.O., S. 101

(7) ebenda 1/1975

(8) Lieb, Das Feindbild beim Schutz rückwärtiger Gebiete, in: Kampftruppen, 1/ S. 9 f.

(9) "...in einem geteilten Volk können die Kategorien 'innerer' und 'äußerer' Störer gar nicht 'aufgehen'", heißt es im GG-Kommentar von Maunz-Düring, Rand-Nr. § 143, und ähnlich Dierske, Die Ver-

wendung der Bundeswehr zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben...", in: Die Polizei, 12/1964, S. 355.
"Was ist im zweigeteilten Deutschland 'außen' und was 'innen', was heißt 'von außen her', was 'von innen heraus'?"

(10) Hier zitiert nach Dierske, Die Verwendung der Bundeswehr..., S.355

(11) Vgl. hierzu Heinz Kozak, Subversion, in: Österreichische Militär Zeitschrift, Heft 4/1976, S. 303 ff., der Subversion folgend definiert: "Es ist also Subversion eine nicht-militärische Form des Angriffs auf eine Gesellschaft, wobei dieser Angriff im Innern der Gesellschaft ansetzt, und unter Verwendung legaler und illegaler Mittel, einschließlich der Gewalt, die illegitime Veränderung der gesellschafts- und machtpolitischen Gegebenheiten zum Ziel hat". Als "verdeckter Kampf" werden im Dienstgebrauch der Bundeswehr definiert "alle nicht-nuklearen See-, Luft- oder Land-Operationen von Einzelpersonen oder Gruppen, die von einer ausländischen Macht in Gang gesetzt, im Inneren eines Landes gegen die legale Staatsgewalt geführt, gelenkt oder unterstützt werden, wobei die Identität des Urhebers verborgen bleiben soll. Der verdeckte Kampf kann vor und während Kampfhandlungen als selbständige Erscheinungsform oder im Zusammenhang damit geführt werden", Bundesministerium der Verteidigung, VR II 6, Az.: 08-01-02 vom 20. Febr. 1974, hier zitiert nach H.v. Braunmühl, Verdeckter Kampf, in: Europäische Wehrkunde, 7/1976, S. 342ff. Nach v. Zitzewitz, a.a.O., S. 135, Fußnote 18, erfolgt bei den US-Streitkräften in Europa seit "geraumer" Zeit eine Ausbildung für diesen Kampf.

(12) Nur nebenbei sei hier vermerkt, daß zu den Bürgern des eigenen Landes im Verständnis der bundesdeutschen Ministerialbürokratie selbstverständlich auch Bürger der DDR gehören, so daß es nach Auffassung der Bundesregierung auch keinen Kampf im Sinne eines internationalen Konfliktes zwischen beiden Teilen Deutschlands geben kann. Ein Konflikt zwischen beiden Teilen Deutschlands könnte daher nur eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung sein. Das gilt auch heute noch, obwohl die Bundesregierung im Herbst 1969 die DDR als Staat anerkannt hat.

(13) Wenn Tolmein, Heimatschutz, in: Jahrbuch des Heeres Nr. 3, Darmstadt 1971, S. 109 f., schreibt: "Jeder Verdacht jedoch, die Heimatschutztruppe sei als Bürgerkriegsarmee gegen die Apo gerichtet, muß zurückgewiesen werden. Es gibt auch keine Ausbildungshinweise für den inneren Notstand", hat er sicher recht. Es bedarf keiner besonderen Ausbildung bei der Identität der Kriegsbilder.

(14) Militärgeschichtliches Forschungsamt, a.a.O., S. 252, Das Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und der Ausbildung besonderer Befugnisse d. Soldaten der Bundeswehr und zivilerWachpersonen (UZwGBw) stammt aus dem Jahre 1965 (BGBl. I, S. 796) und wird durch mehrfach geänderte Ausführungsvorschriften (Ministerialblatt des Bundesministers der Verteidigung, VMBl. 1965, S. 381, 1969, S. 242; 1970, S. 10) ergänzt.
Zudem gibt es einen Erlaß des Bundesministers der Verteidigung vom 14. August 1957 (VMBl. 1957, S. 486), in dem Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundeswehr aufgestellt worden sind, der, abgesehen von der Verpflichtung von "Soldaten im Dienst", Polizeibeamten auf Anforderung Hilfe und Unterstütz-

ung zu leisten (I, Abs. 2), die Befugnisse und Rechte der Polizei beim Einschreiten gegen Soldaten formuliert. Unter IV. (Befugnisse der Streifen der Bundeswehr) heißt es ausdrücklich: "Streifen der Bundeswehr (Soldaten im militärischen Ordnungsdienst)haben Befugnisse nur gegenüber Soldaten"; zit. nach Thomsen/Merk, a.a.O., S. 153 f. (hier vollständiger Text des Erlasses).

(15) ebenda, S. 153 und 216

(16) Über die Vielzahl der Spezialtruppen der TV informiert folgender Auszug aus der Arbeit des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, a.a.O., S. 152: "Die Entlastungs- und Sicherungsfunktion der Territorialen Verteidigung kann nur mit zahlreichen Spezialtruppen wirksam wahrgenommen werden:
- Fernmeldebataillone zur Aufrechterhaltung der Verbindung zu den unterstellten Kommandobehörden und Truppen, zu den NATO-Führungsstäben und -truppen
- Feldjägerbataillone im Rahmen der Aufgaben der militärischen Verkehrsregelung (Verkehrsleitnetz) und zum Militärischen Ordnungsdienst
- Pioniertruppen zur Vorbereitung und zum Bau von Übergangsstellen an Flüssen, für Sonderaufgaben an Binnengewässern, zur Vorbereitung und Durchführung von Sperren, Bau von Stellungen und Instandhaltung von Straßen, zur Herstellung von feldmäßigen Betriebsstoffernleitungen, zum Bau von Brücken, Flugplätzen
- Grenadierbataillone (TV) und Sicherungseinheiten zu Sicherungsaufgaben an militärisch wichtigen Objekten, zum Kampf gegen Sabotagetrupps und feindliche Kommandounternehmen
- Instandsetzungstruppen zu Reparaturarbeiten bei den TV-Truppen
- Technische Truppen zur Durchführung der Versorgungs- und Transportaufgaben der TV
- Sanitätsbataillone für alle territorialen Sanitätsaufgaben
- ABC-Abwehrbataillone zur Entstrahlung, Entseuchung und Entgiftung bzw. vorbereitenden Maßnahmen
- Fla-Bataillone zum Einsatz in Zusammenarbeit mit eingesetzten Truppen der TV
- Wachbataillone für Sonderaufgaben der Bundesregierung und Sicherungsaufgaben bei Stäben."

(17) ebenda, S. 154

(18) ebenda

(19) ebenda, S. 215

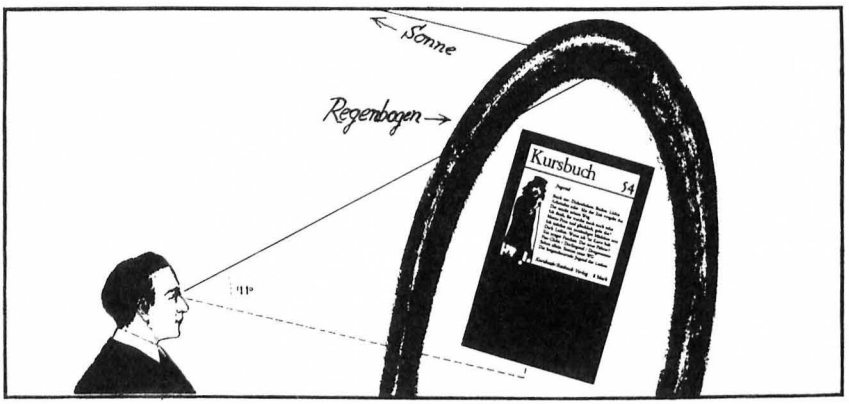
(20) ebenda, S. 216

(21) ebenda

(22) v. Zitzewitz, Gesamtverteidigung (III), Wehrkunde, Heft 2/1973, S. 135

(23) Vgl. Arbeitskreis Bundeswehr und KDV (Koblenz), Bundeswehr probt den Not stand, Koblenz o.J.

Kursbuch



Kursbuch 54
Jugend

Rock me: Diskotheken. Buden. Läden / Arbeitslos oder: Mit der Zeit vergeht das / Der macht seinen Weg / Ich denk, ihr werdet mich noch sehn / Manta-Frau und glücklich, geht das? / Ich möchte ein anständiges Mädchen sein / Dark Ladies: Wenn ich 'ne Karre hab... / Ein junger Faschist. Der neue Führer? / Fan-Club der Bundeswehr / Dorfjugend / Drogenszene / Selten allein. Szenen einer WG / Die langandauernde Jugend der Linken

Kursbuch 54
192 Seiten, DM 8
(im Abonnement DM 6)

Kursbuch 55
Sekten

Zwei Personen - eine Sekte / Die Mehrheit als Sekte. Oder: Ein Albtraum / Die Lust des Hirns auf Hausmannskost / Der linke Psychodrom / Wozu diese dummen Fragen Genossen? / Im Schoß von Begriffen / Die Gurus der demonstrativen Lebensstil-Suche / Astral-Marx. Über Anthroposophie, Marxismus und andere Alternatiefen / Im Club. Beobachtungen in verschiedenen hessischen Tennisvereinen

Kursbuch 55
192 Seiten, DM 8
(im Abonnement DM 6)

Kursbuch 56
Unser Rechts-Staat

Die freiheitlich demokratische Grundordnung als Superlegalität / Arbeitsrecht. Der Betrieb als rechtsfreier Raum / Strafrecht und Rechtsstaat / Wie entsteht unter Juristen die »herrschende Meinung«? / Gibt es eine objektive Rechtsprechung? Beobachtungen im Gerichtssaal / Wissenschaft und Recht. Die Macht der Gutachter vor Gericht / Datenschutz / Miet- und Ausländerrecht / »Taktik« als »Verrat«? Die Linken auf dem Langen Marsch

Kursbuch 56 (Juni 79)
192 Seiten, DM 8
(im Abonnement DM 6)

Wenn Sie sich zum Abonnement des **Kursbuch** entscheiden, kostet das Einzelheft statt DM 8 nur DM 6. Sie erhalten so **4 Hefte zum Preis von 3 Heften.** Und: Wenn Sie ein Abonnement eingehen, können Sie bereits erschienene Hefte zum Abonnementspreis nachbeziehen. Sie sparen also auch bei diesen Heften DM 2.

Neu-Abonnenten erhalten als Morgengabe **eine Tüte voll früherer Kursbogen** (mehrfarbige Kursbuch-Poster), z. B. »Der schmale und der breite Weg«, »Das große Hoffmanns-Comic-Gesellschafts-Spiel«, die »Fahnenkorrektur« oder den »Roman des Romans anhand eines Briefwechsels«.

Abonnieren können Sie das Kursbuch in jeder Buchhandlung. Oder mit diesem Coupon direkt beim Verlag. Wir sorgen dann dafür, daß Sie das Kursbuch regelmäßig durch eine Versandbuchhandlung erhalten - im Jahresabonnement DM 24 für vier Hefte plus Porto.

An den Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. Ich abonniere das Kursbuch ab Nr.:

_____

Bitte schicken Sie mir die folgenden Kursbücher einzeln: _____

_____

_____

☐ Bitte schicken Sie mir regelmäßig Ihren kostenlosen Verlagsalmanach »Das kleine Rotbuch« zu.

III. SOZIALISATION IN DER BUNDESWEHR

1. AUFGABEN UND ZIELE MILITÄRISCHER ERZIEHUNG

"Militärische Erziehung und Ausbildung ist Erziehung für Krieg und Bürgerkrieg. Ihre Formen hängen daher ab von der erwarteten Form der Kriegsführung, vom Stand der Technik der Waffen und Geräte, sowie von der Beschaffenheit der auszubildenden Soldaten. Die Soldaten haben sich nicht nur bestimmte Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse (Ausbildung) anzueignen, sondern darüber hinaus auch bestimmte Haltungen, Vorstellungen und Verhaltensweisen,die insgesamt erst eine effektive Kriegsführung ermöglichen." (1)

Zentrale Bedeutung kommt hierbei nach wie vor dem Gehorsam zu. Auf das Prinzip von Befehl und Gehorsam als die seit jeher tragende Form militärischer Kommunikation kann die Bundeswehr auch unter den gewandelten Bedingungen des Militärs nicht verzichten. Dies nicht nur deshalb, weil im "Ernstfall" die militärische Effektivität von schnellen und einheitlich koordinierten Aktionen abhängt, die eben eine hierarchische Befehlsstruktur voraussetzen, sondern auch, weil eine demokratische Willensbildung der Soldaten über ihr militärisches Handeln nicht mit der Tatsache vereinbar wäre, daß die Interessen, denen die Bundeswehr dient, nicht die Interessen der Soldaten sind. Pointiert läßt sich folgendes sagen: "Aus jemandem einen Soldaten machen, heißt ihn das Gehorchen in alltäglichen Situationen lehren, die das Gehorchen auch dann noch als etwas Alltägliches erscheinen lassen, wenn die Situationen alles andere als alltäglich sind."(2) Es muß allerdings bemerkt werden, daß sich unter heutigen Bedingungen eine militärische Menschen-Führung nicht allein auf Kadavergehorsam alten Stils stützen kann. Dies findet seinen Grund unter anderem darin, daß heute in vielen Teilbereichen Verantwortung an Soldaten der unteren Ebenen übertragen wird, so daß ein selbständiges Denken in abgestecktem Rahmen zugelassen werden muß.Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Bundeswehr als Teil einer sich demokratisch verstehenden Gesellschaft nicht den Eindruck erwecken darf, Untertanenfabrik zu sein. Drittens schließlich ist ein Gehorsam, der nicht allein auf brutaler Unterdrückung, sondern auch auf einer gewissen Zustimmung der Untergebenen beruht, der stabilste, womit sich für die Bundeswehr die Aufgabe einer politischen Bildung oder geistigen Rüstung stellt.

Vom Bundeswehrsoldaten unserer Zeit wird deshalb - als Modifikation des blinden Gehorsams - der "mitdenkende Gehorsam"(3) verlangt, was etwa besagt, daß der Soldat, wenn er bei der Ausführung eines Befehls ins Grübeln gerät, nur das denken soll, was im Sinne des Militärs ist.
Nicht nur aus militärischer, sondern auch aus ziviler Sicht hat die Erziehung des Soldaten ihren Wert, sozusagen als letzter Schliff der

zivilen Erziehung. Insbesondere sind die Unternehmer an Arbeitern interessiert, die Disziplin, Pflichtauffassung und Bereitschaft zur Unterordnung gelernt haben. Wie Untersuchungen ergeben haben (4), bleiben die erzieherischen Bemühungen des Militärs im Großen und Ganzen tatsächlich nicht ohne Wirkung auf das spätere Verhalten im Zivilleben.
Als Illustration eine Äußerung von K.G. Kiesinger: "Ich war vor vierzehn Tagen Gast eines Unternehmers in meiner Heimat, der über allerlei Dinge klagte und mir plötzlich sagte: Die jungen Arbeiter, die aus der Bundeswehr zurückkehren, sind in Ordnung. Das sind prächtige Kerle, und viele von ihnen haben sich in dieser Zeit völlig verwandelt. Nun, wir wollen vorsichtig sein, aber immerhin, ich habe meinen eigenen Sohn in der Bundeswehr gehabt und habe gefunden, daß sie ihm und seinen Freunden gutgetan hat."(5)

2. BEDINGUNGEN UND METHODEN MILITÄRISCHER SOZIALISATION

Der institutionelle Rahmen, innerhalb dessen sich die besonders gewalttätige militärische Sozialisation vollzieht, trägt die Merkmale einer "totalen Institution".(6) Diese zeichnet sich dadurch aus, daß alle Lebensbereiche bis ins Detail reglementiert sind, daß die Beteiligten von der Umwelt isoliert sind und es für sie keine Möglichkeit gibt einfach auseinanderzulaufen.

Kasernierung und Isolierung

Noch bevor er den ersten Anschiß bekommt, muß sich der Rekrut mit einigen einschneidenden Veränderungen in seiner Lebensweise vertraut machen: Er hat sich hinter Kasernenmauern zu begeben, uniforme Kleidung und Haarschnitt anzulegen usw. Die fremde Umgebung, in der er sich aufhalten muß, der Status, der ihm zukommt, kurz: die ganze Lage, die den Hintergrund bildet für seine Verwandlung in einen "richtigen Soldaten", unterscheidet sich erheblich von seinem bisherigen Leben. Dementsprechend groß ist die Unsicherheit, in der er sich befindet.

Verunsicherung und Erzeugung von Strafangst

Diese Unsicherheit wird von den Erziehungspraktiken der Vorgesetzten aufgegriffen und fortgesetzt. Sie ist, zusammen mit der Strafangst, die bei den Rekruten erzeugt wird, die Grundlage dafür, daß die Rekruten ihr Verhalten den gesetzten Normen anpassen. Seine Unsicherheit und Angst drängt den Rekruten in die Haltung des Nur-nicht-auffallen-wollens, bestätigt durch die Erfahrung, daß Vorgesetzte ihre Willkürmaßnahmen gerne gegen solche Kameraden richten, die schon mal irgendwie aufgefallen sind.

Normensystem

Aber auch bei aller Mühe, keinen Fehler zu machen, kommt jeder Rekrut fast zwangsläufig in Konflikt mit dem ungewohnten militärischen Normensystem. "Es zeigt sich nämlich, daß fast jede Situation, in die der Rekrut kommen kann, normiert bzw. normierbar ist. Das heißt, der Rekrut befindet sich in einem Zustand ständiger Kritisierbarkeit. Da-

bei ist der Leistungsanspruch der einzelnen Normen nicht besonders groß; nicht die einzelne Norm stellt an den Rekruten große Anforderungen, sondern die gekoppelte Vielzahl der einzuhaltenden Normen."(7) Durch die Vielzahl der Normen und die Unschärfe vieler davon - man denke an Sauberkeits- und Ordnungsregeln, wo es vom Wohlwollen der Vorgesetzten abhängt, ob sie einen Regelverstoßfeststellen oder nicht - wird die Unsicherheit der Soldaten aufrechterhalten. Das scheint auch der Sinn der Sache zu sein, denn allein mit funktionalen Notwendigkeiten läßt sich die Gesamtheit der Regeln nicht erklären.

Sanktionssystem

Den Normen zugeordnet sind Sanktionen, die sicherstellen sollen, daß die Normen eingehalten werden. Im alltäglichen Gebrauch vorherrschend sind hierbei nicht starke Strafen aufgrund des Disziplinar- oder gar Strafrechts, sondern schwächere Strafen, wie zusätzliche Sonderaufträge oder einfach nur Schimpfen und Brüllen ohne weitere Folgen. Von Bedeutung ist auch die Versagung von Gewohnheitsrechten wie z.B. Wochenendbefreiung. Die Angst, zur Strafe am Wochenende in der Kaserne bleiben zu müssen, gewährleistet mit am wirkungsvollsten die Anpassung der Soldaten. An diesem Beispiel läßt sich auch gut ermessen, welche verhaltenssteuernde Wirkung positiven Sanktionen zukommen kann. Positive Sanktionen sind z.B. Loben, Dienstbefreiung oder Beförderung. Auch die Praxis mancher Vorgesetzter, sich mit ihren Untergebenen möglichst kollegial zu stellen, kann von ihrer Wirkung her vielleicht hierzu gerechnet werden. Es ist die Furcht, die einmal gewonnenen Vergünstigungen zu verlieren, die zu einem vermeintlich freiwilligen Einhalten derNormen führt.
Oft richten sich Strafdrohungen nicht gegen Einzelne, sondern gegen ganze Gruppen. Es ist dann nicht mehr Privatsache des Einzelnen aus der Gruppe, wie er sich verhält. Das Interesse der Gruppe, Bestrafungen aus dem Weg zu gehen, führt zu einem zusätzlichen Anpassungsdruck für den Einzelnen. Eine Wirkung dieses Mechanismus ist es auch, daß die Aggressionen der Soldaten vom Vorgesetzten weg auf den jeweiligen Schwächsten der Gruppe gelenkt werden.

Legitimationen, Ideologien und politisches Bewußtsein

Insoweit Soldaten sich fragen, was der Sinn der ganzen Sache sei, muß das Militär sich bemühen, Antworten zu liefern. Dies kann dadurch geschehen, daß dem Angezweifelten ein Wert an sich zugesprochen wird, ein Verfahren, das sich besonders bei den sog. soldatischen Tugenden anbietet.
Einige der Verhaltensweisen, die vom Soldaten verlangt werden, wie z.B. Ordnung und Sauberkeit halten, sich unterordnen, werden zu natürlichen Urbedürfnissen des Menschen erklärt und damit legitimiert. Militärische Organisationsprinzipien wie das Prinzip von Befehl und Gehorsam lassen sich legitimieren, indem man nachzuweisen versucht, daß sie im Grund genommen, wenn auch abgeschwächt, jedem Gemeinwesen zugrundeliegen.
Ansonsten werden übergeordnete Werte zur Rechtfertigung herangezogen. Die dafür zuständige Institution ist der Staatsbürgerliche Unterricht. Wenn auch nicht vorgeblich, so doch faktisch ist es seine Aufgabe, die Kampfbereitschaft der Soldaten zu erhöhen, indem ihnen nahegebracht wird, wofür sie kämpfen. Die Ordnung, die verteidigt werden

Joachim Möller: Z 4

rote blocks
fenster neben fenster

leben
aufgeteilt in stuben
und in gruppen

einheit
gleichheit
stumpfsinn

verzweifeltes bemühen
um das eigene ich
vierte rotte drittes glied
nur nicht denken

einsatz
freude
vaterland

soll, wird so dargestellt, daß sie verteidigenswert erscheint. Neben dieser positiven Darstellung der eigenen Gesellschaft gibt es nach wie vor die Methode, die "andere Seite" als besonders unmenschlich und widerwärtig zu beschreiben. Wenn auch die Zeichnung übertriebener Feindbilder im Zuge der Entspannungspolitik in den Hintergrund gerückt ist (8), so ist die Verwendung von Freund-Feind-Schemata unverzichtbares Element militaristischer Erziehung. Auch außerhalb des politischen Unterrichts, im alltäglichen Dienstbetrieb, auf den Klimaveränderungen in der Außenpolitik weniger Einfluß haben, finden sich immer wieder Situationen, in denen Freund-Feind-Denken eingeübt wird. Überhaupt leistet neben dem staatsbürgerlichen Unterricht der alltägliche Dienstbetrieb einiges zur Vermittlung und Stärkung politisch gewünschten Denkens und Verhaltens. Er ist politisch keineswegs neutral. Die Beeinflussung trifft hier aber weniger Bewußtseinsinhalte. Autoritäre Denkmuster, die bereits durch die zivile Sozialisation angelegt sind, werden gefördert und geübt, allein durch das 15-monatige Leben in einem autoritär strukturierten Sozialgefüge.

Kameradschaft

Der Kameradschaft - eine der sonderbarsten Erscheinungen des Militärs - kommt große Bedeutung für die militärische Sozialisation zu. Zuallererst ist es wohl die allen gemeinsame Mißhandlung, die Erfahrung, einen gemeinsamen Gegner zu haben,die unter den Soldaten die Subkultur der Kameradschaft entstehen läßt. Die Kameradschaft bietet dem Einzelnen die psychische Stabilisierung, die er wegen der ständigen Angriffe auf sein Selbstwertgefühl benötigt. Gerade die Wichtigkeit der Gruppe für den Einzelnen aber eröffnet dem Militär die Möglichkeit, die Kameradschaft für sich zu funktionalisieren.
Die schon in Ansätzen vorhandene Identifizierung des Einzelnen mit der Gruppe wird verstärkt, indem die Gruppe als der eigentliche militärische Leistungsträger herausgestellt wird, wohingegen der Einzelne ziemlich wenig zu gelten hat. Neben der Initiierung von Kontroll- und Sanktionsvorgängen innerhalb der Gruppe - wie oben erwähnt - ergeben sich damit für das Militär weitere Perspektiven aus der Gruppenintegration: "Das Individuum wird zerstört, um die Gruppe leistungsfähig zu machen. Die durch den dauernden Zwang in den Rekruten erzeugten Aggressionen gegen die Ausbilder werden umgelenkt auf andere Gruppen und zur Leistungssteigerung nutzbar gemacht, indem die härtesten militärischen Übungen, z.B. Eilmärsche, wettbewerbsmäßig durchgeführt werden. Im übrigen aber werden diese Aggressionen durch den Aufbau eines politischen Freund-Feind-Bildes militärisch, politisch und ökonomisch verwertet." (9)

Der offiziellen Propagierung der Kameradschaft stehen aber immer wieder Umstände entgegen, die gerade den Egoismus der Soldaten fördern, indem nämlich selbstloses, solidarisches Verhalten Schwierigkeiten nach sich zieht.(10) Möglicherweise sind es gar nicht einmal so wenige Soldaten, die das vielzitierte "Erlebnis der Kameradschaft" überhaupt nicht erfahren haben, jedenfalls nicht so, daß sie gerne daran zurückdenken. Soviel kann jedenfalls gesagt werden: Kameradschaftliches Verhalten ist in der Bundeswehr nur in dem Maße erwünscht, als es der militärischen Effizienz dient.

Ein Phänomen des Militärs, das in der Kameradschaft eine besondere Ausprägung erhält, ist seine Abschottung gegenüber dem Weiblichen. Die reale Aussperrung der Frauen aus dem Militär wird begleitet von einer Ächtung "weiblicher " Eigenschaften. Diese Ächtung des Weiblichen, die identisch ist mit der ausschließlichen Anerkennung "männlicher" Eigenschaften für den Soldaten, trifft man schon als Zivilist in der Bundeswehrwerbung an, die die Tätigkeit des Soldaten als reine Männersache schildert ("Kein Job für Stubenhocker", "Eine Aufgabe für Männer", "Harte Brocken", "Nichts für Mammis Liebling" usw.). Sie setzt sich fort im militärischen Alltag, wo den Rekruten als Lohn für monatelange Bevormundung die Aufnahme in den Kreis der harten Männer winkt. Und sie wird insbesondere wirksam in den Kameradengruppen, als Bestandteil des dort reproduzierten elitären Männlichkeitsbewußtseins. Die dort vorfindbare Männerbündelei, die allgemein als Folge einer patriarchalischen, nach Geschlechtern differenzierten Erziehung betrachtet werden kann und die es insofern auch außerhalb des Militärs gibt (z.B. Fußballverein, Burschenschaft), bekommt im Militär zusätzliche Nahrung dadurch, daß hier die Möglichkeiten sexueller Entfaltung erheblich eingeschränkter sind als sonst. Noch mehr als die bürgerliche Gesellschaft allgemein stützt sich eine autoritäre Einrichtung wie das Militär auf die Unterdrückung (Verkrüppelung, Umlenkung) von Sexualität(11). In der Kameradschaft findet diese unterdrückte Sexualität ihren widersprüchlichen Ausdruck. Menschenfreundliche Anteile wie gegenseitige Rücksichtnahme und Hilfe, Schutz vor den Anfechtungen des militärischen Alltags - dies auch als Ansatzpunkte zur Entwicklung von antimilitaristischer Solidarität - gehen einher mit der Ächtung "weiblicher"Verhaltensweisen, der Tabuisierung homosexueller Neigungen bei gleichzeitiger Pflege von derben Männer-Ritualen, in denen die unterdrückte Sexualität auf verrückte Art zutage tritt.(12)

Psychische Auswirkungen des Militärdienstes

Die Auswirkungen des Militärdienstes auf die Psyche und die Persönlichkeit des Soldaten sind beträchtlich. Dies läßt sich schon auf Grund der abstrakten Analyse des "Erziehungsziels Soldat" vermuten, wird aber auch bestätigt sowohl durch empirisch-statistische Studien als auch - noch überzeugender - durch persönliche Schilderungen von Soldaten.
Das psychische Elend in den Kasernen zeigt sich am augenfälligsten im Alkoholismus. Der hohe Verbrauch von Alkohol (und anderen Drogen) durch Soldaten ist derart unübersehbar, daß er selbst von offiziellen Stellen nicht bestritten wird. Statt dessen wird versucht, diesen Mißstand mit dem hohen Maß an Geselligkeit in der Armee zu erklären, die zum Trinken animiere. Zutreffender ist wohl, daß der Alkoholismus eine Antwort auf die Unmenschlichkeit und Sinnlosigkeit des militärischen Lebens darstellt, daß durch den Alkohol versucht wird, sich von diesen Zuständen wenigstens für einige Stunden zu entfernen.
Militär-offizielle Äußerungen über die Wirkungen des Militärdienstes auf die seelische Verfassung des Soldaten laufen in der Regel darauf hinaus, eine seelisch stabilisierende Wirkung des Dienstes zu behaupten - eine moderne Version der Auffassung, daß das soldatische Leben der Natur des Menschen am ehesten entspreche. Neben unzähligen persönlichen Erfahrungen sprechen auch wissenschaftliche Erhebungen dagegen: Eine medizinische Dissertation kam u.a. zu dem Ergebnis, daß

freiwillige, sich länger verpflichtende Soldaten relativ hoch zu neurotischem Verhalten tendieren.(13) In einer anderen Untersuchung wurden aktualisierende, auslösende und verschlechternde Einflüsse des militärischen Milieus zu psychischen Störungen nachgewiesen, während stabilisierende Wirkungen kaum festgestellt werden konnten.(14) Angesichts all dessen kann die oft vertretene Meinung, der Militärdienst habe noch nie jemandem geschadet, als Ausdruck einer besonders gut gelungenen militaristischen Erziehung interpretiert werden.

3. INNERE FÜHRUNG

Die Aufgabe, das Verhalten und auch das Denken der Soldaten mit den militärischen Interessen in Einklang zu bringen, wird in der Bundeswehr als eine Aufgabe der "Inneren Führung" bestimmt. Es ist für ein Verstehen der Sozialisationsinstanz Bundeswehr vielleicht hilfreich, die mit diesem Begriff verbundenen unterschiedlichen Vorstellungen und Tendenzen in der Geschichte der Bundeswehr grob zu skizzieren. Der Begriff "Innere Führung" kann zunächst wie folgt umrissen werden: Sie ist die Gesamtheit "aller geschriebenen und ungeschriebenen Vorschriften und Regeln der Streitkräfte, nach denen sie ihr inner-organisatorisches Selbstverständnis und Verhalten und ihre Beziehungen zur zivilen Außenwelt definieren."(15)
Was das Verständnis von "Innerer Führung" anbelangt, lassen sich grob zwei in der Bundeswehr vertretene militärideologische Richtungen unterscheiden: Die "Reformer", die die Bundeswehr an demokratische Strukturen der Zivilgesellschaft, wo es möglich ist, angleichen und ihren militärischen Auftrag auch ausschließlich von dort her begründen wollen ("Verteidigung der Demokratie"), und die "Traditionalisten", die althergebrachte soldatische Tugenden, Rituale und Verständigungsformen weiterhin oder wieder eingesetzt sehen wollen, dem Soldatischen einen Wert an sich zusprechen und sich gegen eine Abhängigkeit von den Ansprüchen der Zivilgesellschaft sträuben.
Gemessen an der zahlenmäßigen Stärke der Vertreter dieser beiden Richtungen bei den Offizieren der Bundeswehr befanden sich die "Reformer" seit Bestehen der Bundeswehr im Hintertreffen. Dennoch wurde ihr Konzept im Wesentlichen das offiziell gültige der Bundeswehr. Dies ist wohl daraus erklärlich, daß die Bundeswehr gegenüber der unmittelbar nach der Remilitarisierung noch breiten militärkritischen Öffentlichkeit beweisen mußte, wie eng sie sich der neuen Demokratie verbunden fühlte.

Charakteristisch für die weitere Geschichte des reformerischen Konzepts ist, daß es nach außen hin gefeiert und sich zu ihm bekannt wird, während innerhalb der Armee jene Normen und Werte dominieren, die sich vom überlieferten Bild des Soldaten herleiten, und die Praxis in der Armee auch dementsprechend aussieht. So sind das öffentliche Auftreten charmanter Jugendoffiziere, die vom "Staatsbürger in Uniform" reden - und wahrscheinlich auch daran glauben - einerseits, und der dieses Wort als Trugbild enthüllende Alltag in der Kaserne andererseits gleichzeitig anzutreffen, und zwar weniger als Ausdruck widerstreitender Tendenzen in der Bundeswehr, denn als zwei Seiten ein und derselben Medaille.
Die Kritik von rechts an der reformerischen Inneren Führung ist seit den 60er Jahren immer deutlicher und folgenreicher geworden. Auge-

sichts der aktuellen Krise des politischen und wirtschaftlichen Systems stößt eine Verwirklichung reformerischer Ansätze heute auf zusätzliche Schwierigkeiten. Zudem scheint ein autoritärer Führungsstil sowohl der heute unter großen Teilen der Jugendlichen verbreiteten Konformität als auch der Radikalisierung anderer Teile am angemessensten zu sein.

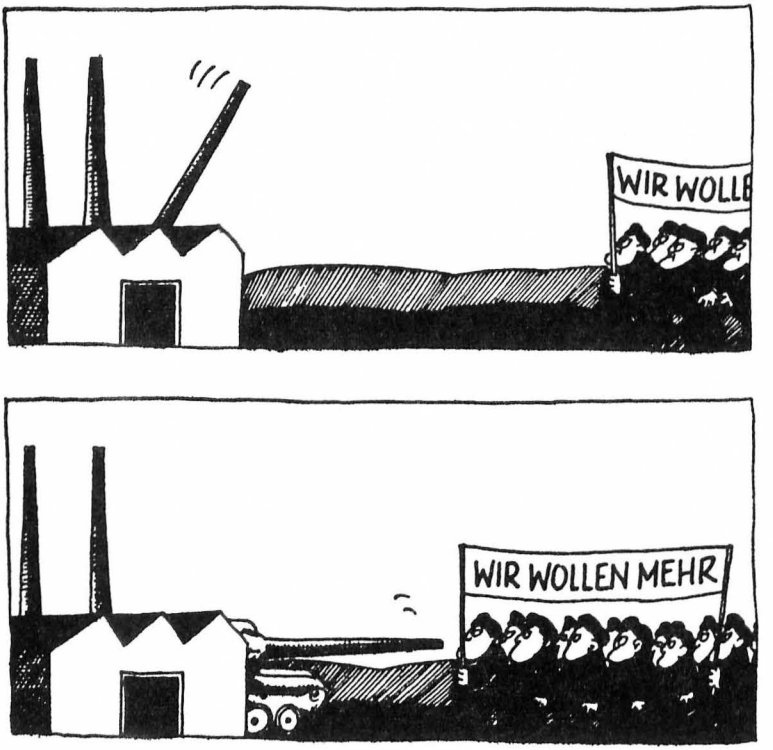
ANMERKUNGEN

(1) Johannes Schulz: Erziehung zum Untertan, in: Haug/Maessen (Hrsg.): Kriegsdienstverweigerer: Gegen die Militarisierung der Gesellschaft, Frankfurt 1971, S. 39
(2) Hubert Treiber: Wie man Soldaten macht, Düsseldorf 1973, S.101
(3) nachzulesen z.B. im Weißbuch 1975/76 S. 150
(4) vgl. Schulz, a.a.O. S. 38
(5) zitiert nach Haug/Maessen, a.a.O. S. 164
(6) vg. H. Treiber, a.a.O., S. 65. Treiber stützt sich auf E. Goffman: Asylums, New York 1961
(7) Treiber, a.a.O., S. 43. Nach Treiber wird dieser Sachverhalt als "Normenfalle" bezeichnet.
(8) vgl. Wilfried Manke: Sozialisation in der Bundeswehr als politische Normierung, in: Albrecht u.a. (Hrsg.): Anti-Wehrkunde, Darmstadt 1975, S. 226
(9) Schulz, a.a.O., S. 35
(10) Vgl. die Schilderungen von Hans-Martin Sänger: Ein Tag im Leben des Soldaten S., Frankfurt 1976, besonders S. 16
(11) vgl. zu diesem ganzen Komplex: Klaus Theweleit; Männerphantasien, Frankfurt 1977/78
(12) Der Wehrbeauftragte des Bundestags berichtet in seinem Jahresbericht 1977 (S. 4) von folgendem Ereignis, das in der Bundeswehr sicherlich keine Ausnahme ist: "Nach Alkoholgenuß schwärzten Kameraden einem neu zuversetzten Kameraden, der bereits im Bett gelegen hatte, das Gesäß mit Schuhcreme.Es kam dabei zu Handgreiflichkeiten, bei denen sich der betroffene Soldat wehrte und aus dem Bett fiel, so daß er zunächst zumindest benommen war. Diese Unsitte, Neuankömmlingen das Gesäß zu färben,bestand in jener Einheit offensichtlich bereits seit längerer Zeit. Sie wurde erneut energisch verboten. Die an der tätlichen Auseinandersetzung beteiligten Soldaten wurden vom Kompaniechef verwarnt."
(13) Hans Jäger: Der Einfluß des militärischen Vorgesetzten auf die Auslösung von Neurosen bei Soldaten, München (TU), Diss.med., 1974, S. 87
(14) Martin Brandt: Wehrdienst und psychische Störungen, Diss.med., Heidelberg, 1971, S. 81. Vgl. auch H. Scheurecker, Die Gruppe als Auslösefaktor für Neurosen bei Soldaten, Diss.med. München 1974
(15) Wilfried von Bredow: Die unbewältigte Bundeswehr, Frankfurt 1973, S. 52

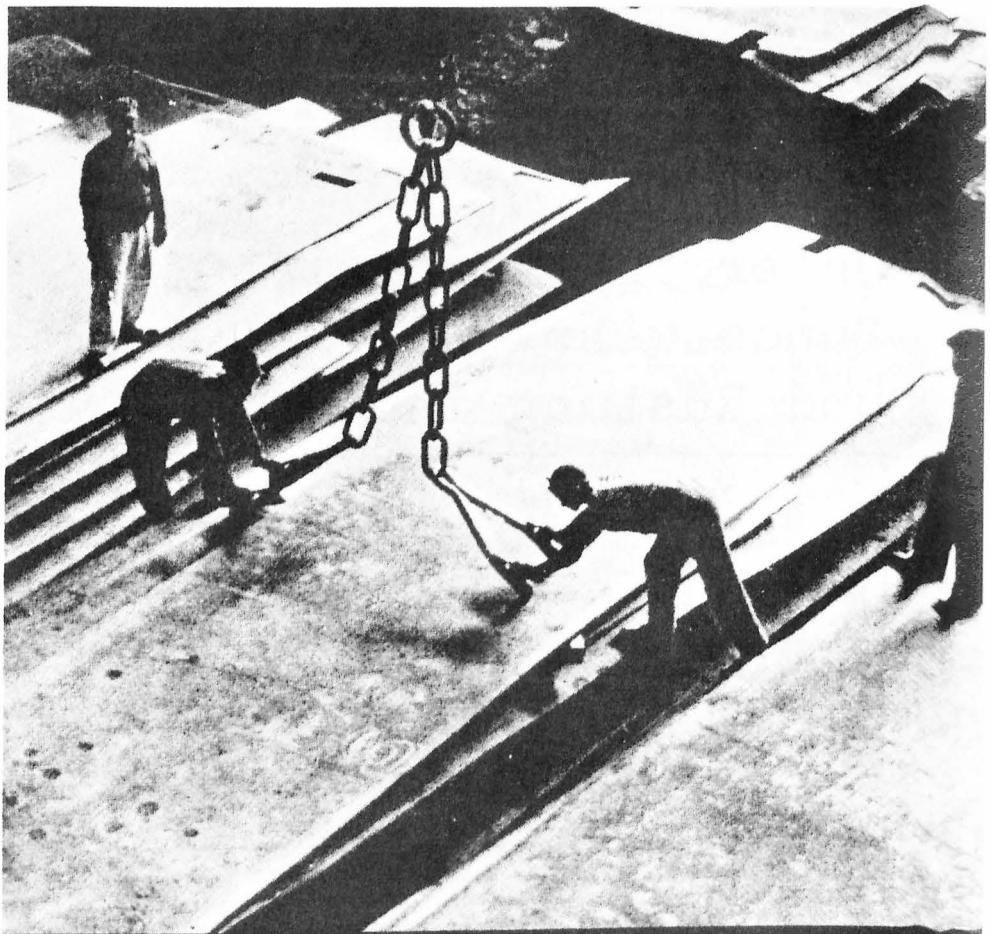
REIHE ROTER PAUKER, Heft 9

Materialien zur Unterrichtspraxis

Unterrichtseinheit: Bundeswehr und Rüstung in der BRD



Preis Fünf Mark



„Was macht ihr, Brüder?" — „Einen Eisenwagen."
„Und was aus diesen Platten dicht daneben?"
„Geschosse, die durch Eisenwände schlagen."
„Und warum all das, Brüder?" — „Um zu leben."

IV. DER ANTIMILITARISTISCHE KAMPF IN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG
– Zur Entwicklung programmatischer Positionen –

VORBEMERKUNG

Der folgende Artikel versucht, einen Überblick über die historische Entwicklung antimilitaristischer Positionen in der deutschen Arbeiterbewegung zu geben. Die Aktualität dieses Themas mag nicht unmittelbar einleuchten, ebenso wie die Notwendigkeit antimilitaristischer Arbeit heute nur von wenigen gesehen wird.
Die Auseinandersetzung mit der Geschichte kann eine Bestimmung unserer heutigen Theorie und Praxis auch und gerade in Bezug auf die antimilitiaristische Arbeit nicht ersetzen, historische Kenntnisse können uns diese Bestimmung jedoch erleichtern, gelegentlich auch Mut zu den eigenen Anstrengungen machen.
Wenn eine sogenannte "Lehre" aus der historischen Entwicklung antimilitaristischer Positionen gezogen werden kann, besteht sie zusammengefaßt darin, daß über den Verlust des Verständnisses der bestehenden Gesellschaft als Klassengesellschaft auch die Möglichkeit verloren ging und geht, den "Gang der Geschichte" im Sinne einer "friedvollen" - sowohl nach innen wie nach außen - emanzipativen Entwicklung zu beeinflussen.
Es kann sich für uns nicht darum handeln, "Schuldige" für eine geschichtliche Entwicklung zu suchen, "die Parteiführung" der SPD etc. zu entlarven, genausowenig wie wir uns nicht mit jeder "linken" Positionen identifizieren. Sehr wohl aber geht es darum, die Entwicklung politischer Vorstellungen herauszuarbeiten, die eine Grundlage für die praktische Politik bildeten, deren innere Logik und Hilflosigkeit bei der Verhinderung von Krieg -unabhängig vom Wollen.
Unser Artikel konzentriert sich auf die Programmatik der wichtigsten Organisationen der Arbeiterbewegung. Nur am Rande konnte der Zusammenhang zu den Klassenkämpfen, zur sozialen und ökonomischen Entwicklung der behandelten Zeiträume dargestellt werden. Dieser "Mangel" kann nur in weiteren Arbeiten aufgehoben werden, der reale geschichtliche Verlauf der uns hier beschäftigenden Frage ist selbst nur unzureichend aufgearbeitet.
Mit diesem Beitrag wollen wir auch den Versuch unternehmen, den geschichtlichen Hintergrund eigener antimilitaristischer Arbeit in die Diskussion einzubringen.

1. VON 1848 BIS ZUM I. WELTKRIEG

Im Zentrum der antimilitaristischen Arbeit der Arbeiterbewegung nach 1848 steht die Forderung nach Abschaffung des fürstlichen stehenden Heeres und die Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung. Schon der 'Bund der Kommunisten' hatte 1848 diese Forderung gegen die feudale Staatsmacht erhoben. F.Lassalle tritt 1862 für ein Volksheer ein,

dessen Struktur den Einfluß militärischen Kastengeistes über eine verkürzte Dienstzeit, die Wahl der Offiziere bis zum Major und den Abbau der militärischen Sondergerichtsbarkeit - im Verbund mit dem verstärkten Ausbau von Bürgerwehren - vermindern sollte. Dieselben Entwicklungen vollziehen sich in der internationalen Arbeiterbewegung. Die "Internationale Arbeiter Assoziation" fordert 1866 die allgemeine Volksbewaffnung. Die Begründung, die hinter diesen Forderungen steht, formuliert Engels 1865:

"Je mehr Arbeiter in den Waffen geübt werden, desto besser. Die allgemeine Wehrpflicht ist die notwendige Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts, sie setzt die Stimmenden in den Stand, ihre Beschlüsse gegen alle Staatsstreichversuche mit den Waffen in der Hand durchzusetzen." (1)

Die Zielrichtung dieser Forderungen ist eindeutig bürgerlich-republikanisch. "Gleiches Recht für alle", in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen; in Bezug auf die Armee bedeutete dies u. a. Abbau von Standesprivilegien. Engels und die frühe deutsche Sozialdemokratie sahen die Gleichberechtigung in der Wehrfrage als eine entscheidende Voraussetzung für die proletarische Revolution an. Daß die Forderung nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht der Logik der Entwicklung des bürgerlichen Militärwesens entsprach, unterstützte ihre Position, da sie davon ausgingen, daß die Massenbewaffnung als Konsequenz des modernen Militärwesens umschlagen und die Maschine unbrauchbar werden könne. Ferner unterstellten sie, ein Volksheer sei unbrauchbar für eine aggressive Militärpolitik, d.h. als Angriffsinstrument nicht geeignet.

"Der Militarismus geht unter an der Dialektik seiner eigenen Entwicklung" (2)

Die Ablehnung des stehenden Heeres war in der Sozialdemokratie einhellig. Sie wurde insbesondere festgemacht an den hohen Kosten und der mangelnden Effizienz, der Erziehung zum Kadavergehorsam und Untertanengeist im bestehenden Militär und der kastenmäßigen Abgeschlossenheit des reaktionären Offizierskorps und damit der"Trennung der Armee vom Volke". (3) Entsprechend dieser Kritik wurde die

"Demokratisierung der stehenden Heere und ihre Umwandlung in eine milizartige Volkswehr für einen entscheidenden Schritt hin zu einer freien, einigen und unteilbaren deutschen Republik" (4)

angesehen. Die Forderung nach der Volkswehr wurde 1869 auf dem Gründungsparteitag der SPD in Eisenach in das Programm aufgenommen.

Auch in der jungen deutschen Gewerkschaftsbewegung entwickelte sich frühzeitig eine antimilitaristische Haltung. Das Militär war in Streikkämpfen, z.B. dem Hafenarbeiterstreik 1896/97 in Hamburg oder dem Bergarbeiterstreik in Mansfeld, oft der direkte Gegener. Schon aufgrund dieser Tatsache war der antimilitaristische Kampf notwendiger Bestandteil gewerkschaftlichen Ringens.

Die von der Sozialdemokratie ins Zentrum des antimilitaristischen Kampfes gerückte Milizforderung wurde in der weiteren Entwicklung der Arbeiterbewegung verschieden interpretiert. An ihrer konkreten Bestimmung läßt sich in den folgenden Jahren die gewandelte Rolle der Sozialdemokratie ablesen. Die der SPD zugefallene historische Funktion,

ihr Doppelcharakter als erste Form einer sozialistischen Arbeiterbewegung, die gleichzeitig antimonarchistisch-bürgerliche Opposition war, prägte auch ihre Militärpolitik.
Getreu ihren Prinzipien, der Ablehnung des herrschenden Militärs und des stehenden Heeres als Expansionsinstrument monarchistischer Systeme und als Waffe in sozialen Konflikten, lehnte die SPD Gebietsansprüche nach dem deutsch-französichen Krieg 1870/71 ab, verlangte die Bestrafung der Schuldigen, insbesondere die Bonapartes, und verweigerte 1871 ebenso wie 1877 die Zustimmung zum Militärbudget. em herrschenden Militarismus als Ausdruck des bestehenden Gesellschaftssystems sollte "jeder Mann und jeder Groschen" verweigert werden.

Wenngleich sich der Kampf der Sozialdemokratie stets in den Parolen einer prinzipiellen proletarisch-sozialistischen Ablehnung des bürgerlichen Militärs bewegte, lief er unter der Hand - und schließlich immer offener - auf die Begrenzung auf spezifisch deutsche Verhältnisse hinaus. D.h. auf den Kampf gegen ein junkerlich-bourgeoises System und seinen "kriegslüsternen Militärapparat" als eine besondere geschichtliche Form der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Militärorganisation.
Zwar wurde der politische Anspruch der grundsätzlichen Opposition gegen die kapitalistische Gesellschaft und den ihr eigenen Militärapparat immer wieder formuliert, die konkrete Politik beschränkte sich jedoch auf die Demokratisierung des bestehenden (Staates und seines) Militärs.
Diese Ambivalenz läßt sich auch bei der von der SPD beeinflußten II. Internationale feststellen. So bezeichnete der Pariser Kongreß 1889 "die stehenden Heere als den militärischen Ausdruck des monarchistischen oder oligarchisch-kapitalistischen Regimes, als ein Werkzeug für reaktionäre Staatsstreiche und soziale Unterdrückung und forderte ihre Ablösung durch die allgemeine Volksbewaffnung."(5) Zugleich sieht der Kongreß "den Krieg als ein unvermeidliches Produkt des Kapitalismus an und begründet die Notwendigkeit seiner endgültigen Überwindung durch den Kampf der Arbeiterklasse."(6)

In diesem Sinne lehnte die Sozialdemokratie bürgerliche Friedensschwärmereien ab, weil sie in ihrer Analyse die Unmöglichkeit des Friedens in der kapitalistischen Gesellschaft sah. Die Forderung nach Volksbewaffnung, die die Form eines Milizsystems haben sollte, reduzierte sich jedoch zusehends auf die Forderung nach einer Reform des bestehenden Heeres, auf dessen Demokratisierung. Bei der Milizforderung wurde im übrigen davon ausgegangen, daß sie eher propagandistisch zu verstehen sei, da sie auf dem Boden der heutigen Gesellschaft nicht verwirklicht werden könnte. Welche klassenmäßigen Bedingungen für die Einführung des Milizsystems notwendig seien - ob unter "heutiger Gesellschaft" das monarchistische Deutschland zu verstehen sei oder die bürgerliche Gesellschaft allgemein - wurde zusehends unklarer. Dies insbesondere, da das Vorbild des zu schaffenden Militärsystems die Schweizer Miliz sein sollte, eine parteioffizielle Abgrenzung von der bürgerlichen Milizvariante à la Schweiz jedoch nicht erfolgte.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts muß es schon als sehr fraglich angesehen werden, ob die SPD noch der Auffassung Engels folgte, der 1868 festgestellt hatte, *"daß erst eine kommunistisch eingerichtete*

und erzogene Gesellschaft sich dem Milizsystem 'sehr nähern' kann, solange das Proletariat die Macht noch nicht ergreifen konnte, mußte das Ziel der proletarischen Militärpolitik sein, die allgemeine Wehrpflicht konsequent durchzuführen, sie für die Waffenübung der Arbeiterklasse auszunutzen und die stehende Armee möglichst weitgehend zu demokratisieren."(7)

Wie oben dargestellt, waren die Sozialdemokraten weit davon entfernt, Militär grundsätzlich abzulehnen. Solange es Klassengesellschaften und Nationen gebe, formulierte Bebel 1889, solange sei eine militärische Organisation nötig, aber sie müsse verallgemeinert und demokratisiert werden. Wenn die Entscheidung des Volkes demokratisch (über die Volksvertretung) über Krieg und Frieden befindet, wenn das Volk die Waffenmacht hat, dann gebe es keine Eroberungskriege mehr, denn das Volk wolle den Frieden.(8) Falls jedoch "der vaterländische Boden angegriffen würde, müsse auch die Arbeiterklasse die Muskete schultern".(9)

Mit dem Bekenntnis zur Landesverteidigung begab sich die Sozialdemokratie in den Gegensatz zu ihrem internationalistischen, klassenmäßig begründeten Anspruch; gleichzeitig wurde hiermit "Realpolitik" möglich. Schon um 1890 häufen sich Erklärungen der "vaterlandslosen Gesellen", daß das Vaterland gegen einen Angriff zu verteidigensei. Notwendigerweise veränderte sich damit auch die zunächst prinzipielle Haltung gegen das stehende Heer, das ja das vorfindliche Instrument der Landesverteidigung war.

Nach Bebel (1889) war bereits die existierende stehende Armee durch allgemeine Wehrpflicht zur Volksarmee geworden, nun gelte es vor allem, die Dienstzeit zu verringern, militärisches Brimborium abzuschaffen etc. Zahlreiche Vorteile wurden am bürgerlich-demokratischen Volksheer "entdeckt"; neben seiner vermeintlichen Untauglichkeit für Angriffskriege v.a.seine größere militärische Effizienz. Der Verlust eines klassenbezogenen Maßstabs in der Haltung zu Militär und Krieg brachte in der Sozialdemokratie eine sinnlose Auseinandersetzung über die Unterscheidung in Verteidigungs- und Angriffskrieg hervor. Während Angriffskriege abzulehnen seien - als expansionistischer Drang des imperialistischen Systems - seien Verteidigungskriege notwendig, um Fremdherrschaft abzuwehren und den fortschrittlichen Stand einer Gesellschaft - damit vor allem den Stand der Entwicklung der Arbeiterorganisationen und der gesamten Arbeiterbewegung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft - zu sichern. Die äußere Gefahr wurde im wesentlichen in der Bedrohung durch das despotische Zarenreich gesehen.(10)

Dieser Position wurde in der Auseinandersetzung entgegengehalten, daß allein die Interessen des proletarischen Emanzipationskampfes bei der Beurteilung eines Krieges maßgeblich seien; in diese Richtung argumentierte z.B. Kautsky auf dem 'Essener Parteitag' von 1907. Die Unterscheidung in Angriffs- und Verteidigungskrieg lenkte von diesem Maßstab lediglich ab bzw. bewies, daß dieser Maßstab verlorengegangen war.

Für die sozialdemokratische Linke um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg war die Haltung zum Krieg und Militär nicht von revolutionsstrategischen Überlegungen zu trennen. Antimilitaristische Arbeit, die Zersetzung des Militarismus, war nach ihrer Auffassung ein notwendiger Beitrag zum Sturz des Imperialismus insgesamt.

In der Vorkriegssozialdemokratie wurden heftige Kontroversen über

die unterschiedlichen Positionen geführt, die insgesamt zu Gunsten des "gemäßigten" Flügels entschieden wurden. Zentrale Fragen waren in diesen Auseinandersetzungen: Die Notwendigkeit einer speziellen antimilitaristischen Agitation, die Frage des Militärstreiks und die Frage des Streiks im Kriegsfalle, wie er von den verschiedenen Kongressen der Sozialistischen Internationale z.B. 1907 in Stuttgart beschlossen wurde.
Im Falle eines imperialistischen Krieges wurde unter bestimmten politischen und sozialen Voraussetzungen von der SPD-Linken der Militärstreik und der Streik im Kriegsfall für die richtige Strategie gehalten. Diese revolutionsstrategischen Vorstellungen waren eng verknüpft mit einer langfristig zu führenden antimilitaristischen Arbeit, die an den Widersprüchen im bestehenden Massenheer anzusetzen habe und das Wesen des Militarismus offenlegen sollte - um der sich entfaltenden proletarischen Bewegung noch innerhalb des Kapitalismus Teilerfolge gegenüber dem äußeren und inneren Militarismus zu ermöglichen. Jede Aufforderung zum Ungehorsam - wie auch die Verweigerung des Militärdienstes - lehnte z.B. Liebknecht ab, weil damit nur die militärzersetzenden Kräfte von der Armee ferngehalten würden. Im Unterschied zur Mehrheitsmeinung in der deutschen Sozialdemokratie wurde im Wesen der monarchistischen Armee und in einer bürgerlichen Armee nur ein gradueller Unterschied gesehen. Aus dieser Einschätzung ergab sich nach 1918 die grundsätzliche Ablehnung - seitens der SPD-Linken - gegenüber der gebildeten bürgerlichen Armee. Liebknecht ging, im Gegensatz z.B. zur optimistischen Haltung Bebels, davon aus, daß nur eine geringe Minderheit der Soldaten reaktionären Befehlen Widerstand entgegensetzen würde. Dem war seiner Ansicht nach dergestalt Rechnung zu tragen, daß die politische Arbeit in der Armee dem Soldaten seine Klassenstellung bewußt zu machen habe und somit das Militär als Instrument der herrschenden Klasse unbrauchbar würde.(11) Die Haltung der Mehrheit zur antimilitaristischen Arbeit in der Armee kann eindrücklich mit einem Zitat illustriert werden. Auf einer Reichstagsrede 1891 gibt Bebel zur Frage des Verhaltens von Sozialdemokraten in der Armee folgenden Rat:

"Hat wirklich von uns jemand Gelegenheit, einem Parteigenossen, der in die Armee eintreten muß (...) einen Rath zu geben, so ist es ganz sicher der: solange du in des Königs Rock steckst (...) halte deinen Mund und laß Dir nicht merken, daß du Sozialdemokrat bist! Das möchte dir schlecht bekommen."(12)

Auf welche Weise die Vorstöße der Linken in der Partei immer wieder abgewürgt wurden, zeigen die Beispiele der Parteikongresse 1905 in Jena, 1906 in Mannheim und der Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart: So wird 1905 der zweite Teil eines Antrags der Parteilinken zurückgewiesen, der dazu auffordert, an Wehrpflichtige Flugblätter etc. zu verteilen, um die zukünftigen Soldaten über ihre Rechte aufzuklären und sie gleichzeitig zu ermutigen, vom sogenannten Beschwerderecht "den ausgiebigsten Gebrauch zu machen."(13) Auf Kritik Bebels, dies bedeute eine unnötige Gefährdung der Genossen - die hierzu in Flugschriften auffordern - wird dieser Teil des Antrags abgelehnt.
Der Versuch Karl Liebknechts 1906, die antimilitaristische Agitation der Partei durch die Bildung einer "Zentralinstanz" eines "antimilitaristischen Ausschusses als eines Generalstabes gegen den Militarismus" zu intensivieren, wird ebenfalls auf Empfehlung von Bebel zurückgewiesen, der diese zusätzliche Arbeit selbstbewußt für über-

flüssig erachtet, da *"in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei (bestehe), die systematischer den Kampf gegen den Militarismus auch im Parlament führt, wie gerade die deutsche Sozialdemokratie."(14)*

In gleicher Weise wird auf dem Internationalen Sozialistenkongreß verfahren, auf dem die SPD eine Antikriegsresolution vorlegt, die die "energische Anwendung aller Mittel" gegen den Krieg fordert, sich aber strikt gegen die Festlegung solcher "energischer" Mittel zur Wehr setzt, wie sie z.B. von einem französischen Genossen, Vaillant, bezeichnet werden, nämlich: Intervention, die öffentliche Aktion, den Generalstreik und die Insurrektion.(15)
Daß auf dem Sozialistenkongreß dennoch der Generalstreik als Mittel zur Verhinderung bzw. Beendigung von Kriegen verabschiedet wird, beeinflußt die praktische Politik der SPD nicht.
Ähnliche Vorgänge geschahen zu anderen Anlässen. Ein Krieg gegen die "russische Barbarei" wurde für unterstützenswert gehalten, vom "Patriotismus des Proletariats" war die Rede und der in die Geschichte (der Arbeiterbewegung) als "Bluthund" eingegangene Noske konnte auf dem Parteitag in Essen 1907 und im Reichstag sogar - im Falle eines Angriffs auf Deutschland - die begeisterte Vaterlandsverteidigung propagieren. Seiner Ansicht nach ging es nicht mehr um die Abschaffung sondern um die Zähmung, Zivilisierung und Demokratisierung des kaiserlichen Heeres.

Der antimilitaristische Kampf - und die entsprechenden Auseinandersetzungen in der SPD - in der deutschen Arbeiterbewegung erreichte mit der Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche einen Höhepunkt und hatte zeitweilig durchaus den Charakter einer Massenbewegung.
Am 1. Mai 1912 fanden in den Großstädten des "Deutschen Reiches" Massenkundgebungen, an denen in großem Maße Frauen beteiligt waren, gegen die weitere Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Rüstung statt - unter den Parolen "Krieg dem Kriege" und "Kampf dem Militarismus".
Bei Ausbruch des ersten Balkankrieges und angesichts der Gefahr, daß sich aus diesem - zunächst regionalen Konflikt - ein Weltkrieg entwickeln könne, demonstrierten am 20. Oktober 1912 ca. 250 000 Menschen in Berlin unter der Losung "Für Frieden und Freiheit". Ähnliches ereignete sich in anderen Städten Deutschlands.
Anfang 1913 wurde die seit 1871 weitgehendste Militärvorlage im Reichstag mit Zustimmung aller bürgerlichen Parteien verabschiedet. Sie sah eine umfangreiche Erweiterung der Rüstung vor, sowie die Erhöhung der Friedensstärke des Heeres von 544 000 auf 660 000 Soldaten.

Das außen- und innenpolitische Klima verschärfte sich im letzten Vorkriegsjahr erheblich. Vor diesem Hintergrund wird am 1. März 1913 gemeinsam von französichen und deutschen Sozialisten ein Manifest gegen die Kriegsvorbereitungen und das Wettrüsten veröffentlicht. Hier heißt es:
"Unter der Fahne der Internationale, die die Freiheit und Unabhängigkeit jeder Nation zur Voraussetzung hat, werden die deutschen und französischen Sozialisten mit steigender Kraft den Kampf fortführen gegen den Militarismus, gegen den länderverwüstenden Krieg, für die gegenseitige Verständigung, für den dauerhaften Völkerfrieden."(16)

Trotz wohlklingender Erklärungen und der massiven antimilitaristischen Haltung der Basis der SPD (17)beschließen die sozialdemokratische Parteiführung und die Reichstagsfraktion der SPD nicht die Militärvorlage der Regierung Behtmann-Hollweg grundsätzlich abzulehnen. Ein entsprechender Beschluß wird vielmehr davon abhängig gemacht, wie die vermehrten Rüstungsanstrengungen finanziert werden sollen. (Vorgeschlagen war eine Aufbringung der zusätzlichen Mittel über die Besteuerung der "Reichen").
Es kam zu erheblicher Kritik aus der Mitgliedschaft, die sowohl auf den grundsätzlichen politischen Charakter der Militärfrage hinwies, wie auch konkrete Reformvorschläge enthielt. Die wichtigsten sollen hier zu Wort kommen:

- Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr
- Verwandlung der Garde in einen normalen Truppenkörper ohne Sonderaufgaben
- Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung der Soldaten
- Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten bei der Beförderung
- Reform des Militärstrafrechts
- Verbot des Einsatzes von Militär in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen (18)

Zusammen mit diesen Reformvorschlägen stand die Milizforderung im Mittelpunkt der antimilitaristischen Agitation der SPD-Linken.
Im Zuge der Militärdebatte stellte sich nun eindeutig heraus, daß die Verwirklichung der Milizforderung mit der Herrschaft der Bourgeoisie unvereinbar ist. Dies bedeutete gleichzeitig eine endgültige Abkehr von der "klassenneutralen" - und damit objektiv bürgerlichen - Milizvorstellung. Aus ihrer Kritik an dem - durch die allgemeine Wehrpflicht gebildeten - Militärsystems des Kaiserreiches entwickelten sie Vorstellungen, wie eine Veränderung des Militärs im Interesse der Lohnabhängigen zu erfolgen habe, die über die oben genannten hinausgingen. Diese waren im wesentlichen

"- *systematische Verkürzung der Militärdienstzeit und Einführung einer Mindestdienstzeit zum Erlernen des Waffengebrauchs, der taktischen Übung und eines organisierten militärischen Handelns;*
- *zielbewußte Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, vor allem durch planmäßige Körpererziehung und vormilitärische Ertüchtigung der Jugend;*
- *Verfügungsgewalt des Reserve- und Landwehrsoldaten über sein Gewehr, die nötige Munition und seine Ausrüstung;*
- *Aufhebung jeder besonderen Militärgerichtsbarkeit;*
- *Wahl der Offiziere und Unteroffiziere durch die Soldaten."(19)*

Mit diesen Forderungen sollte der Klassencharakter des bestehenden Heeres verdeutlicht und aufgebrochen werden, mit seinen inneren Strukturen, die darauf ausgerichtet waren - über sinnlosen Drill etc. - zu disziplinieren, Untertanengeist zu erzeugen und über eine lange Dienstzeit die Wehrpflichtigen von ihren sozialen und politischen Zusammenhängen zu entfremden. Über diese Strukturen sollte in den entscheidenden Situationen der Widerstand der Soldaten soweit verbraucht und gebrochen sein, daß sie sowohl in innen- wie außenpolitischen Konflikten willfähriges Instrument der herrschenden Klasse sein konnten. Genau hier setzten die obigen Forderungen an, das Militär für den "Klassenkampf von oben" auch im Rahmen von Reformen unbrauchbar zu machen bzw. zu neutralisieren und zu einem gewissen Teil

die Verfügung über die Militärgewalt in die eigene Hand zu bekommen. Dies sowohl in der Armee selbst, wie auch im Vorfeld, der geistigen und körperlichen Erziehung der Jugendlichen (20). Gerade *"am Vorabend entscheidender Klassenkämpfe konnte es nicht darum gehen, die allgemeine Wehrpflicht schlechthin zu verurteilen oder ihre Abschaffung zu verlangen. Die Aufgabe des proletarischen Antimilitarismus war es gerade, die allgemeine Wehrpflicht (...) zu erhalten und ihre antidemokratische Hülle zu zerreißen."(21)*

Diese Versuche der Linken, für den Fall eines Kriegs Voraussetzungen zu schaffen, die die Machtpositionen der Arbeiterbewegung verbesserten, gegen den Krieg anzugehen und für eine Revolutionierung der Gesellschaft zu kämpfen (Ausnutzung der Kriegssituation für eine Erhebung), fanden in der parteioffiziellen Politik der SPD keinen positiven Niederschlag. Vor dem Hintergrund der bisherigen Positionen der Mehrheitsfraktion war nun die folgende Entwicklung konsequent und verheerend. Trotz mannigfacher Proteste aus SPD-Ortsvereinen segnete der Parteitag in Jena 1913 die Zustimmung der Fraktion zur Militärvorlage im Reichstag ab. Dies - und nicht erst die 'Augusterklärung 1914' - ist der, nun auch formale, Bruch der SPD in der Frage antimilitaristischer Politik.
Rosa Luxemburg zeichnete das Bild einer opportunistischen schiefen Bahn, auf der die Partei auch weitere entscheidende Zugeständnisse machen würde. Und in der Tat erklärt die größte Partei der damaligen Arbeiterbewegung - und ihr Stolz nach mannigfachen antimilitaristischen Schwüren im Reichstag - am 4. August 1914, drei Tage nach der Kriegserklärung des 'Deutschen Kaiserreiches' an Rußland, ihre Bewilligung der Kriegskredite. Der Pathos, mit dem die Erklärung der SPD im Reichstag abgefaßt ist, kann die reale Hilflosigkeit der Partei gegenüber einer Entwicklung, die auch durch ihr Handeln ermöglicht wurde, nicht verdecken.

"Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französichen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, und denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.
Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite."(22)

Stichwortartig zeigt das bisher Gesagte die politische Entwicklung der SPD inRichtung auf eine reformerische Aussöhnung mit der bürgerlichen Ordnung. Diese berühmt gewordene "Augusterklärung" 1914 ist kein "Umfaller", sondern Ergebnis einer langen Entwicklung. Dem ersten Umfallen folgten weitere. Jede Kriegskreditbewilligung wurde mit zahmen Friedensbekundungen und dem Verlangen nach innenpolitischen Reformen umrahmt. An der Sache änderte sich nichts. Noch auf dem Parteitag von Würzburg 1917 wurde die "Burgfriedenspolitik" für richtig befunden und Jahre später, 1929 von Kautsky mit der Machtlosigkeit der SPD, dem Umfallen der Sozialdemokraten in den romanischen Ländern, dem weltweiten Charakter des Krieges und damit, daß es sich um einen Angriffskrieg Rußlands gehandelt habe, gerechtfertigt. Es war ein Weg ohne Umkehr.

Die der linken SPD nahestehenden oder von ihr repräsentierten Teile der Arbeiterbewegung hingegen kämpften auch im Krieg entsprechend der antimilitaristischen Ziele, die in der Partei nicht durchgesetzt werden konnten. Rosa Luxemburg faßte sie 1914 in einem Gerichtsverfahren gegen sie wie folgt zusammen: Es sei Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie
"mit dem größten Eifer dafür zu wirken, um einen Krieg von Volk zu Volk zu verhindern, der gleichzeitig, weil unter Produzenten, also Brüdern und Bürgern geführte Krieg, als ein Bürgerkrieg anzusehen wäre."(23)

Als Mittel um die Beendigung bzw. Verhinderung von Kriegen zu erreichen, waren, entsprechend den Beschlüssen der sozialistischen Internationale, angesehen: Eine entsprechende Jugenderziehung, Propaganda des Milizsystems, Massenversammlungen, Straßendemonstationen und der Generalstreik im Kriegsfalle.
Die linken Sozialdemokraten beteiligten sich an der 'Zimmerwalder Bewegung der Kriegsgegner' innerhalb der Internationale, propagierten eine möglichst rasche Beendigung des Krieges ohne Eroberungen, die Transformation des imperialistischen Krieges in einen revolutionären Bürgerkrieg und organisierten Antikriegsdemonstrationen und Munitions-

arbeiterstreiks.

Die Militärpolitik der SPD hatte sich mit dieser Entwicklung endgültig in einen bürgerlich-demokratischen - zum "Burgfrieden" mit der herrschenden Klasse bereiten - und in einen proletarisch-revolutionären Flügel gespalten. Das sollte sich auch in der Nachkriegsentwicklung zeigen.

2. WEIMARER REPUBLIK UND FASCHISMUS

Im Herbst 1918 wurde die kaiserliche Regierung durch Matrosenaufstände gestürzt. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen im Verein - und bald in Rivalität - mit der aus Sozialdemokraten gebildeten provisorischen Regierung vorübergehend die Macht. Während sie auf eine weitgehende Umwälzung der alten gesellschaftlichen Ordnung abzielten, paktierte die (mehrheits-)sozialdemokratische Regierung, zur "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung", mit der Militärführung und freiwilligen Söldnerverbänden, sogenannten Freikorps.
Als staatstragende Partei, die in der Weimarer Republik viele ihrer Forderungen als verwirklicht ansah, ging es der SPD nun nicht mehr um die Abschaffung des stehenden Heeres und dessen Ersetzung durch eine Miliz. Die Reichswehr sei dem Reich durch den Versailler-Vertrag aufgezwungen worden, gleichzeitig aber auch durch Putschismus und Schmähungen der Linken, besonders der Kommunisten, von reaktionären Tendenzen bedroht. Es gelte, sie zu verteidigen und zu republikanisieren. Dazu müsse sie "gesäubert" werden, Zivilkommissare seien einzusetzen und Vertrauensmänner zu wählen. Die Mannschaften sollten eine anständige Entlohnung, mehr Bildungsmöglichkeiten und staatsbürgerliche Belehrung erhalten. Mit diesen Maßnahmen sollte die Heranbildung einer "treurepublikanischen Wehrmacht" gewährleistet werden.
Auf internationaler Ebene setzte die SPD auf den Völkerbund, eine kontrollierte Abrüstung durch Verringerung der nationalen Armeen und eine völkerrechtliche Schiedsgerichtsbarkeit.
Im Zuge der Nachkriegsjahre nahm sie noch an manchen Aktionen teil - wie dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch und - ebenfalls 1920 - an einem gemeinsamen Aufruf von ADGB, SPD, USPD und KPD, für einen (vielfach befolgten) Boykott der Waffentransporte für die konterrevolutionären Truppen im russischen Bürgerkrieg.

Erst im Verlauf der Panzerschiffaffäre 1928/29, als sich in der Partei starke antimilitaristische Strömungen mobilisierten, sah sich auch die Führung, entgegen ihrer staatstragenden, landesverteidigenden Rolle, zu einem Antrag gegen den Panzerschiffbau - und in der Folge zu einer längeren Debatte über die Militärfrage - genötigt. Auf dem Parteitag in Magdeburg 1929 wurde die gekennzeichnete Wandlung in der Einstellung der SPD zusammengefaßt. Demnach war "die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Heer an sich stets eine sachlich zustimmende".(24) Jedoch lehnte sie das vorgefundene feudalistische Heeressystem ab und übernahm die liberale Parole nach Volkswehr anstelle des stehenden Heeres.
Ausdrücklich wurde festgehalten, daß diese Parole nie antikapitalistisch gemeint gewesen sei, sondern in einer Reihe mit der Forderung nach freien Bürgerrechten gestanden habe. Heute, in Weimar, im Volksstaat als Übergang zum Sozialismus, gelte es, dessen Organe im sozialisti-

schen Sinne auszubauen und zu demokratisieren. Ohnehin erzwinge die moderne Waffentechnik entsprechende Veränderungen im Militär, dessen Gegensatz zum Volke sinke. Die bloße pazifistische Ablehnung der Armee gehe das Problem isoliert an; es sei besser, im sozialdemokratischen Sinne den Kapitalismus als Gesamtsystem zu bekämpfen. Nicht Abschaffung sondern Umgestaltung der Wehrmacht sei daher das Gebot. Die antimilitaristischen Tendenzen - wie sie z.B. von Karl Liebknecht vertreten seien - wurden als radikalistisch, sektiererisch und primitiv bezeichnet.

Die Argumente der SPD aus der Zeit vor dem I. Weltkrieg fanden in der Weimarer Republik ihre historische Erfüllung. Wieder hieß es, solange es bürgerliche Verhältnisse und Nationalstaaten gebe, sei eine Wehrmacht nötig, insbesondere für den Fall der Verteidigung des Landes gegen einen Angriff eines reaktionären Staates. Sie müsse aber innerlich gezähmt und äußerlich durch Schiedsvereinbarungen und Abrüstungsabkommen gebunden werden. Endgültigen Frieden gebe es erst im Sozialismus. Der sicherste Weg dorthin sei, die Arbeiterklasse und ihr sozialistisches Ziel zu stärken, doch gebe es sinnvolle Etappen auf diesem Wege, wie etwa die Reduzierung des Kriegsmaterials und der Bereitschaftsheere, geistige und moralische Aufrüstung und andere Vereinbarungen. Für Deutschland sei das Problem ohnehin dadurch unerheblich geworden, da es gar nicht mehr als einen Verteidigungskrieg führen könne. Die ganze vorgetragene Auffassung wurde schließlich darauf gestützt, daß in der Sozialdemokratie, auch der Wählerschaft *"weniger die Abneigung gegen eine positive Wehrmachtspolitik als eine und zum Teil berechtigte Erbitterung gegen Erscheinungen innerhalb der Reichswehr"* herrsche.(25)

Teile der Partei kritisierten diese Auffassung jedoch heftig. Sie warfen unter anderem das Problem der Zuspitzung der Klassenfrage im Krieg - des revolutionären Krieges (wie in Frankreich 1795) - auf und bezeichneten die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg als unhaltbar. Gegenüber der Halbheit der mehrheitlich vertretenen Wehrauffassung betonten sie die Klassenfunktion der Reichswehr; im übrigen könne von einem Übergang zum Sozialismus gar nicht die Rede sein.

Im folgenden sollen die"Richtlinien zur Wehrpolitik" seitens der SPD-Mehrheitsfraktion und die oppositionellen Vorschläge kurz dargestellt werden (26)
Die SPD lehnte Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich ab. Konflikte zwischen Staaten sollten über Schiedsgerichte beigelegt werden. Der Völkerbund sollte zum Instrument des Friedens ausgebaut und demokratisiert werden. Regierungen, die es ablehnten, sich Schiedssprüchen zu beugen, war ein entsprechender außenpolitischer Druck angesagt. Die SPD begriff die deutsche Republik als Vorreiterin in der internationalen Abrüstung, forderte jedoch gleichzeitig, daß eine deutsche Abrüstung den wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Bedingungen Rechnung tragen müsse. Aufgabe der "dienenden" Wehrmacht war nach diesen Vorstellungen die Sicherung der Neutralität. Sie *"kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich (...) - als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet."(27)*

Auch nach den Erfahrungen des I. Weltkrieges reduzieren sich die Forderungen der SPD letzlich auf die Formel der 'Demokratisierung des Heeres', den Abbau der Rüstung und die Verpflichtung, sich internationalen Schiedsgerichten zu beugen.
Im weiteren setzte sie sich für eine "Humanisierung" der Kriegsführung, d.h. einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung und ein Verbot der bakteriellen- und Gaskriegführung ein.
Letztlich seien die sozialistischen Forderungen nur durch *"gemeinsame und energische Bestrebungen der organisierten Arbeiter"* durchzusetzen, durch die Aufklärung über die Gefahren der Rüstung und durch *"Erziehung und Unterrichtung im Geiste des Friedens"*, um auch *"die moralische Abrüstung vorzubereiten, und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschende Klasse bis zur Verwirklichung des Sozialismus"*. Und weiter: *"Der Sozialismus ist die Macht, die der Welt den dauernden Frieden bringen wird."(28)*
Wie sich anhand dieser Forderungen zeigt, stehen die Mittel bzw. Reformen, die eingesetzt werden sollen, um den Frieden zu gewährleisten und die Zielperspektive "Sozialismus" im Gegensatz zueinander. Oder anders formuliert: Statt Forderungen zu erheben und Reformen einzuleiten, die geeignet wären, eine Veränderung des Militärs auch unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen möglich zu machen, wird auf das Endziel Sozialismus vertröstet. Vertröstet deshalb, weil unklar bleibt, wie es zu erreichen sei, wie Tagespolitik und Ziel zusammengehören.

Am Vertrauen und der Beschränkung auf Abrüstung, Demokratisierung der Armee und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit als alleinige Mittel gegen Krieg und Militarismus, setzte die Kritik der 'Opposition' an. Dies wird deutlich an den "Vorschlägen für Programmformulierungen zum Wehrproblem":(29)
Ausgehend vom Klassencharakter der bestehenden Gesellschaft und der Funktion ihrer Armee wird grundsätzlich die Abschaffung der Wehrmacht gefordert. Wenn auch hier eine Unterwerfung unter eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit vorgesehen ist, wird doch gleichzeitig betont, daß die Beendigung von Kriegen auch auf anderem Wege anzustreben ist, indem *"die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassengesellschaft auszunutzen"* sei.(30)
In 14 Punkten eines Aktionsprogramms werden *"ohne von dieser prinzipiellen Stellung der Wehrmacht im kapitalistischen Staate abzugehen"* folgende Forderungen gestellt:

"1. Keinerlei Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluß. Parlamentarische Kontrolle der Reichswehr.
2. Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat.
3. Abschaffung der Kriegsflotte.
4. Verbot der Wehrverbände.
5. Änderung des bestehenden Rekrutierungssystems.(...)
6. Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps.
7. Wahl einer Personalvertretung durch die Soldaten zum Schutz ihrer Rechte. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten.
8. Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts.
9. Planmäßige Förderung des Friedensgedankens auf allen Volks- und höheren Schulen.

10. *Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Arbeit und Kapital.*
11. *Parlamentarische Kontrolle aller Verträge der Heeresverwaltung.*
12. *Parlamentarische Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, die zu Kriegszwecken eingesetzt werden können.*
13. *Keine Subventionen aus öffentlichen Mitteln an die Privatindustrie, die zu illegalen Rüstungen mißbraucht werden können. Ablehnung der Zuwendungen für die Luftschiffahrt.*
14. *Beseitigung derjenigen strafgesetzlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen." (31)*

Die Gewerkschaften folgten in ihrer politischen Auffassung der Militärfrage im wesentlichen der SPD, hatten sie doch - in der seit der Jahrhundertwende bestehenden Arbeitsteilung - der SPD die politische Klassenvertretung zugesprochen. Ähnlich wie die Partei, betrachteten auch sie die Weimarer Republik als ihren Staat; insbesondere versuchten sie, ihre 1918 erstmals gewonnene volle Koalitions- und Bewegungsfreiheit auszuschöpfen.
Neben der Beteiligung von Gewerkschaftern an der Rätebewegung versuchte die Gewerkschaftsbewegung insgesamt die zurückflutenden Soldaten zu integrieren: *"Um die zurückkehrenden Kriegsgefangenen sofort wieder mit den Gewerkschaften in Verbindung zu bringen, wird vom Vorstand die Verbreitung einer besonderen Propagandaschrift für die Kriegsgefangenen in den Durchgangslagern empfohlen."(32)*
1920 waren die Gewerkschaften die treibende Kraft in der Niederwerfung des Kapp-Putsches; z.T. wurde ein bewaffneter Generalstreik durchgeführt. Da sie sich auch z.B.im Ruhrbergarbeiterstreik, im Berliner-Generalstreik und in den Kämpfen um die Münchener Räterepublik konterrevolutionären Militärformationen gegenübersahen, war eine Hauptforderung 1920,die nach 'Bestrafung und Auflösung der Putschistenverbände' und ihre *"Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten."(33)*
Außerdem forderten die Gewerkschaften die Aufhebung des Belagerungszustandes und bekräftigten ihre Bereitschaft, *"die Reaktion zu Boden zu werfen."(34)*
1912 traten die ostpreußischen Arbeiter in den Generalstreik gegen die chauvinistische Tannenbergfeier. Der Kapp-Putsch und andere reaktionäre Militäraktionen haben jedenfalls *"abgrundtiefes Mißtrauen und offene Feindseligkeit in Gewerkschaft und Arbeiterschaft gegenüber der Reichswehr"* hinterlassen.(35) Die "Entpolitisierung" der Reichswehr wurde verlangt. Die Gewerkschaften rufen zum Fernbleiben von ihr auf und bekämpfen ihren Charakter als Berufsarmee.

Auch auf internationaler Ebene werden Aktivitäten der Gewerkschaften gegen Krieg und Militarismus entfaltet.
Im November 1921 wird auf der vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IBG) einberufenen Konferenz der Vertreter der internationalen Berufssekretariate der Metall-, Berg- und Transportarbeiter ein provisorisches internationales Komitee eingesetzt. Es hatte die Aufgabe, *"bis zum nächsten internationalen Kongreß alle für die Bevölkerung der drohenden Kriegsgefahr notwendigen Maßnahmen zu treffen."(36)* Auf Beschluß des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Rom wurde es zum "Permanenten Komitee" umgewandelt und war dann zusammengesetzt aus dem Vorstand des IGB und Vertretern der Internationalen Berufs-

sekretariate.
Aufgaben des "Permanenten Komitees" waren:
"..., die Propaganda gegen Krieg und Militarismus, welche von den verschiedenen Landeszentralen sowie den Internationalen Berufssekretariaten geführt werden soll, aufrechtzuerhalten, zu leiten und zu unterstützen und alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die von diesem Kongress beschlossene Aktion und Propaganda gegen Krieg und Militarismus wirksam zu gestalten."(37)
Der Kongreß in Rom im Juni 1922 beschloß ferner, *"daß die organisierten Arbeiter allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreikes zu verhindern "(38)* haben.
Auch wenn die Verabschiedung dieser Absichtserklärungen eindrucksvoll war, bestand Skepsis darüber, inwieweit die nationalen Gewerkschaften in der Lage sein würden, diese in die Tat umzusetzen.
"Die Entscheidung über Krieg und Frieden liege in den Händen der Arbeiter. Eine allgemeine Generalstreikparole könne den Krieg nicht verhindern, wenn nicht die Gewerkschaftsbewegung eines Landes stark genug sei, direkt ihren Einfluß geltend zu machen."(39)
Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschloß 1922 Maßnahmen, um die antimilitaristische Arbeit seiner Mitgliedsgewerkschaften zu "intensivieren und zu koordinieren". Diese waren:

- die Bildung eines Fonds für den Kampf gegen Reaktion und Militarismus,
- die Abhaltung eines Internationalen Friedenskongresses in Den Haag.

Aus dem Fond sollten Propaganda- und Informationsmaterialien für den antimilitaristischen Kampf der nationalen Gewerkschaften finanziert werden. Um eine möglichst große Nähe zur gewerkschaftlichen Basis zu erreichen, wurde er über den Verkauf von Mitgliedsmarken direkt von den Gewerkschaftsmitgliedern mit Mitteln versorgt.

Der Kongreß in Den Haag im Dezember 1922 war als Aktionsgemeinschaft der Gewerkschaften, Arbeiterparteien und Genossenschaften und mit Öffnung auch für bürgerliche Pazifisten geplant.
Die dort verabschiedeten Entschließungen behandelten sowohl das Thema Krieg allgemein, wie auch die angespannte internationale Lage im Zusammenhang mit der drohenden Besetzung des Ruhrgebietes. Ein deutlicher Schwerpunkt wurde auf die Frage der Erziehung der Jugend zum Frieden gelegt. Für wünschenswert hielt man die Bildung einer pazifistischen Zentrale, die alle für den Frieden arbeitenden Organisationen und Kräfte zusammenfassen sollte, als regierungsunabhängige Instanz. (40)
Die Aufgabengebiete der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die auf dem Kongreß vertreten waren, war klar voneinander getrennt. Entsprechend bestand eine politische Kommission und eine gewerkschaftliche Kommission. Die Rom-Resolution von 1922 fand bei den Gewerkschaften volle Zustimmung; auch von der politischen Kommission wurde eine Unterstützung zugesagt sowie ein Friedensprogramm mit vier Punkten aufgestellt. Hierin wurde - neben einer Revision der Friedensverträge im Sinne der Amsterdamer Internationale, der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, der Beseitigung aller Geheimverträge und der Geheimdiplomatie - der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf gegen den Militarismus gefordert.(41)

1923 sah sich die Gewerkschaftsbewegung angesichts des Hitler-Putsches in Bayern und bei der Zerschlagung der sozialistisch-kommunistischen Koalitionsregierungen in Mitteldeutschland durch Reichsinterventionen, abermals mit reaktionären Truppen konfrontiert. In Mitteldeutschland kam es teilweise zu blutigen Kämpfen. Der militärische Belagerungszustand wurde zum offenen Eingreifen der Soldaten auf Seiten der Kapitalisten in Streiks, zum Versammlungsverbot und ähnlichem eingesetzt.
In den nächsten Jahren tauchen die Aktivitäten des Internationalen Gewerkschaftsbundes für Abrüstung, gegen Militarismus und Krieg in den gewerkschaftlichen Verlautbarungen auf. Unter anderem wurde Druck auf die Genfer Abrüstungskonferenz im Sinne antimilitaristischer Propaganda - vor allem die Waffenproduktion und den Waffenhandel, aber auch konkrete - historische Kriegshändel betreffend - ausgeübt.

Der radikale Flügel der deutschen Arbeiterbewegung hatte schon vor und während des Krieges, wie oben dargestellt, Grundzüge einer revolutionären antimilitaristischen Arbeit zu entwickeln versucht.
Die 1917 gegründete USPD und die nach dem Kriege entstandene KPD betrieben eine kompromißlose Antikriegs- und Antimilitärpolitik. So forderte die USPD 1919 die völlige Auflösung des alten Heeres und der Freiwilligenverbände, die Entwaffung des Bürgertums, die Errichtung einer Volkswehr durch klassenbewußte Arbeiter, die Selbstorganisation einer derartigen Truppe, die Wahl der Führer durch die Mannschaften und die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Hier kehrte die alte sozialdemokratische Milizforderung auf proletarisch-revolutionärem Boden wieder.
Auch die KPD vertrat die Politik der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsorgane zugunsten proletarischer Klassenorgane. Eine ihrer Hauptlosungen war die *"Gegen Klassenjustiz und weißen Terror - für Bewaffnung des Proletariats zum Schutze der weißen Garden und zur Entwaffnung der Konterrevolution"*. Sie rief zu Arbeitsverweigerung im militärisch besetzten Ruhrgebiet auf und führte bewaffnete Kämpfe 1923 in Mitteldeutschland und besonders in Hamburg.
1924 gründete die KPD gegen "Faschisten, Imperialisten und Schwarzrotgold" den "Rot-Frontkämpfer-Bund", der "der Einheitsbewegung gegen den drohenden imperialistischen Krieg dienen" sollte (42), de facto aber im wesentlichen eine kommunistische Organisation blieb.

Im Sommer 1924 wurde von der KPD eine Antikriegswoche durchgeführt. Angesichts der drohenden imperialistischen Kriegsgefahr, vor allem für die Sowjetunion, könne nur das revolutionäre internationale Proletariat Abhilfe schaffen; *"alles Gerede über Völkerbund, Abrüstung, Pazifismus, Garantiepakt dient lediglich der Verdummung des Proletariats".(42)* Die "Schufte aus der II. Internationale" seien noch immer burgfriedlerisch; gegen einen Krieg gegen die Sowjetunion hätten sie nichts einzuwenden, jeder neue Krieg aber werde einen Weltkrieg bedeuten. Unter diesen Bedingungen müsse das Proletariat die Waffen gegen die eigene Bourgeoisie richten. Ein Aktionsprogramm forderte:
"Für die Auflösung des Söldnerheeres, der Reichswehr und der kasernierten Schutzpolizei, Entlassung aller reaktionären Offiziere ohne Pension und für ihre Ersetzung durch eine Miliz aus dem werktätigen Volke, deren Unterhalt während der Übungszeit die Unternehmer zu tragen haben". (44)

Den revolutionären proletarischen Kampf gelte es gerade und auch in der Rüstungsindustrie zu führen, ebenso sei antimilitaristische Propaganda unter den zukünftigen "Werkzeugen" des Krieges eine strikte Notwendigkeit. Entsprechend dem Sozialfaschismustheorem ging die KPD davon aus, daß mit der SPD, die ja mit den herrschenden Kräften paktiere, nicht zusammenzuarbeiten sei, sondern:
"Von den Kommunisten, von ihrem Einfluß in den Gewerkschaften, in den Betrieben und bei den Söldnertruppen der Bourgeoisie wird es abhängen, wann das deutsche Proletariat seinen Peinigern die Waffen aus den Händen schlägt." (45)
Die Hauptlosungen der KPD waren:
"Kampf dem deutschen und französichen Militarismus! Fort mit dem Völkerbund! Fort mit dem Garantiepakt, dem Versailler-Vertrag und dem Londoner Vertrag! Räumung der besetzten Gebiete! Internationale Einheit der Gewerkschaften! Entwaffnung der Bourgeoisie! Bewaffnung des Proletariats! Bündnis des proletarischen Deutschland mit Sowjetrußland gegen den Weltimperialismus!" (46)
Quantitativ umfangreich scheint die Arbeit der KPD nicht gewesen zu sein: Bei der Auflistung des 1924 aufgewendeten Agitations- und Propagandamaterials entfiel nur ein geringer Teil, 2 Flugblätter und ein Plakat mit 50 000 bzw. 150 000 Auflage, auf die antimilitaristische Propaganda. Auch der Organisationsbericht der KPD zeigt, daß antimilitaristischer Arbeit eher eine zweitrangige Bedeutung beigemessen wurde. Unter den zahlreichen aufgeführten Kommissionen der Partei war keine zu Fragen des Militärs und der Polizei.

Die Machtübernahme des Faschismus 1933 zerschlug antimilitaristische Aktivitäten weitgehend, aber nicht gänzlich. Neben der propagandistischen Arbeit der SPD im Exil, die sich für eine demokratische Verhinderung des Krieges einsetzte, die Einstellung des Wettrüstens, Verkürzung der Dienstzeit sowie Verteidigung der Freiheit verlangte - als auch der Arbeit zahlreicher Sozialdemokraten im Lande - waren vor allem, sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands, die Organisationen der KPD tätig.
Über die Bildung zahlreicher Widerstandsgruppen und -organisationen, zusammengesetzt aus Kommunisten und anderen Antifaschisten verschiedenster Weltanschauung, wurde versucht, den antifaschistischen, antimilitaristischen Kampf innerhalb der Wehrmacht auch aus der Illegalität heraus fortzuführen. Es gelang jedoch nicht vor Kriegsbeginn, größeren Einfluß zu gewinnen, ganz zu schweigen davon, daß die Chance bestanden hätte, aufgrund dieser Arbeit den Ausbruch des II. Weltkrieges verhindern zu können.

3. BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Nach 1945 setzte sich die SPD kurzzeitig für die totale Entmilitarisierung Deutschlands ein. Aber schon bald wurde wieder "Einsicht in die Notwendigkeit" der nationalen militärischen Sicherheit gezeigt. Die Remilitarisierung wurde zu einem frühen Zeitpunkt der allgemeinen Deutschlandpolitik untergeordnet, d.h. der Frage, auf welche Weise eine Wiedervereinigung zu erreichen sei. Zunächst war hier das Prinzip der SPD, daß eine Westintegration, wie sie von der Regierung Adenauer angestrebt wurde, sowohl ökonomisch wie militärisch einer Festschreibung der Spaltung Deutschlands gleichkäme. Dementsprechend

war sie gegen diese Pläne, insbesondere soweit sie mit einer Remilitarisierung und Zuordnung zu einem westlichen Militärpakt verbunden waren.

Die programmatische Entwicklung der SPD bis hin zum Godesberger Programm ist von einem stetigen Aufweichungsprozeß ehemaliger, scheinbar eindeutiger Positionen zur Frage des Militärs gekennzeichnet.
Hatte der Parteitag von 1950 in Hamburg noch einen eindeutigen Beschluß gegen die Remilitarisierung gefaßt, so zeigte sich rasch, daß diese Ablehnung anderen, pragmatischen Positionen innerhalb der Sozialdemokratie weichen mußte. Bereits 1954 auf dem Berliner Parteitag erklärt die SPD ihre Bereitschaft,
"unter bestimmten Bedingungen an gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung der Freiheit auch mit militärischen Maßnahmen teilzunehmen."(47)
Dieser Beschluß löste noch Diskussionen innerhalb der Partei aus, die sehr grundsätzlich klangen. So vertritt der spätere Ministerpräsident von Nordrheinwestfalen, Heinz Kühn, damals die Position :*"Ich glaube nicht an die Möglichkeit einer demokratischen Armee in Deutschland."(48)*
Insgesamt gibt der Beschluß von 1954 jedoch die "neue" pragmatische Richtung der Partei an.
Mit Hilfe der SPD wird die Verfassung geändert, damit die Soldatengesetze verabschiedet werden können. Damit ist die gesetzliche Grundlage für die Bildung einer westdeutschen Armee gegeben.
Mit diesem Vorgehen begab sich die Partei in Opposition zu einer breiten antimilitaristischen Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung in den fünfziger Jahren.

Die Widerstandsbewegung gegen die Remilitarisierung in der BRD setzte sich zusammen aus bürgerlich-liberalen und christlichen Kreisen, Jugendverbänden, Gewerkschaften und Sozialdemokraten bis hin zu Kommunisten.
Während des Koreakrieges wurden im Ruhrgebiet sogenannte "Panzerschichten" abgelehnt. 1952 gab es eine ausgedehnte Antikriegsstreikwelle. Eine breite "Ohne-mich-Bewegung" existierte, die auch in der Parteibasis der SPD stark verankert war. Ebenfalls unter SPD-Mitgliedern verbreitet war die Zustimmung zu der vor allem von der KPD vorgeschlagenen - und von der Regierung verbotenen - Volksbefragung zur Wiederbewaffnung. Von der SPD wurde eine Teilnahme an der Volksbefragung abgelehnt; der DGB schloß sich dieser Entscheidung an.
Die hoch aufschlagende antimilitaristische Kampagne gegen die Unterzeichnung der Pariser Verträge zog auch DGB und SPD mit. Noch einmal beteiligten sie sich an antimilitaristischen Aktionen. Die Gewerkschaft organisierte 1955 zahlreiche Kundgebungen unter den Parolen: "Lehrstellen statt Wehrstellen". Auch an der am 29.1.1955 gegründeten "Paulskirchenbewegung" waren sowohl SPD wie DGB beteiligt.(49)
Verabschiedet wurde von der Versammlung in der Paulskirche ein "Deutsches Manifest", als dessen Kernstück der folgende Satz gelten kann:
"Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken."(50)
Sowohl die Paulskirchenbewegung wie auch die 1958 einsetzende Atomtodkampagne unterstützten SPD und DGB nur halbherzig und taktisch.

Die Klage von Erich Ollenhauer, die Paulskirchenbewegung habe die Erwartungen der Partei nicht erfüllt, kann vor diesem Hintergrund nur als Legitimation für die weitere, die Wiederbewaffnung bejahende Politik gewertet werden.
Der DGB hatte bereits 1952 seine prinzipiell ablehnende Haltung zur Wiederaufrüstung aufgegeben und im übrigen die Entscheidung politischen Instanzen überlassen. Von seiner Seite bestand jetzt nicht einmal mehr die Bereitschaft, eine Mitgliederbefragung zur Atombewaffnung durchzuführen.

Ende der 50er Jahre hatten SPD und DFB als Hauptrepräsentanten der deutschen Arbeiterbewegung ihren antimilitaristischen Widerstand praktisch aufgegeben - wenn man davon absieht, daß es unter den Mitgliedern und einzelnen Gliederungen (z.B. IG Metall, Gewerkschaftsjugend) weiterhin oppositionelle Strömungen gab. Was späterhin im Verlauf der Studentenbewegung und etwa unter den Jusos geschah, liegt nicht mehr im Rahmen der Arbeiterbewegung. Diese hatte programmatisch ihren Frieden mit dem Militär in der bürgerlichen Gesellschaft gemacht, als vorläufiger Endpunkt einer langen historischen Entwicklung, bestärkt durch Kalten Krieg, Antikommunismus und Prosperität.
Die SPD legte auf ihrem Parteitag in Stuttgart 1958 ein klares Bekenntnis zur Bundeswehr ab. Das Godesberger Programm bejaht die Landesverteidigung, an Reform bleibt der "Bürger in Uniform" und die Unterstützung der Kriegsdienstverweigerung übrig. In den 60er Jahren marschierte die SPD immer geschwinder in dieser eingeschlagenen Richtung. Sie beteiligte sich am Abbau der Rolle des Wehrbeauftragten, verminderte ihren Widerstand gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, stimmte einem größeren Einfluß der Generalität im Verteidigungsministerium zu, schwieg zur Aushöhlung der inneren Führung und stimmte schließlich der Legalisierung der Klassenkampffunktion der Bundeswehr in den Notstandsgesetzen zu. Es war nur folgerichtig, daß Helmut Schmidt, der 1969 das Verteidigungsministerium übernahm, von den Militärs bald gerühmt wurde. Ihm verdankt das Militär ein neues Ausbildungssystem, eine straffere Wehrbeschaffung sowie eine weitere Zunahme der militärischen Kommandogewalt gegenüber der zivilen. Leber schließlich zeigte Kontinuität und eher noch rechtere Tendenzen.

Von der SPD als antimilitaristischer Kraft kann also keine Rede mehr sein. Was Willi Brandt auf Tagungen der Sozialistischen Internationale oder was der "Vorwärts" regelmäßig zur Abrüstung von sich geben, unterscheidet sich nur graduell von dem hilflosen und oft scheinheiligen Klagen bürgerlicher Friedensfreunde und ist auf den zwischenstaatlichen Bereich konzentriert. Damit soll die Bedeutung von Abrüstungsmaßnahmen nicht in Abrede gestellt werden; festzuhalten ist jedoch, daß von Seiten der SPD zur Klassenfunktion des Militärs, zu seiner Binnenrolle wie auch zu seiner sich aus der Struktur dieser Gesellschaft ergebenden außenpolitischen Funktion, keine Aussagen mehr kommen, bzw. zu erwarten sind. Für eine Partei,die keine Klassen mehr kennt, nur konsequent.

Auch der DGB tritt nach seinem letzten Widerstand gegen bestimmte Funktionen des Militärs im Rahmen der Notstandsgesetze voll für das Bestehende ein. Die Bundeswehr ist für ihn eine demokratische Armee in einer demokratischen Gesellschaft. Fast entschuldigt man sich für die ehemalige ablehnende Haltung der DGB-Gewerkschaften gegen-

über der Gründung der Bundeswehr in den 50er Jahren. H.O. Vetter beschreibt das Verhältnis der Gewerkschaften zur Bundeswehr anläßlich eines Besuches bei der Bundeswehr wie folgt:

"Wenn - wie ich vorhin dargelegt habe - sich die Gewerkschaftsbewegung noch teilweise reserviert gegenüber der bewaffneten Macht zeigt, so muß ich doch sagen, daß die in den 50er Jahren stark ablehnende Haltung inzwischen einer Bejahung, gemischt mit einer gewissen Skepsis verbunden ist oder ersetzt worden ist."(51)
Wir wissen, daß die Bundeswehr dem Staat gegenüber loyal ist und die in ihr tätigen Menschen von der Richtigkeit unserer demokratischen Verfassung beseelt sind." (52)

Die KPD war nach dem Krieg eine der Hauptkräfte der antimilitaristischen Bewegung, wenn ihre Bedeutung auch insgesamt abnahm.
"Die Kommunisten müssen es lernen, eine jede Regung des antimilitaristischen Widerstandes zu ermuntern und zu unterstützen."(53)
In einer breiten Einheitsfront sollte der Versuch gemacht werden, die antinationale, chauvenistische Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu verhindern. Im Rahmen der kommunistischen Kampagne, deren Herzstück die Bewegung für eine Volksbefragung war, wurde der Militarismusbegriff bis zur Aussagelosigkeit ausgedehnt. Er stand schließlich gleichbedeutend mit undemokratisch, unsozial, antinational; war gewissermaßen deren zusammengefaßter Ausdruck, Kennzeichen des "revanchistischen Westdeutschlands" im Gegensatz zum "friedliebenden", "demokratischen Ostdeutschland". Die KPD schrieb es im wesentlichen dem "Friedensstaat DDR" und ihrer eigenen Arbeit zu, daß der Frieden erhalten bleiben konnte. Die wichtigste Frage in der antimilitaristischen Arbeit war ihrer Ansicht nach die *"Herstellung einer Aktonseinheit zur Verhinderung eines atomaren Vernichtungskrieges."(54)*
Die KPD unterstützte Initiativen für Abrüstung und Kriegsdienstverweigerung und war an der Ostermarschbewegung aktiv beteiligt. Es komme darauf an, *"ständig das Geheimnis der Kriegsvorbereitung (zu) enthüllen"* und den Kampf vor Ort, d.h. Kaserne, Bunker etc. zu führen. (55) *"Im Geiste Karl Liebknechts den antimilitaristischen Kampf führen"*, hieß für die KPD, die politische Arbeit in der Armee zu leisten, um die Jugend nicht dem Militarismus und dem Antikommunismus zu überlassen.(56)
"Deswegen sollen junge Kommunisten der Einberufung Folge leisten und in der Bundeswehr die Arbeit für Frieden, Demokratie und die Rechte ihrer Kameraden fortsetzen." (57) - so wie sie dies vorher in der Gewerkschafts- oder Jugendarbeit gemacht haben. Resonanz bei den Soldaten sei durchaus vorhanden. Tagesforderungen und Widerstand gegen Schikanen seien aufzugreifen und politisch weiterzuentwickeln. Antimilitaristische Arbeit wurde in engem Zusammenhang mit der Tätigkeit in Betrieben und Arbeiterjugendorganisationen gesehen. Trotz Kritik - z.B. an der "unabhängigen" Friedensbewegung, die etwa auch die Nationale Volksarmee (NVA) ablehnte - arbeiteten die Kommunisten sowohl mit Pazifisten wie auch mit Gewerkschaftern, Falken etc. zusammen und versuchten, auf sie in Richtung aktiver Entspannungspolitik einzuwirken und gesellschaftliche Ursachen des Militarismus aufzuzeigen.
Dies ist die einzige Konzeption seit der Liebknecht'schen und jener der KPD in der Weimarer Republik, die innerhalb der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf den antimilitaristischen Kampf in der Armee großes Gewicht legt.

Die DKP schließlich tritt in ihrer Grundsatzerklärung 1969 für eine Politik des Friedens, der Anerkennung der DDR, der Abrüstung und der europäischen Sicherheit ein. Konkret fordert sie u.a. die Kürzung der Rüstungsausgaben um die Hälfte, Herabsetzung der Wehrdienstzeit auf 12 Monate, den Aufbau demokratischer Strukturen in der Bundeswehr und die Garantie des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung. Der DKP stehen die "Arbeitskreise demokratischer Soldaten (ADS) und die Soldateninitiativen (SI) nahe. Die ADS stellt wahrscheinlich die größte Gruppe innerhalb der heutigen antimilitaristischen Bewegung dar. Ihre politisch-programmatische Grundlage ist in der Studie "Soldat 70" niedergelelegt, bzw. - leicht verändert - in "Soldat 74". Ausgangspunkt der Thesen der ADS ist die Einschätzung,
"daß der Anspruch der Bundeswehr für Frieden und Demokratie einzutreten im Gegensatz zur Wirklichkeit steht."(58)
Grundsätzliches Ziel der ADS ist die Bekämpfung des Militarismus durch das Eintreten für Frieden und Demokratie. Ihre Forderungen sind sowohl auf eine Veränderung der inneren Struktur der Bundeswehr gerichtet wie auch auf den internationalen Rahmen. In Bezug auf die innere Struktur der Bundeswehr wird eine Demokratisierung angestrebt, es heißt dort zusammenfassend:
"Ein Schritt weiter in Richtung Gerechtigkeit ist es schon, wenn die im zivilen Bereich erkämpften und gültigen Rechte auch für die Bundeswehr verbindlich werden, d.h. wenn wir einen eigenen und wirksamen Vertrauenskörper haben, wenn wir das Recht auf Mitbestimmung haben und wenn letzten Endes zwischen zivilem und militärischem Leben alle einschneidenden Schranken gefallen sind." (59)
Weitere Ziele der ADS sind u.a.:
Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO, Neutralität der BRD, Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, Beseitigung der Notstandsgesetze.
Das Schwergewicht der Arbeit der ADS liegt insgesamt auf dem Versuch einer Demokratisierung der Armee, der Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten etc.. Aussagen, wie eine langfristige antimilitaristische Arbeit gestaltet werden soll, die sich nicht auf Forderungen an den Staat sowohl in Bezug auf eine innere Demokratisierung als auch auf die internationale Rolle der westdeutschen Armee beschränkt, werden nicht gemacht. Genausowenig, wie ein Zusammenhang zwischen antimilitaristischem und antikapitalistischem Kampf hergestellt wird.(60)

4. ABSCHLIESSENDE BEMERKUNG

Die Entwicklung des antimilitaristischen Kampfes in der deutschen Arbeiterbewegung ist, wie gezeigt wurde, davon gekennzeichnet, daß sich nach vehementen Kontroversen zwischen den jeweiligen Fraktionen eine Position durchsetzen konnte, die dem Militär in der bürgerlichen Gesellschaft "loyal" gegenübersteht. Sowohl die binnenpolitische wie die außenpolitische Funktion des Militärs werden nicht mehr aus dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft bestimmt. Sowohl SPD und auch Gewerkschaften beugen sich den immanenten 'Notwendigkeiten' dieser Gesellschaft bis zur peinlichen Entschuldigung der antimilitaristischen Vergangenheit.
Gegenwärtig besteht zu diesen Positionen aus der Arbeiterbewegung heraus keine organisierte, einflußreiche Opposition. Das Verständnis des Militärs und des Militarismus, wie es in den Debatten der Vor-

kriegssozialdemokratie von der "Linken" aber auch von USPD und KPD formuliert wurde und in wichtigen Teilen auch für uns Gültigkeit hat, findet in der Arbeiterbewegung in der BRD keine Kontinuität. Die eigene Tradition unterliegt einem Verdrängungsprozeß. Lediglich vereinzelte gewerkschaftliche Unterorganisationen bzw. einzelne Gewerkschafter äußern sich kritisch zum Militär. Die Ursachen für diese Entwicklung konnten in dem vorliegenden Artikel keineswegs ausführlich diskutiert werden, hier wurde ein Schwerpunkt auf programmatische Positionen gelegt.
Die Gruppen, die sich heute um antimilitaristische Arbeit bemühen, sind vorwiegend politisch ungebunden. Der Bezug zur antimilitaristischen Tradition, die im wesentlichen Tradition der Arbeiterbewegung ist, besteht nur in geringem Maße. Wir haben versucht, diese Tradition etwas transparenter zu machen und damit Anknüpfungspunkte herzustellen.

Unter den heutigen Bedingungen politischer Arbeit besteht keine Strömung, die für sich den Anspruch der Repräsentanz der "richtigen" antimilitaristischen Arbeit geltend machen könnte.
Wie in anderen Bereichen kommt es auch hier darauf an, in Zusammenhang mit anderen sozialistischen, demokratischen und kommunistischen Kräften die Anfänge der antimilitaristischen Arbeit in der Bundesrepublik weiterzuentwickeln.
Unser Verständnis von antimilitaristischer Arbeit heute soll zum Schluß in Kürze dargestellt werden. Wir gehen davon aus, daß

- das westdeutsche Militär, die Bundeswehr "als Gewaltinstrument des Kapitals der Entwicklung einer antikapitalistischen Arbeiterbewegung entgegensteht,
- die Fronten innerhalb der Armee zwischen Militärapparat und einfachen Soldaten Klassenfronten sind und in der antimilitaristischen Arbeit als solche sichtbar werden müssen,
- dies möglich wird, wenn die antimilitaristische Arbeit als besonderer, auf die Bedingungen des Militärs abgestellter Zweig der allgemeinen Klassenbewegung verstanden wird und schon heute entsprechende praktische Schritte zu Verknüpfungen in Gewerkschaften, Arbeitergruppen, überregionalen politischen Gruppen unternommen werden." (61)

Ebensowenig wie in der BRD eine Aufarbeitung des Faschismus geleistet und die tatsächlichen Hintergründe des III. Reiches geklärt wurden, besteht Bewußtsein über die Ursachen von Krieg zwischen kapitalistischen Staaten. Die gegenwärtige größere Sensibilität für eine Beschäftigung mit der "Vergangenheit", geschaffen durch den Film "Holocaust" wie über die Diskussion der Verjährung von Morden im Rahmen des Naziregimes, gilt es auszubauen und auch dafür zu nutzen, bessere Voraussetzungen zu schaffen für antimilitaristische Arbeit Gehör zu erhalten
Der Erfolg antimilitaristischer Arbeit wird dabei entscheidend davon abhängen, ob es uns gelingt, über den gegenwärtig noch relativ engen Adressatenkreis unserer Arbeit hinauszukommen und in relevante Organisationen wie z.B. die Gewerkschaften hineinzuwirken.

ANMERKUNGEN

(1) F. Engels; zitiert nach: Karl Drott (Hrsg.), Sozialdemokratie und Wehrfrage, Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatten. Berlin, Hannover 1956 S. 16
(2) F. Engels; zitiert nach: a.a.O. S. 25
(3) Heinz Oeckel, Volkswehr gegen Militarismus, Zur Milizfrage in der proletarischen Militärpolitik in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg Berlin DDR 1962 S. 37
(4) a.a.O. S. 37
(5) a.a.O. S. 49
(6) ebenda
(7) a.a.O. S. 38
(8) siehe auch: Punkt 3 der Gegenwartsforderungen im Erfurter Programm "3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr anstelle der stehenden Heere, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege." Erfurter Programm 1891 zitiert nach: antimilitaristische information VIII. Jahrgang Heft 7/1978 Antimilitarismus in der Sozialdemokratie vor 1914 Ffm. 1978
(9) Franz Mehring: Glossen zum Essener Parteitag 1907
Mehring referiert hier die kontroversen Positionen zur Militärfrage, an dieser Stelle Bebel zitiert nach: antimilitaristische information Heft 7 Jahrgang 1978 a.a.O.
(10) Die Kontroverse um Angriffs- und Verteidigungskrieg ist zusammenfassend dokumentiert in: antimilitairistische information Heft 7 Jahrgang 1978 a.a.O.
(11) siehe: Heinz Oeckel, Volkswehr gegen Militarismus a.a.O. S. 89 ff
(12) August Bebel, Aus einer Reichstagsrede am 28. November 1891 zitiert nach: antimilitaristische information a.a.O. S. III-103
(13) zitiert nach: Karl Drott, Sozialdemokratie und Wehrfrage a.a.O. S. 54 ff
(14) August Bebel, zitiert nach: antimilitaristische information Heft 7 Jahrgang 1978 a.a.O. S. III-105
(15) Karl Drott, Karl Drott (Hrsg.), Sozialdemokratie und Wehrfrage, Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatten. Berlin, Hannover 1956 S. 57 ff
(16) zitiert nach: Heinz Oeckel, a.a.O. S. 90
(17) Die Führung der Sozialdemokratie konstatiert auf dem Parteitag in Jena, daß die antimilitaristische Bewegung unter den Arbeitern eine mächtige Stärke erreicht hat und sich gegen die Militärvorlage der Regierung wendet. Siehe Heinz Oeckel a.a.O. S. 90 ff
(18) siehe: H. Oeckel a.a.O. S. 107 f
(19) zitiert nach: a.a.O. S. 104 ff
(20) Welche Bedeutung diese Forderung hat wird erst richtig deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die 'körperliche Ertächtigung' in Arbeiterturnvereinen von der Regierung verboten war. Von den Behörden wurden Arbeiterturnvereine als Tarnung für politische Vereinigungen erachtet. Turnleiter, Eltern und Kinder, die in Arbeiterturnvereinen waren, wurden bestraft, soweit sie zur ürbeiterklasse gehörten. Sozialdemokratischen Lehrern wurde die Fähigkeit Turnunterricht zu geben, abgesprochen. Diese Vorgänge wurden am 21. Juni 1913 auf Antrag der SPD im Reichtag diskutiert, siehe auch: Karl Drott,a.a.O. S. 104 ff

(21) Karl Drott, a.a.O. S. 104
(22) zitiert nach: Karl Drott, a.a.O. S. 103
(23) Rosa Luxemburg, Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse Ffm. S. 18/19
(24) Karl Drott a.a.O. S. 103
(25) a.a.O. S. 136
(26) siehe auch: Karl Drott S. 149
(27) ebenda
(28) ebenda
(29) a.a.O. S. 154 f
(30) ebenda
(31) ebenda
(32) Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Protokolle der Sitzungen des ADGB-Ausschusses in der Gewerkschaftsperiode 1919-21 S. 10
(33) ADGB-Ausschuß 1920 S. 22
(34) a.a.O. S. 23
(35) Bernhard Fleckenstein, Militär und Gewerkschaften in Deutschland, in: aus politik und zeitgeschichte 20-21/1976 vom 22.5.1976
(36) Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Jahrbuch 1922 S. 232 ff
(37) ebenda
(38) ebenda
(39) ebenda
(40) ebenda
(41) Allgemeiner Detuscher Gewerkschaftsbund, Jahrbuch 1922 S. 232 ff
(42) Kommunistische Partei Deutschlands KPD, Parteitagsprotokoll 1925 S. 110
(43) a.a.O. S. 192
(44) a.a.O. S. 222
(45) a.a.O. S. 223
(46) a.a.O. S. 224
(47) Brauns, Jaeggi, Kisker, Zerdick, Zimmermann
Die SPD in der Krise, Die Deutsche Sozialdemokrati4 seit 1945 Ffm. 1976 S. 218
(48) ebenda
(49) a.a.O. S. 213
(50) Brauns u.a. a.a.O. S. 219
(51) H.O. Vetter, Referat vor der Führungsakademie der Bundeswehr am 30. Juni 1976 aus Anlaß des Besuches bei der Bundeswehr. Veröffentlicht in: Frankfurter Rundschau am 19.7.1976
(52) ebenda
(53) Kommunistische Partei Deutschlands, Parteitagsprotokoll 1954 S. 61
(54) Kommunistische Partei Deutschlands, Parteitagsprotokoll 1963 S. 487
(55) a.a.O. S. 137
(56) a.a.O. S. 225
(57) a.a.O. S. 226
(58) zitiert nach: G. Armanski, P. Ramin, G. Richter (Hrsg.) Rührt Euch! Über den antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr Bln. West 1976 S. 107
(59) a.a.O. S. 109
(60) siehe auch: Armanski u.a. S. 96 ff
(61) Armanski u.a. a.a.O. S. 105 f
Siehe hier auch eine kurze Darstellung antimilitaristischer Positionen verschiedener Gruppen in der BRD.

DU GEHÖRST DIR – NICHT DEN GENERÄLEN!

Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Kaserne!

Für den Aufbau gewerkschaftlicher Soldatengruppen!

Existenzwehrsold!
100 DM mehr – sofort!
Keine Bürgerkriegsübungen!

V. GEWERKSCHAFTLICHE SOLDATENARBEIT IN DER BUNDESWEHR

Der DGB hat sich in Bezug auf praktische und gewerkschaftliche Bundeswehrarbeit bisher sehr zurückgehalten. Zwar existieren einige Ansätze des DGB und Einzelgewerkschaften (ÖTV), doch ist eine Umsetzung in praktische Arbeit kaum erfolgt. Der Wille zur Unterstützung von Soldatenarbeit ist momentan von seiten des DGB noch vorhanden; mit Widerstand ist erst zu rechnen, wenn die gewerkschaftliche Soldatenarbeit praktische Konsequenzen nach sich zieht.

Um eine aktive gewerkschaftliche Soldatenarbeit innerhalb der Bundeswehr betreiben zu können, sind folgende Schritte notwendig:

- Vorhandenes gewerkschaftliches Gedankengut ist zu prüfen und dann in der Bundeswehr zu verbreiten. 95 % der Forderungen, die Soldatengruppen bisher aufgestellt haben, sind reine gewerkschaftliche Forderungen, wie sie im Betrieb auch gestellt werden (100 DM sofort, Existenzwehrsold, Ausgleich für Wochenenddienste usw.)
- Unter den gewerkschaftlich organisierten Kollegen muß ein Problembewußtsein für eine Soldatenarbeit und für die Unterdrückung innerhalb und durch die Bundeswehr geschaffen werden.
- Unter den Soldaten muß ein Arbeitnehmerbewußtsein geschaffen werden. Die wehrpflichtigen Soldaten sind im Zivilleben Lohnarbeiter und im militärischen Dienst Soldempfänger. Dieses Arbeitnehmerbewußtsein ist die Voraussetzung für das Einsetzen von Soldaten für gewerkschaftliche Forderungen.
- Gründung von gewerkschaftlichen Soldatengruppen. Diese gewerkschaftlichten Soldatengruppen dürfen auf gar keinen Fall an die Stelle von sozialistischen Soldatengruppen treten.
- Der DGB muß Rechtsschutz für Soldaten, die in Soldatengruppen mitarbeiten, gewähren. Der Soldat muß die formale Ausnutzung der Rechte, die man als Gewerkschaftsmitglied hat, haben.

Folgende Punkte sollen in gewerkschaftliche Soldatengruppen einfließen:

- Die Soldatengruppen müssen die unmittelbaren Interessen der Soldaten aufgreifen. Es muß auf zentrale aktuelle Forderungen wie z.B. Erhöhung des Wehrsoldes, runter mit den Kantinenpreisen, Ausgleich für jeden Zusatzdienst, garantierte Arbeitszeit usw. eingegangen werden.
- Darstellung der Problematik Militär und Gewerkschaftsbewegung. Die Gefahr, daß das Militär z.B. als streikbrechende Macht (wie schon bei Notstandsübungen praktiziert) eingesetzt wird, besteht nach wie vor. Für eine freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Armee.
- Allgemeine Einschätzung der Bundeswehr
  Die Gründung einer Soldatengewerkschaft steht derzeit nicht zur De-

Ästhetik und Kommunikation

32 Faschismus heute?

Neuer Faschismus?: Fragen, Diskussionsbeiträge, Positionen; Zur Charakterisierung faschistischer Herrschaft; Berufsverbote: Faschismus – Adenauer-Ära – heute; Die neue und die alte Rechte; Neonazistische Tendenzen in der Schule; Neue Repression in der BRD: Berichte, Glossen; Sozialismus-Diskussion: Bahros Kritik am realen Sozialismus; Nichtkommerzielle Rundfunkpraxis in Italien.

33 Geschichte schreiben/SPD-Kultur

Geschichte als kollektive Praxis, Gesellschafts- oder Sozialgeschichte? Alternative Geschichtsschreibung: der Beitrag von E. P. Thompson – Untersuchungen, Interviews und Diskussion; Kapitalismus als Kultur; Verstaatlichung von Lebensverhältnissen.

34 Neue Lebensformen

Wunsch und Praxis
Zeitgeschichte der gegenkulturellen Bewegung; Zwangsalternativen: Dialektik von Subkultur und Hinterwelt; Diskussion über Landkommunen; Ästhetik der Alternativszene; Das Beispiel Longo Mai; Provinzarbeit; Analysen: Christiania, Tvind.

35 Kulturarbeit – Kultur selber machen

(März 1979)
Industrielle Kulturerfahrung; Theaterarbeit auf dem Lande; Freie Rockgruppen; Was ist Straßenkultur? Schreiben lernen; Neue Kulturzentren – Kulturhäuser; Animationsbewegung in Frankreich; Stadtsanierung als Kulturzerstörung.

36 Linker Konservatismus? (Juni 1979)

Unser konservativer Alltag; Aufklärung im Nebel; Neuer Konservatismus von links? Besonderheiten des deutschen Konservatismus – konservative Revolution; Das Konservative in unseren Wünschen und Bildern; Rechte Unterwanderung der Alternativscene; Konservatives vom Neuen Sozialisationstyp; Das Linke und das Rechte.

37 Frauenbewegung und Linke (Sept. 1979)

Autonomie der Frauenbewegung; Frauen und Linke in anderen Ländern; Weibliche Identität; Schwierigkeiten linker Frauen mit der Frauenbewegung; Was hat die Linke von der Frauenbewegung gelernt? Rechter Feminismus – Frauen im Faschismus; Weibliche Mythen.

38 Kinderalltag (Dez. 1979)

Kinderöffentlichkeit – Kindertheater.
Politik im Kindertheater; Wie grausam sind Kinder? Geschichte des Kinderalltags; Folgen der neuen Erziehung; Zeiterfahrung: Langeweile, Kinderträume, Spontaneität; Kinderfilme; Wozu Märchen? Kinderöffentlichkeit: Straßen, Plätze, Zimmer, Feste.

Ä&K akut

1 Nicht heimlich und nicht kühl

Entgegnungen an Dienst- und andere Herren.
Beiträge u. a. von Altvater, J. Beck, Böll, Brückner, Chotjewitz, Gollwitzer, Karsunke, Karsunke, Kluge, Moßmann, Negt, D. Richter, P. Schneider, Steffen, Zwerenz
136 Seiten + zahlr. Abb., 6,80 DM

2 Zwei Kulturen

TUNIX, Mescalero und die Folgen
Hrsg. Hoffmann-Axthelm, Kallscheuer, Knödler-Bunte, Wartmann
232 Seiten + Abb., 12,50 DM

3 Normalzustände

Politische Kultur in Deutschland
Hrsg. Knödler-Bunte, Preuss-Lausitz, Siebel
Beiträge u. a. von J. Beck, S. Cobler, F. Dröge, K. Eschen, O. Flechtheim, H. Hartwig, Y. Karsunke, D. Richter, G. Seyfried, Vogelgesang, L. Wawrzyn, R. Wolff, P. P. Zahl
320 Seiten + zahlr. Abb., 16,80 DM

Bestellungen über den Buchhandel oder

Verlag Ästhetik und Kommunikation
Fuggerstraße 18
1000 Berlin 30

batte und dürfte auch auf Schwierigkeiten von seiten des DGB stossen, da ein Teil der Wehrdienstleistenden bereits in Einzelgewerkschaften des DGB organisiert ist. Erst einmal ist gewerkschaftliche Soldatenarbeit notwendig, d.h. die gewerkschaftlich orientierte Arbeit von im DGB organisierten Soldaten. Das bedeutet auch Zusammenarbeit mit gewerkschaftlich aktiven Kollegen aus den Betrieben und Vorbereitung auf die Bundeswehrzeit schon im Betrieb als Teil unserer Arbeit in den Gewerkschaften des DGB.

Der DGB muß die oben genannten Punkte aufgreifen und öffentlich, auch auf Veranstaltungen vertreten. Er muß dazu gebracht werden, den Aufbau von Soldatengruppen zu fördern.
Als erster Schritt soll an einigen Standorten versucht werden, solche gewerkschaftlichen Soldatenarbeitskreise ins Leben zu rufen.

BEISPIEL: AMAK STUTTGART

Die innergewerkschaftliche Bundeswehrarbeit in Stuttgart ist dadurch gekennzeichnet, daß auf der einen Seite ein Teil der Funktionäre dem Problem der Betreuung der gewerkschaftlich organisierten Wehrpflichtigen sehr positiv gegenübersteht, wir aber in Stuttgart auf der anderen Seite keine Kasernen haben.
Dadurch ist es für die Funktionäre natürlich relativ leicht, für solch eine Arbeit aufgeschlossen zu sein, solange man nur theoretisch damit konfrontiert wird. Uns wurde gesagt, sobald wir eine praktische Soldatenarbeit leisten würden, könnten wir mit der Unterstützung in einigen Punkten durch den DGB rechnen. Dies ist aber nicht möglich, da wie schon oben erwähnt, uns die Kasernen fehlen.

Unsere gewerkschaftliche Bundeswehrarbeit konzentriert sich jetzt vor allem darauf, daß wir mit unserem Theaterstück (Situation des Wehrpflichtigen bei der Bundeswehr und Aufzeigen der Widerstandsmöglichkeiten) versuchen, auf Gewerkschaftsveranstaltungen zu spielen, um so überhaupt einmal ein gewisses Problembewußtsein für die Situation der Soldaten zu schaffen. Durch diese Diskussion wollen wir Kontakt zu gewerkschaftlich organisierten Kollegen bekommen, die in nächster Zeit zur Bundeswehr müssen. Das große Problem besteht jetzt darin, daß wenn einmal mehrere Kollegen gleichzeitig zum Bund kommen, diese jedoch in den meisten Fällen in verschiedene Standorte eingezogen werden. Das bedeutet für uns, daß wir uns nur am Wochenende in Stuttgart um die Leute kümmern können.

Da wir des weiteren alle gewerkschaftlich aktiv sind, können wir in verschiedenen Gremien der Einzelgewerkschaften einige antimilitaristische Gedanken (Naziumtriebe, Notstandsübungen, besondere Repression gegen einzelne Soldaten) einbringen. Dies ist aber nur in Einzelfällen möglich, eine kontinuierliche Arbeit ist auf dieser Ebene noch nicht zu leisten.

Am 1. Mai haben wieder einige gewerkschaftlich organisierte Kollegen in Uniform an den verschiedenen DGB-Demos im Großraum Stuttgart teilgenommen.
Dieses Jahr liefen die Soldaten immer im Block der jeweiligen Gewerkschaftsjugend mit,die auch den Schutz vor Angriffen der Feldjäger und

Polizei übernahmen. Dadurch kann vielleicht erreicht werden, daß die Gewerkschaft, falls die Soldaten in der Kaserne, dadurch, daß sie an einer DGB-Demo in Uniform teilgenommen haben, belangt werden, Rechtsschutz für sie gewährt und sich mit ihnen solidarisiert.

Praktische Erfahrungen mit einer direkt am Standort arbeitenden Soldatengruppe, die auch sehr eng mit der Gewerkschaft zusammenarbeitet und von ihr unterstützt wird, gibt es hier in Baden-Württemberg noch nicht. Um dies aber zu erreichen, ist es wichtig, die Funktionäre auf die jeweiligen Beschlüsse verschiedener Gewerkschaftstage hinzuweisen, in denen direkt die Bildung von gewerkschaftlichen Soldatengruppen gefordert wird. Auf diese Beschlüsse müssen wir die Funktionäre erstmal festnageln, um so eine praktische Soldatenarbeit etwas abzusichern.
Es ist jetzt sehr wichtig, daß an einem Standort, der günstig erscheint (große Stadt, Kaserne mit Wehrpflichtigen, "guter" DGB) praktische Erfahrungen gemacht werden, um endlich mal Anhaltspunkte zu bekommen, ob solch eine Arbeit überhaupt möglich ist.

FLUGBLATT – TEXT ZUM 1. MAI

Arbeiter in Uniform

1. Mai
Tragen wir unsere Forderungen auf die Straße

Alle Gewerkschaftsmitglieder beim Bund und auch alle anderen Soldaten rufen wir auf, zur 1. Mai-Demonstration zu kommen. Und kommt nicht allein, bringt eure Kameraden und Kollegen mit!
Denn dies ist eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen wir uns öffentlich für unsere Interessen einsetzen können! Der Maiaufruf von Soldatengruppen aus 17 Städten (letztes Blatt dieser Zeitung) nennt unsere wichtigsten Forderungen.
Kommt in Uniform zum 1. Mai!!!
Dazu ist erst mal zu sagen: das ist erlaubt, auch wenn viele Kp-Chefs das Gegenteil sagen. Der sog. Berkhan-Erlaß sagt eindeutig, daß die Teilnahme an Veranstaltungen von Berufsorganisationen (z.B. Gewerkschaften) die die Förderung der wirtschaftlichen Belange des Berufs zum Ziel haben, erlaubt ist.
WARUM IN UNIFORM?
Wir müssen zeigen, zu wem wir gehören. Generalleutnant Horst Hildebrandt zeigte sich in Uniform bei der Jubiläumsparade des Diktators Franco in Spanien (als dieser noch lebte). Das sind s e i n e Leute. Gehen wir in Uniform zu den Arbeitern, zu den Gewerkschaftern auf den 1. Mai-Demonstrationen. Das sind u n s e r e Leute. Das zeigen wir öffentlich, indem wir dort zusammen mit den Arbeitern und Angestellten unsere Forderungen als Soldaten vorbringen.
Aber aus noch einem Grund sollten wir in Uniform demonstrieren. Nämlich auch, um die Gewerkschafter darauf hinzuweisen, daß es uns noch gibt. Daß wir die Unterstützung der Gewerkschaften brauchen! Wir, das sind einige hunderttausende Wehrpflichtige. Wir, das ist die letzte große Gruppe dieser Gesellschaft, die immer noch keine gewerkschaftliche Organisation hat (obwohl wir das gesetzliche Recht dazu schon besitzen).

FÜR DIE GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISIERUNG DER SOLDATEN!!
Denn ohne eine gewerkschaftliche Organisation und ohne gewerkschaftliche Unterstützung werden wir nie in der Lage sein, für unsere Rechte zu kämpfen und unsere Forderungen durchzusetzen.
Aber nicht nur wir brauchen die Gewerkschaften, die Gewerkschaften brauchen auch uns. Im Ausland ist es schon oft dazu gekommen, daß Soldaten als Streikbrecher eingesetzt wurden (letztes Beispiel Spanien: der Streik der Omnibusfahrer). Und noch schlimmer: Immer wieder sind Soldaten eingesetzt worden, um die ganze Arbeiterbewegung zu zerschlagen und blutig zu unterdrücken.
Das ist bei uns scheinbar weit weg, aber auch in Ländern, wo die Armee putschte, war vorher immer davon die Rede, die Armee sei in innenpolitischen Angelegenheiten neutral.
Geübt hat die BW den Einsatz nach innen schon. Ja, sie hat schon einen ersten Schritt in diese Richtung getan: Im Zusammenhang mit der Demonstration am 19.2.1977 in Brokdorf gegen das geplante Atomkraftwerk hat die BW direkt mit den eingesetzten BGS- und Polizeitruppen zusammengearbeitet. Deshalb unsere Parole auf der 1.Mai-Demo:
WIR SAGEN NEE ZUR BÜRGERKRIEGS-ARMEE!!!

BESCHLÜSSE VON GEWERKSCHAFTSJUGENDKONFERENZEN

9. DGB-Bundesjugendkonferenz November 1974

161: Wehr- und Ersatzdienst
Der DGB und die Gewerkschaften und Industriegewerkschaften haben die Aktivitäten zur Einbeziehung von Soldaten und Zivildienstleistenden in die Arbeit zu verstärken.
Es sollen unserer Meinung nach Arbeitskreise für Soldaten und Zivildienstleistende auf DGB-Ebene gegründet werden.
Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, die rechtliche Vertretung gewerkschaftlich organisierter Wehr- und Ersatzdienstleistender im Rahmen schon bestehender diesbezüglicher Bestimmungen einzelner Gewerkschaften weiter zu entwickeln.
Während ihres Wehr- und Zivildienstes sollen die Kollegen mit Informationsschriften und Zeitschriften versorgt werden und zu Seminaren eingeladen werden.

162: Zivil- und Wehrdienstbroschüre
Die meisten jungen Kollegen sind über ihre Rechte in Zivil- und Wehrdienst häufig nicht oder sehr mangelhaft informiert.
Wir fordern deshalb den DGB-Bundesvorstand auf, die betreffende Informationsbroschüre unter Einbeziehung inzwischen gesammelter Erfahrungen neu aufzulegen.

Gewerkschaftsjugend und Bundeswehr
Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Jugend treten für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft ein. Dazu gehört auch der Kampf um mehr Demokratie in der Bundeswehr.
Die 9. Bundesjugendkonferenz fordert den DGB-Bundesausschuß auf, ein Konzept der Gewerkschaftsjugend auszuarbeiten, in dem die Interessen junger Arbeitnehmer, die die Wehrpflicht ableisten, formuliert werden. Ein derartiges Positionspapier hat davon auszugehen, daß eine Berufsarmee keine für die Arbeiterbewegung akzeptable Alternative zum

W 15er
und
Gewerkschaftsjugend

Franz K. ist Arbeiter im öffentlichen Dienst. Muß er am Wochenende arbeiten, so bekommt er entweder mehr Geld oder einen Tag frei. Das ist von seiner Gewerkschaft durchgesetzt und im Tarifvertrag festgelegt worden.

Sein Bruder Michael ist W 15'er beim Bund, also auch im öffentlichen Dienst. Muß er am Wochenende Dienst "schieben", dann bekommt er nichts oder höchstens "ein Butterbrot und ein Ei". Denn als W 15'er kann er nicht zusammen mit seiner Gewerkschaft einen Tarifvertrag oder seine berechtigten Forderungen "durchpauken".

Seine Rechtsgrundlage unterscheidet sich durch die Wehrgesetzgebung von den anderen Arbeitnehmern und zwar nicht zum Vorteil des Wehrpflichtigen.

Die DGB Gewerkschaftsjugend hat nun einen Arbeitskreis gegrundet, um eine aktive Gewerkschaftsarbeit unter den W 15'ern zu erreichen. Dort sollen solche Probleme diskutiert und Lösungsmöglichkeiten gefunden werden.

Erster Termin für den

WEHRPFLICHTIGEN-TREFF:

Mittwoch, der 25. Januar 1978 ab 19.oo Uhr

Im DGB Jugendclub " T A K E L B O D E N " , 2ooo Hamburg 1, Besenbinderhof 56
(Im Hof des Gewerkschaftshauses)
Tel.: 24 16 41 App. 17

Info der DGB-Gewerkschafts-Jugend

DGB-Landesbezirk Nordmark, Abt. Jugend, Besenbinderhof 7, 2000 Hamburg 1, Telefon (040) 2911091, Druck: Wartenberg & Söhne, Hamburg

bestehenden System der allgemeinen Wehrpflicht darstellt.
Darüber hinaus sind insbesondere folgende Forderungen in dem vorzulegenden Konzept zu berücksichtigen:

1. Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für alle Soldaten.
2. 14 Tage politischer Bildungsurlaub für Soldaten.
3. Zurückstellung von Jugendvertretern und Betriebsräten vom Wehr- bzw. Zivildienst.
4. Kein Soldat darf wegen seiner politischen oder religiösen Anschauung benachteiligt werden.
5. Sofortige Einstellung von Plänen und Übungen, die den Einsatz der Bundeswehr im Innern (wie z.B. gegen streikende Arbeiter) zum Ziel haben.
6. Bildungsarbeit in der Bundeswehr im Geiste einer der Völkerverständigung dienenden Friedenspolitik.
7. Einstellung aller Disziplinarmaßnahmen gegen Soldaten, die aktiv für ihre Interessen eingetreten sind.

Im Rahmen dieses geforderten Konzeptes sind auch Vorschläge für den DGB und die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften zu erarbeiten, wie Gewerkschaftsmitglieder, die Wehrdienst leisten, betreut werden können.

---

11. Ordentliche IGM-Bundesjugendkonferenz Mai 1977

L12: Wehrdienst
Es wird versucht, an jedem Standort der Bundeswehr gewerkschaftliche Soldatengruppen aufzubauen. Diese Gruppen erhalten Unterstützung durch die örtliche Jugendarbeit.
Es müssen eine geregelte Arbeitszeit, ein Ausgleich für Wochenenddienste, eine ausreichende Bezahlung sowie das Recht auf eine effektive Interessensvertretung erreicht werden.

L13: Betreuung von Mitgliedern der IG Metall
Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, eine bessere Betreuung der Mitglieder während der Bundeswehr- und Zivildienstzeit zu gewährleisten.
Es muß sichergestellt werden, daß der Kontakt von den Mitgliedern zur Gesamtorganisation nicht unterbrochen wird.
Dem einseitigen politischen Unterricht während der Bundeswehrzeit müssen wir verstärkt durch Informationen über die gewerkschaftspolitischen Ziele entgegentreten.
Darüber hinaus muß der Kontakt zur Arbeitswelt erhalten bleiben.
Dieses kann dadurch gewährleistet werden, indem die Zeitschrift "metall" den einzelnen Mitgliedern kostenlos durch den Vorstand der IG Metall zugesandt wird.

---

16. Ordentliche DGB-Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg Juni 1977

Antrag H 3
Betreff: Recht für Wehrpflichtige
In der Bundeswehr verstärkt sich die Kritik an den dortigen Verhältnissen. Soldaten werden zunehmend für ihre Rechte aktiv. Die Gewerkschaftsjugend hat die Pflicht, die Kollegen, die bei der Bundeswehr

sind, zu betreuen und mit Aktionen und Forderungen tatkräftig zu unterstützen.
Der DGB ist aufgerufen, zur Durchsetzung nachstehender Forderungen initiativ zu werden.
Wir fordern:
- 100 DM mehr Wehrsold
- Senkung der Kantinenpreise
- mehr Recht für Vertrauensmänner
- unbehinderte gewerkschaftliche und politische Betätigung für die Soldaten
- Sicherung des Rechts, auf Gewerkschaftsveranstaltungen in Uniform aufzutreten
- volle und gesicherte Zurückstellung der Jugendvertreter und Betriebs- bzw. Personalräte vom Wehr- und Zivildienst für die gesamte Amtszeit

Gewerkschafter, die ihren Wehrdienst ableisten, sind aufgefordert, diese Forderungen durch Unterschriftensammlungen und Aktionen in den Kasernen zu unterstützen.

Begründung:
Ein Wehrpflichtiger bekommt im Monat 165 bzw. 210 DM. Die Kantinenpächter haben in den Kasernen Monopolstellung und erheben Wucherpreise. Vertrauensmänner haben eine Alibifunktion und werden von den Kompaniechefs oft als Handlanger mißbraucht. Soldaten, die am 1. Mai in Uniform an Gewerkschaftsveranstaltungen teilgenommen haben, sind schon mehrfach mit Arrest bestraft worden.
Jugendvertreter werden auch nach der Verfügung des Verteidigungsministers nach Zurückstellung aus ihrer Tätigkeit für ihre Kollegen herausgerissen und hinterlassen eine Lücke in der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit.
Anhand dieser Beispiele wird deutlich, wie berechtigt unsere Forderungen sind.
Behandlungsvermerk:
Weiterleitung an die DGB-Bundeskonferenz

Erich Kästner (geb. 1899)

DAS LETZTE KAPITEL

Am 12. Juli des Jahres 2003
lief folgender Funkspruch rund um die Erde:
daß ein Bombengeschwader der Luftpolizei
die gesamte Menschheit ausrotten werde.

Die Weltregierung, so wurde erklärt, stelle fest,
daß der Plan, endgültig Frieden zu stiften,
sich gar nicht anders verwirklichen läßt,
als alle Beteiligten zu vergiften.

Zu fliehen, wurde erklärt, habe keinen Zweck.
Nicht eine Seele dürfe am Leben bleiben.
Das neue Giftgas krieche in jedes Versteck.
Man habe nicht einmal nötig, sich selbst zu entleiben.

Am 13. Juli flogen von Boston eintausend
mit Gas und Bazillen beladene Flugzeuge fort
und vollbrachten, rund um den Globus sausend,
den von der Weltregierung befohlenen Mord.

Die Menschen krochen winselnd unter die Betten.
Sie stürzten in ihre Keller und in den Wald.
Das Gift hing gelb wie Wolken über den Städten.
Millionen Leichen lagen auf dem Asphalt.

Jeder dachte, er könne dem Tod entgehen.
Keiner entging dem Tod, und die Welt wurde leer.
Das Gift war überall. Es schlich wie auf Zehen.
Es lief die Wüsten entlang. Und es schwamm übers Meer.

Die Menschen lagen gebündelt wie faulende Garben.
Andre hingen wie Puppen zum Fenster heraus.
Die Tiere im Zoo schrien schrecklich, bevor sie starben.
Und langsam löschten die großen Hochöfen aus.

Dampfer schwankten im Meer, beladen mit Toten.
Und weder Weinen noch Lachen war mehr auf der Welt.
Die Flugzeuge irrten, mit tausend toten Piloten,
unter dem Himmel und sanken brennend ins Feld.

Jetzt hatte die Menschheit endlich erreicht, was sie wollte.
Zwar war die Methode nicht ausgesprochen human.
Die Erde war aber endlich still und zufrieden und rollte,
völlig beruhigt, ihre bekannte elliptische Bahn.

Reihe ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, Heft 1
Barbara Klaus:
ZUR ENTWICKLUNG VON ORGANISATION UND KONZEPTION
DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN (1875 bis 1893)

Dieser als erster in der Reihe ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG vorgelegte Beitrag beschäftigt sich mit einer begrenzten Fragestellung, die zugleich eine historische "Schlüsselsituation" in der Geschichte der Arbeiterbewegung herausarbeitet, nämlich die Herausbildung von Organisation und Konzeption der deutschen Gewerkschaften unter und unmittelbar nach dem Sozialistengesetz. Der Studie legt jedoch ein durchaus aktuelles politisches Erkenntnisinteresse zugrunde. Vergleicht man die Strukturen, Aktionsformen und Funktionen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung heute mit denen der Gewerkschaften anderer industriekapitalistischer Länder, so werden einige charakteristische Züge deutlich, die nicht erst seit Zeiten der Bundesrepublik für den "deutschen Typ" des Gewerkschaftswesens kennzeichnend sind. Die sozialpartnerschaftliche Orientierung der westdeutschen Gewerkschaften heute hat ihre Herkünfte auch in der Tradition der deutschen Gewerkschaften, in denen Strukturen und Funktionsweisen, wie sie sich in der Geschichte des deutschen Gewerkschaftswesens herausbildeten und - vom spezifischen Arbeitsrecht bis zur spezifischen Ideologie - bis heute wirksam sind. (96 Seiten, DM 5.--)

Reihe ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, Heft 2
Karl-Theodor Stiller:
GEWERKSCHAFTSPOLITIK UND BEWEGUNGEN IN DER ARBEITERSCHAFT
(1914 bis 1920)

Das zweite Heft in der Reihe ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG untersucht die Politik der deutschen Gewerkschaften und die sozialen und politischen Bewegungen in der Arbeiterschaft während des 1. Weltkriegs sowie in der Umbruchssituation zwischen 1918 und 1920. Es handelt sich hier um einen Entwicklungsabschnitt mit tiefgreifenden und langfristigen Konsequenzen. Die Studie beschäftigt sich vor allem mit der Politik der Gewerkschaften und betrieblichen Bewegungen, wobei das Hauptgewicht auf die Entwicklung bei den Freien Gewerkschaften (ADGB), speziell beim Metallarbeiterverband, gelegt wird. (110 Seiten, DM 6.--)

Reihe ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, Heft 4

Themen dieses Heftes:
- WESTDEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG 1945 - 1949
- KRITIK DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIGESCHICHTSSCHREIBUNG
- ARBEITERPARTEIEN UND KAPP-PUTSCH
- ARBEITERGESCHICHTE UND GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNGSARBEIT

(80 Seiten, DM 6.--)

Bezug über den Buchhandel
oder direkt über Verlag 2ooo GmbH,Postfach 591, 6o5 Offenbach 4
-Bei Vorauszahlung (Scheck/Briefmarken) erfolgt portofreie Zusendung-

ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

SOZIALISTISCHE LINKE NACH DEM KRIEG

Beiträge von Fritz Lamm und anderen ★ Auswahl der Zeitschrift "funken" (1950 - 1959) ★ Als Beitrag zu einer kritischen Geschichte der SPD nach 1945 und über die Entwicklung der sozialistischen Bewegung bis 1960

Reihe ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG
Heft 3 ★ August 1978 ★ Preis zehn Mark

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 28 Seiten Informationen und Anregungen für die politische Arbeit, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links" ist illusionslos, undogmatisch – eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 2,–.
Bezugspreis, jährlich, DM 22,– + DM 6,– Versandkosten

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Sprachrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge, die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.

Einzelpreis DM 1,20.
Bezugspreis, jährlich, DM 14,– + DM 6,– Versandkosten

Probeexemplare anfordern bzw. Abonnementsbestellung bei Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 605 Offenbach 4.